



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Nazemi, Leonie:

Der Wandel der Positionierung deutscher Parteien zur
Gleichstellung der Geschlechter
Eine Diskursanalyse der Wahlprogramme zu den
Bundestagswahlen 1990, 2005 und 2017

Masterarbeit, Wintersemester 2019

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.69174>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2019

Leonie Nazemi

**Der Wandel der Positionierung
deutscher Parteien zur
Gleichstellung der Geschlechter
– Eine Diskursanalyse der
Wahlprogramme zu den
Bundestagswahlen 1990, 2005
und 2017.**

Masterarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
2019

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Gleichberechtigung als rechtliches Gebot und politische Aufgabe	5
Rechtliche Grundlagen und politische Institutionalisierungen	6
Die Diskrepanz zwischen rechtlicher und reeller Gleichstellung	9
Frauenbilder und Gleichstellung im Spiegel deutscher Parteien	13
3. Die Bedeutung von Wahlprogrammen.....	18
Definition und Relevanz von Wahlprogrammen	18
Die Funktionen von Wahlprogrammen	20
Wahlprogramme zwischen Festlegung, Floskel und Differenzierung.....	23
4. Der theoretische Zugang zum Begriff des Diskurses	25
Der Diskurs in der Politikwissenschaft.....	25
Eindrücke zum foucaultschen Diskursverständnis	28
Begrenzungsversuch des foucaultschen Diskurses	29
5. Die methodische Vorgehensweise der Analyse	32
Langfassungen der Wahlprogramme als Analysematerial	32
Herangehensweise der Diskursanalyse, angelehnt an Foucault.....	33
Methodisches Vorgehen, Hypothese und Forschungsfragen.....	34
6. Analyse der Wahlprogramme	36
6.1 Programme zur Bundestagswahl 1990	36
6.1.1 Wahlprogramm LINKE LISTE/PDS 1990	37
6.1.2 Wahlprogramm DIE GRÜNEN 1990.....	42
6.1.3 Wahlprogramm SPD 1990.....	48
6.1.4 Wahlprogramm FDP 1990	50
6.1.5 Wahlprogramm CDU 1990	54
6.1.6 Fazit zu den Wahlprogrammen 1990	57
6.2 Programme zur Bundestagswahl 2005	58
6.2.1 Wahlprogramm Die Linkspartei.PDS 2005	58
6.2.2 Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen 2005.....	61
6.2.3 Wahlprogramm SPD 2005.....	65
6.2.4 Wahlprogramm FDP 2005	67
6.2.5 Wahlprogramm CDU/CSU 2005.....	69

6.2.6 Fazit zu den Wahlprogrammen 2005	70
6.3 Programme zur Bundestagswahl 2017	71
6.3.1 Wahlprogramm DIE LINKE 2017	71
6.3.2 Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2017	75
6.3.3 Wahlprogramm SPD 2017	80
6.3.4 Wahlprogramm FDP 2017	82
6.3.5 Wahlprogramm CDU/CSU 2017	84
6.3.6 Wahlprogramm AfD 2017	87
6.3.7 Fazit zu den Wahlprogrammen 2017	90
7. Diskussion und Einordnung der Ergebnisse	90
8. Zusammenfassung und Ausblick.....	97
Literaturverzeichnis	100
Analysematerial	108

„Offensichtlich ist der Diskurs keineswegs jenes transparente und neutrale Element, in dem [...] die Politik sich befriedet, vielmehr ist er ein bevorzugter Ort, einige ihrer bedrohlichsten Kräfte zu entfalten.“

Foucault, [1970] 2003, S. 11

1. Einleitung

Im Jahr 2018 wurde das Jubiläum von 100 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland begangen. Seit 1949 ist außerdem die Gleichberechtigung von Männern und Frauen über die Grundrechte im Grundgesetz verankert. Trotz dieser wichtigen rechtlichen Voraussetzung werden noch fast 70 Jahre später deutliche Lücken in der Gleichstellung der Geschlechter kritisiert. So titelt die ZEIT ONLINE in einem Artikel von Tina Groll Ende 2017 „Stillstand bei der Gleichberechtigung“. Sie nimmt Bezug auf die neuesten Ergebnisse des Gender Gap Reports, der, wenn der Fortschritt das selbe Tempo behält, weitere 217 Jahre prognostiziert, bis Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt gleichberechtigt sind. Die FAZ ONLINE (2019) zitiert zu 100 Jahren Frauenrecht Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, der Männer auffordere mehr Hausarbeit zu übernehmen und kritisiere, dass heute immer noch viele unbezahlte Tätigkeiten an Frauen hängen blieben. Schäuble weist des Weiteren darauf hin, dass der Wandel der Vorstellungen über die Rolle der Geschlechter weiter andauere (FAZ ONLINE, 2019). „Nichts ist für immer errungen“ zitiert Katrin Brand (2019) im Titel ihres Artikels für die Tagesschau Online die frühere Frauenministerin der SPD, Christine Bergmann. Die Politikerin mahnt im Artikel, dass es noch immer nicht selbstverständlich sei, dass Frauen in der Politik aktiv sind (Brand, 2019, Abs. 2). Großen Nachholbedarf bei der Gleichberechtigung sieht auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die ZEIT ONLINE zitiert sie mit den Worten: „Die Quoten waren wichtig, aber Parität ist das Ziel“ (ZEIT ONLINE, 2018, Abs. 1). Bundeskanzlerin Merkel fordere größere Anstrengungen, um die Benachteiligung von Frauen zu beenden. Es solle Parität überall geben, ob in der Politik, der Wirtschaft, der Verwaltung, der Wissenschaft oder im Kulturbereich, wird sie weiter zitiert (ZEIT ONLINE, 2019, Abs. 2).

Zweierlei wird aus diesen kurzen Schlaglichtern deutlich. Einerseits, dass Gleichstellung als politische Aufgabe wahrgenommen wird, derer sich namhafte Politiker*innen öffentlich annehmen. Andererseits wird Gleichstellung auch als eine Herausforderung dargestellt, deren Verwirklichung Kraft und Zeit brauche und derer man sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene annehmen muss.

Diese Übersicht gibt Anlass einen genaueren Blick in die Politik zu werfen und sich besonders zu fragen, wo die deutschen Parteien über öffentliche Beteuerungen ihrer Mitglieder*innen hinaus in Bezug zur Gleichstellung stehen. Mittels einer Analyse der Wahlprogramme deutscher Parteien sollen die verschiedenen politischen Standpunkte zur Gleichstellung beleuchtet werden, die innerparteilich ausgehandelt und gegenüber Wähler*innen und anderen Parteien vertreten werden. Im Zentrum stehen dabei nicht nur die Problemverständnisse und versprochenen Maßnahmen der einzelnen Parteien in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter. Vielmehr gilt es zu verstehen, welche parteiübergreifenden Deutungsmuster und Wirklichkeitswahrnehmung den Blick auf Gleichstellung prägen und dazu beitragen, dass es an weitreichenden politischen Entwürfe zur Gleichstellung der Geschlechter mangelt.

Was auch immer uns mündlich, gedanklich oder gegenständlich begegnet, löst in uns eine Reaktion aus, wird wahrgenommen im Rahmen bisheriger Erfahrungen, Gedankengänge und Weltanschauungen. Wer den Titel der Forschungsarbeit liest, hat bereits eine Vorstellung davon, was die Begriffe bedeuten und wie es um Gleichstellung steht. Laut Foucault ist dieses Verständnis nicht Frucht einer rationalen Auseinandersetzung, Lösungsansätze zur Gleichstellung der Geschlechter nicht aus der Überzeugung des besten Arguments entstanden und überhaupt das Problemverständnis von Gleichstellung Resultat eines Diskurses, der nicht die Wirklichkeit beschreibt, sondern im Gegenteil die Wahrnehmung der Realität bestimmt ([1969] 1997, S. 74). Glaubt man Foucault, dann beeinflusst der vorherrschende Diskurs nicht nur was wir sagen oder nicht, sondern auch was wir denken, wie wir handeln. Er verursacht eine Verknappung des Möglichen und eine Beschränkung dessen, was als real angesehen wird (Foucault, [1970] 2003, S. 27; Landwehr, 2006, S. 108). Wie es um Gleichstellung steht, ist in diesem Verständnis das Resultat des vorherrschenden Diskurses. Der prägt, was wir unter *Gleichstellung* und unter *Geschlecht* verstehen. Er prägt außerdem die Rolle von Mann und Frau in der Gesellschaft und damit was wir in Bezug auf ihre Stellung für angemessen halten. Dieser Diskurs begrenzt damit die Wahrnehmung der Wirklichkeit und dessen was als möglich erachtet wird. Jede

neue Idee zum Thema Gleichstellung muss sich dem vorherrschenden Diskurs stellen und beeinflusst ihn gleichzeitig. Es ist bezeichnend, dass Foucault die Politik als ein Feld ansieht, in dem der Diskurs besonders bedrohliche Kräfte entfesseln kann (Foucault, [1970] 2003, S. 11). Die Politik trägt maßgeblich zur Gestaltung unserer Gesellschaft bei, sie bildet den rechtlichen Referenzrahmen, der für unser Verständnis von richtig und falsch bedeutsam ist. Es gehört zu den zentralen Aufgaben der Parteien, zur politischen Willensbildung der Bevölkerung beizutragen und öffentliche Diskussionen anzuregen (PartG §1 Abs. 2). Über die Wahlprogramme gestalten die Parteien die Wahrnehmung der Wirklichkeit mit. Es ist ihre Fähigkeit Problemverständnisse und Lösungsansätze in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, die Wahlprogramme so bedeutsam macht (Reichart-Dreyer, 2000, S. 32; Wiesenthal, 1993, S. 99). Auch deshalb ist es von hoher Relevanz, die Wahlprogramme der Parteien und damit ihre Angebote der politischen Gestaltung näher zu betrachten. Im Rahmen dieser Analyse werden die Inhalte der Wahlprogramme, das, was Parteien für Sagbar und Machbar halten, als Produkte vorherrschender Diskurse verstanden und ebenso als Versuch ebenjene Diskurse zu beeinflussen.

Auszüge davon sollen nun in der angestrebten Analyse näher beleuchtet werden. Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zu den Bundestagswahlen 1990, 2005 und 2017 soll Aufschluss darüber geben, wie DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, CDU/CSU und 2017 auch die AfD zur Gleichstellung der Geschlechter stehen. Der Fokus wird dabei darauf liegen, herauszuarbeiten, wie die Parteien Gleichstellung darstellen. Dazu gehört, ob und welche Benachteiligungen von Frauen sie beschreiben, welche Begriffe sie in diesem Zusammenhang nutzen und welche politischen Maßnahmen sie vorstellen. In einem zweiten Schritt sollen diese Darstellungen der Wirklichkeit und ihre „Realitätsargumente“ dekonstruiert werden, um den semantischen Gehalt ihrer Argumente aufzudecken. Zuletzt sollen aus der Untersuchung der Parteien über die Zeit auch vorsichtige Rückschlüsse auf einen oder mehrere Diskurse gezogen werden, die an der Konstruktion der in den Wahlprogrammen sichtbar werdenden Wissensordnungen und Wirklichkeitsbegrenzungen beteiligt waren. Aus diesem Grund wird im

Folgenden auch davon abgesehen, einzelne Fragmente des Titels zu definieren oder sich auf Begriffe und Bedeutungen festzulegen. Vielmehr soll die Analyse aufdecken, wie die Parteien, die Begriffe verstehen und inszenieren und damit Hinweise auf den in den Wahlprogrammen vorherrschenden Diskurs zur Gleichstellung der Geschlechter geben.

Das besondere Potential für einen neuen Erkenntnisgewinn durch diese Analyse ist, dass nicht einzelne Akteur*innen und ihre Interessen im Fokus stehen, wie häufig in politikwissenschaftlichen Untersuchungen. Stattdessen soll ein Diskurs untersucht werden, von dem angenommen wird, dass er die Wahrnehmung und das Verständnis von Gleichstellung prägt und sich damit auf die Politik, die politischen Maßnahmen der Parteien und das, was sie als möglich erachten, auswirkt. Dieser Diskurs soll ein Stück weit entschlüsselt werden, indem von der Mesebene, mittels der Wahlprogramme der Parteien auf diese Makroebene Rückschlüsse gezogen werden. Letztlich ist das Ziel herauszufinden, ob ein geschlechtskonservativer Diskurs die Wahlprogramme der Parteien prägt und dazu beiträgt, dass es an weitreichenden politischen Entwürfen zur Gleichstellung mangelt.

Die Forschungsarbeit wird zunächst in Kapitel zwei einen Blick auf die Gleichberechtigung als im Grundgesetz verankertes rechtliches Gebot sowie als politische Aufgabe, werfen. Dabei wird mittels einer kurzen Übersicht betrachtet werden, wie sich die Gleichberechtigung seit 1949 entwickelt hat, um Aufschluss über die bestehende Diskrepanz zwischen rechtlicher und reeller Gleichberechtigung zu geben. Zuletzt wird ein Überblick des Forschungsstandes zur Analyse der Standpunkte zur Gleichstellung sowie der Familien- und Frauenbilder von Parteien gegeben.

Das dritte Kapitel befasst sich mit der Bedeutung von Wahlprogrammen und soll näher erläutern, warum sich diese als Analysematerial eignen. Das Kapitel erstreckt sich über die Definition von Wahlprogrammen und Erläuterungen zu ihren Funktionen bis hin zu dem Spannungsfeld, in dem sich die Wahlprogramme als Medium verschiedener Zwecke befinden.

Das vierte Kapitel ist der theoretischen Grundlage der Analyse gewidmet, die sich auf Foucaults Diskurstheorie bezieht. In diesem Abschnitt wird darauf

eingegangen werden, wie der Diskurs in der Politikwissenschaft analytisch genutzt wird und welche Besonderheiten das foucaultsche Diskursverständnis mit sich bringt. Anschließend wird mittels der Theorien Foucaults ein Begrenzungsversuch des Diskursverständnisses erarbeitet, der als Grundlage der Analyse fungiert.

Im fünften Kapitel folgen Ausführungen zur methodischen Herangehensweise der Analyse, eine Erläuterung der Analyseschritte sowie möglicher Herausforderungen bei der Nutzung von Foucaults Ansätzen.

Das sechste Kapitel widmet sich dann der umfangreichen Analyse der Wahlprogramme von DIE LINKE (sowie Vorgänger), Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, CDU/CSU und 2017 auch der AfD gegliedert nach Wahljahr.

Abschließend wird in Kapitel sieben eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Untersuchungsergebnissen erfolgen sowie eine Verdeutlichung der Rückschlüsse auf den Diskurs. Abgeschlossen wird die Arbeit im achten Kapitel mit einer Zusammenfassung der Arbeit sowie einem Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten und Anknüpfungspunkte.

2. Gleichberechtigung als rechtliches Gebot und politische Aufgabe

Das folgende Kapitel hat das Anliegen, die Relevanz von Gleichstellung als politische Aufgabe hervorzuheben. Den Beginn macht eine kurze Übersicht der rechtlichen Grundlage zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Deutschland und politischer Formen der Institutionalisierung dieser Aufgabe. Anschließend wird die Diskrepanz zwischen der rechtlichen und der realen Gleichstellung in den Blick genommen, um verständlich zu machen, wieso das Thema auch heute noch von politischer Bedeutung ist. Abschließen soll das Kapitel eine Übersicht des Forschungsstandes zur Gleichstellungs- und Frauenpolitik deutscher Parteien, um einen Eindruck davon dazu verschaffen, in welchem Verhältnis die Parteien zu dem Thema stehen und inwiefern die angestrebte Analyse im Rahmen dieser wissenschaftlichen Arbeit eine Forschungslücke schließen kann.

Rechtliche Grundlagen und politische Institutionalisierungen

Dank dem juristischen Weitblick der Sozialdemokratin Elisabeth Selbert und einer beispiellosen Mobilisierung von Frauen und Frauenverbänden, ist in Deutschland seit 1949, mit in Kraft treten des Grundgesetzes, die rechtlich uneingeschränkte Gleichberechtigung von Mann und Frau in Art. 3 Abs. 2 GG verankert (Hoecker, 2008, S. 10). Trotz des daraus erwachsenden Auftrags an die Regierung, bis zur Übergangsfrist von vier Jahren sämtliche Gesetze des Bürgerlichen Gesetzbuches darauf hin zu prüfen, ob sie diesem Grundrecht entsprechen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen, passierte zunächst vier Jahre lang nichts. Obwohl der Großteil der Paragraphen des Familienrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht dem Gebot der Gleichberechtigung von Mann und Frau entsprach, musste letztlich das Bundesverfassungsgericht einschreiten und die Regierung im Jahr 1953 nach der verstrichenen Frist zum Handeln zwingen (Rust, 2001, S. 31)¹. Es folgten Jahre der Debatten, unzureichende Entwürfe für ein Gleichberechtigungsgesetz und Zurückweisungen durch das Bundesverfassungsgericht. Am 1. Juli 1958 trat dann das "Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts" in Kraft (BGBl, 1958, S. 609), das nach wie vor die geschlechterspezifische Arbeitsteilung in der Ehe zum Leitbild hatte und dem Vater das Letztentscheidungsrecht in Erziehungsfragen überließ. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits drei Bundestagswahlen mit hoher Wahlbeteiligung stattgefunden, mit deutlich geringerer Differenz zwischen den Geschlechtern als noch zu Zeiten der Weimarer Republik. Während die Frauen zunehmend ihre politische Verantwortung als Wählerinnen und Kandidatinnen wahrnahmen, blieben deutliche Benachteiligungen im Familienrecht bestehen (Hoecker, 2008, S. 10-11). Das Gleichberechtigungsgesetz musste in den folgenden Jahren aufgrund von zahlreichen verfassungswidrigen formalen Ungleichberechtigungen viele Male überarbeitet werden (Gerhard, 2008, S. 4). Erst 1977 löste die Reform des Familienrechts auf der Grundlage eines

¹In seiner Grundsatzentscheidung zur Gleichberechtigung BVerfGE 3, 225 vom 19.12.1953 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass es sich bei Art. 3 Abs. 2 GG seit dem 1. April 1953 um ein unmittelbar anwendbares Recht handle.

egalitären Ehemodells einen Großteil der ungleichberechtigenden Regelungen ab (Gerhard, 2008, S. 4).

Mit der Ergänzung des Grundgesetz Art. 3 Abs. 2 ist in Deutschland ein weiterer Meilenstein markiert, der Gleichberechtigung noch einmal explizit zu einer politischen Aufgabe erklärt. Besagte Ergänzung trat 1994 in Kraft und verpflichtet den Staat explizit zur Förderung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Vor diesem Hintergrund erhielt die Frauenpolitik als Anliegen von Parteien neuen politischen Aufwind. Unter Frauenpolitik werde Ende der 1990er-Jahre eine Politik verstanden, die auf die Gleichstellung von Frauen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen abziele, ermittelt Anke Schuster (1997, S. 25) als gemeinsame Grundaussage der vier stärksten deutschen Parteien. Sie erkennt darin die Reaktion des politisch-rechtlichen Bereiches auf den gesellschaftlichen Bedarf nach dieser Art der Frauenpolitik (ebd., S. 26). Der Begriff der Frauenpolitik erfuhr damit eine normative Zielrichtung mit Blick auf die Umsetzung der verfassungsmäßig gebotenen Gleichberechtigung (ebd., S. 23).

Mit dem Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung von Frauen (CEDAW), beschlossen am 18.12.1976, wurde zum ersten Mal ein umfassendes internationales Menschenrechtsinstrumentarium für Frauen geschaffen (Rust, 2001, S. 27). Verbindlichkeit für die Bundesrepublik als Bundesgesetz erhielt es mit der Ratifizierung (BGBl, 1985 II, 647). Auch die Europäische Union hat sich über die gemeinsamen Bestimmungen bereits seit ihrer Gründung Anfang der 1990er-Jahre der Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen verschrieben (Art. 3 Abs. 3 EUV; Art. 21 Charta der Grundrechte der Europäischen Union). Die Handlungsmöglichkeiten der EU im Einsatz für Gleichstellung begrenzen sich überwiegend auf Beschäftigung und Arbeit (Art. 153 AEUV). Die EU sieht ihre Aufgabe jedoch auch darin, die Stellung der Frau durch gezielte Kampagnen zu stärken (Europäisches Parlament, 2018, Abs. 1). Mit der Schaffung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) im Jahr 2006 wurde die Beobachtung von Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels weiter institutionalisiert. Aufgabe der Institution ist es die Gleichstellung von Mann und Frau aktiv zu fördern und die

Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen in EU und Mitgliedstaaten zu begleiten (EIGE, 2017, S. 3). Der seit 2013 regelmäßig erscheinende Europäische Gleichstellungsbericht erfasst anhand von bestimmten Kennzahlen die Entwicklung von Gleichstellung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Im Jahr 2015 hat die EU zudem den „EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter für den Zeitraum 2016-2020“ verabschiedet und der Gleichstellung damit weitere Präsenz als aktiv verfolgtes Ziel eingeräumt. Insgesamt zeugt die rechtliche und institutionelle Aufstellung der EU davon, dass Gleichstellung als politische Aufgabe wahrgenommen wird. Dass die Vereinten Nationen im Jahr 2010 mit UN Women einen neuen Akteur schufen, der die Bestrebungen und die Gleichberechtigung von Frauen weltweit vorantreiben soll, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass international nach wie vor erhebliche Lücken in der Gleichstellung der Geschlechter erkannt werden. Diese Entwicklung wird auch in der Einigung auf die Sustainable Development Goals bzw. die Agenda 2030 der Vereinten Nationen sichtbar, die als SDG 5 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen festlegt². Die Gründung überstaatlicher Organisationen und Institutionen deutet auf die bestehende Relevanz von Gleichstellung auch im internationalen Kontext hin.

Mittlerweile ist Gleichstellung als politisches Ziel vielfach institutionell verankert, ob über Gleichstellungsbeauftragte auf Bundes- bis Kommunalebene oder über Organisation im internationalen Feld. Mit Blick auf Deutschland lässt sich dennoch festhalten, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen trotz nachweislicher Fortschritte auch fast 70 Jahre nach in Kraft treten des Grundgesetzes noch im starken Kontrast zur „gefühlten Gleichberechtigung“ von vielen Frauen stehen, die sich nach wie vor einer strukturellen Benachteiligung aufgrund ihres Geschlechtes ausgesetzt sehen, wie im folgenden Kapitel dargelegt werden soll.

² Resolution 70/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 25. September 2015.

Die Diskrepanz zwischen rechtlicher und reeller Gleichstellung

Auch nach fast 70 Jahren der Gleichberechtigung von Frauen und Männern qua Grundgesetz bleiben deutliche Unterschiede in der Stellung zwischen Männern und Frauen bestehen. Thematisiert wird zum Beispiel die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik (z.B. Hoecker, 2008) oder die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt (z.B. Allmendinger et al., 2008), häufig eng verknüpft mit der Kritik an geschlechterspezifischer Arbeitsteilung und traditionellen Rollenbildern. Trotz zahlreicher Fortschritte bei der Gleichstellung sind Frauen noch immer vielfältig benachteiligt. Verschiedenste Kennzahlen untermauern diese Wahrnehmung und weisen auf erhebliche Lücken in der Gleichstellung von Mann und Frau hin (z.B. OECD, 2017; EIGE, 2018, S. 1). So mahnt das World Economic Forum über seinen 2017 veröffentlichten Gender Gap Report zum Beispiel, bliebe es bei dem selben Tempo, würde es weitere 200 Jahre dauern bis gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Männer und Frauen erreicht wären (S. viii). Vor diesem Hintergrund bleibt Gleichstellungspolitik ein Dauerthema in der Politik. Zu den Konjunkturen der Gleichberechtigungsbewegung soll der folgende Absatz einen kurzen Überblick liefern.

Mit der Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 war der deutschen Frauenbewegung ein bedeutsamer Erfolg gelungen. Doch die darauf folgenden 1950er-Jahre waren von einer Restauration der konservativen Geschlechterordnung geprägt. Unter dem Versuch der „Normalisierung“ nach zwei Weltkriegen war eine Rückkehr in das traditionelle Familienbild beobachtbar. Und das, obwohl Frauen während der Kriegs- und Nachkriegszeit auf sich allein gestellt enorme Herausforderungen gemeistert hatten. Die Beobachtung einer frauenpolitischen Flaute nach der Erreichung des großen Ziels der rechtlichen Gleichberechtigung lässt sich in der Bewegungsforschung unter dem Begriff der „Flaute“ oder des „Stillstandes“ einordnen, die als Teile des Auf und Ab sozialer Bewegungen verstanden werden (Gerhard, 2008, S. 3; Rupp & Taylor, 1987; Gerhard, 1993). Ende der 1960er-Jahre und Anfang der 1970er-Jahre formierte sich auch in Deutschland eine neue Frauenbewegung. Deren Schwerpunkt lag zunächst nicht auf Gleichberechtigung, denn die Mehrheit sah die formellen Rechte im Alltag scheitern. Stattdessen trat sie für

9

die Infragestellung der gängigen Geschlechterrollen ein und die damit einhergehende hierarchische Ordnung in den Familien (Gerhard, 2008, S. 5). Nachhaltige Veränderungen im gesellschaftlichen Diskurs bewirkte die Frauenbewegung vor allem in der Liberalisierung der Sexualität und der Vielfalt der Lebensformen, in der Forderung nach Selbstbestimmung und der Skandalisierung der Gewalt gegen Frauen, besonders in der Ehe³ (ebd., S. 5). Die Forderung nach der Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs blieb eines der zentralen Ziele, das noch auf Verwirklichung wartet und auch heute immer wieder politisch Konjunktur hat, wie sich auch in der Untersuchung der Wahlprogramme zeigen wird. Nach zahlreichen Reformen und Reformversuchen (z.B. 1974, 1976, 1992, 1995, 2010) ist die Abtreibung in Deutschland weiterhin nur unter strengen Bedingungen straffrei. Die „konservative Wende“, wie die Regierung Kohl sie nannte, prägte in den 1980er Jahren die Familien- und Frauenpolitik. Zu dieser Zeit wurde in Westdeutschland unter Bundeskanzler Kohl ein politisches Leitbild gefördert, das erneut die Mutter in die familiäre Pflicht nahm. Skandinavische Länder begannen zu jener Zeit zum Beispiel schon mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, um Frauen zu entlasten (Gerhard, 2008, S. 6; Kolbe, 2002, S. 221). Ende des Jahrzehnts entstanden dennoch vermehrt Gleichstellungsstellen auf Länderebene und kommunaler Ebene sowie Professuren der Frauen- und Geschlechterforschung und symbolisierten eine Institutionalisierung des Anliegens der Gleichstellung. Mitte der 1980er-Jahre wurde zum Beispiel auch auf Bundesebene die Frauenpolitik im damaligen Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit verankert (BMFSFJ, 2018). Die Wiedervereinigung Deutschlands sowie der Zerfall der Sowjetunion stellen eine internationale politische Wende dar, ebenso wie eine wichtige Zäsur für die deutsche Frauenpolitik. Im Zuge der Vereinigung sei die westdeutsche Frauenbewegung an ihr Ende gekommen, beschreibt Gerhard (2008, S. 8). Aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen und Interessen sei es

³ Diese Errungenschaften und kulturellen Veränderung lassen sich an einigen Gesetzen festmachen, wie z.B. die Gleichstellung der nicht in einer Ehe geborenen Kinder (seit 1970), die Entkriminalisierung der Homosexualität (1969), die Reform des Scheidungsrechts sowie die Umsetzung des Gleichberechtigungsprinzips im Eherecht (1977)

1990 nicht gelungen, eine gemeinsame Plattform für die Bestrebungen der ehemals westdeutschen und ostdeutschen Frauen zu schaffen.

Anschließend daran wird die Wende, den Anfangspunkt der angestrebten Analyse markieren und bietet die spannende Möglichkeit, herauszuarbeiten, wie und ob die unterschiedlichen Parteien Bezug auf Gleichstellung nehmen und in welcher Form sie bisherige west- oder ostdeutschen Errungenschaften aufgreifen, welche Rolle sie in der Neuordnung des Diskurses einnehmen. Das erste Wahljahr, das ab Kapitel 6 untersucht wird, widmet sich den Wahlprogrammen von 1990 und wird den Beginn der Analyse bilden, die sich über die Wahljahre 1990, 2005 und 2017 erstreckt.

Nach der Wende haben auch antifeministische Kräfte neuen Aufwind erfahren und gehören zu den zentralen Herausforderungen für die aktuelle Gleichstellungspolitik. Besonders rechtspopulistische Parteien zeichnen sich in der aktuellen politischen Debatte durch antifeministische, genderforschungsfeindliche und geschlechtskonservative Standpunkte aus. In jüngsten Mobilisierungen gab es in vielen europäischen Ländern, z.B. in Frankreich und Deutschland, Proteste gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, gegen eine Änderung der Lehrpläne hin zu einer Pädagogik der Vielfalt in den Schulen sowie gegen die Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung (Hentges & Nottbohm, 2017, S. 169). Auch in zahlreichen osteuropäischen Ländern waren in den vergangenen Jahren Demonstrationen zu beobachten, in denen gegen Feminismus und Genderpolitik mobilisiert wird (Hentges & Nottbohm, 2017, S. 169; Graff, 2014; Kováts & Pöim, 2015). Auslöser auf europäischer Ebene waren beispielsweise der Rodrigues- und der Noichl-Bericht (beide 2014), die besonders konservative und rechtspopulistische Kräfte im EU Parlament alarmierten und aktivierten (Hentges & Nottbohm, 2017, S. 169). Kristin Anderson (2015) beobachtete auch für die USA, dass Antifeminismus zunimmt. Untersuchungen für die Lage in der gesamten EU stehen bisher noch aus, dafür gibt es bereits einige Untersuchungen einzelner EU-Länder, die entsprechende Trends bestätigen (Kemper, 2014a und 2014b). In der Beschreibung für die Debatte in Deutschland wird in diesem Zusammenhang häufig der Begriff des Anti-Genderismus (Hark und Villa, 2015) oder Antifeminismus (Lenz, 2011)

angeführt. Neu an diesen Bewegungen ist die Verkehrung von Machtverhältnissen und das verdrehte Einnehmen einer Anti-Establishment-Position gegen etwas, das als das genaue Gegenteil von Establishment gesehen werden kann, nämlich eine gesellschaftlich benachteiligte Gruppe. Über rechtspopulistische bzw. -extremistische Argumentationsweisen und Verschwörungstheorien werden Geschlechterforscher*innen und Feminist*innen zur Bedrohung stilisiert, die an den Grundpfeilern einer angeblich naturgegebenen Ordnung rüttelt (Hark und Villa, 2015; Hentges & Nottbohm, 2017, S. 170; Lenz, 2011; Graff, 2014). Die Untersuchung der Wahlprogramme aus dem Jahr 2017 versprechen daher interessante Erkenntnisse über die Darstellung von Gleichstellung durch die AfD sowie die Reaktionen der anderen Parteien zur Debatte.

Die Grundlage der bundesdeutschen Geschlechterpolitik basiert nach wie vor auf den gängigen Geschlechterkategorien (Döge, 2008, S. 33). Von der Gleichstellung von Männern und Frauen sprechen so auch das Grundgesetz in Art. 3 Abs. 2, das Gleichberechtigungsgesetz sowie das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Die Gleichstellung der Geschlechter und die damit verbundene Prämisse der Geschlechterdifferenz wird sich im Rahmen der Analyse an der von den Parteien selbst vorgenommene Unterscheidung orientieren. Derzeit gehen sie von einer Dichotomie und keiner Diversität von Geschlecht aus. Um den vorherrschenden Diskurs adäquat nachzeichnen zu können, bleibt es bei dieser Unterscheidung.

Insgesamt zeigt diese kurze Übersicht, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen per Grundgesetz längst nicht das Ende des Weges zur Gleichberechtigung bedeutet. Noch heute bestehen Gesetze, die dafür kritisiert werden, ungleichberechtigend zu sein, wie die analysierten Wahlprogramme zeigen werden. Immer noch zeugen statistische Untersuchungen von deutlichen Unterschieden in der Stellung zwischen Männern und Frauen in Politik, Arbeitswelt, Familie und Gesellschaft. Der folgende Abschnitt soll sich näher damit befassen, wo die deutschen Parteien im Verhältnis zur politischen Aufgabe der Gleichstellung und Gleichberechtigung stehen. Der Blick auf den Forschungsstand soll einen ersten Eindruck davon vermitteln, ob die Frauen-

und Familienbilder der Parteien auf einen Mangel an politischer Kraft zur Verwirklichung von Gleichstellung hinweisen.

Frauenbilder und Gleichstellung im Spiegel deutscher Parteien

Nach der kurzen Darstellung der rechtlichen und politischen Lage von Gleichberechtigung sowie der Verdeutlichung der bestehenden Diskrepanz von rechtlicher und reeller Gleichstellung und der damit einhergehenden politischen Brisanz des Themas, soll im folgenden ein Blick auf die deutschen Parteien geworfen werden. Im Fokus liegt hierbei, einen Eindruck des bisherigen Forschungsstandes zu vermitteln und gleichzeitig bestehende Lücken aufzuzeigen, die mit der angestrebten Analyse zumindest teilweise geschlossen werden können.

Julia Heidler (2017) analysierte die Wahlprogramme von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen von 1980 bis 2013 auf die Darstellung von Geschlechterrollen und weist damit eine thematische Nähe zur geplanten Untersuchung auf. Sie versteht die Geschlechterrollen als in den Programmen diskursiv konstruiert und stellt die Frage, wie sie formuliert werden und welcher Wandel sich über den Zeitraum von mehr als drei Jahrzehnten vollzogen hat (ebd., S. 15). Beide Parteien sieht sie vom gesamtgesellschaftlichen Wandel hin zu postmateriellen Werten betroffen. Zusammenfassend stellt sie fest, dass die konfrontative und sozial-revolutionäre Rhetorik der Grünen bei der Union keinen Platz hat. Forderungen nach Gleichberechtigung bleiben hier stets dem traditionellen Familienbild untergeordnet. Sie stellt außerdem fest, dass sich die Union zu der von den Grünen geforderten Emanzipation und dem Abbau der Diskriminierung von Frauen – zumindest schriftlich im Rahmen der Wahlprogramme – nicht äußert (Heidler, 2017, S. 30-31). Die Forschungsarbeit von Frau Heidler vermittelt einen ersten Eindruck der Darstellung des Themas durch die Parteien. Der Vergleich bleibt jedoch auf die Unterschiede zwischen zwei Parteien begrenzt, während die Analyse im Rahmen dieser Arbeit jeweils fünf bzw. sechs Parteien pro Wahljahr untersucht. Zudem geht die angesetzte Analyse über Geschlechterrollen hinaus und fragt nach der Benennung, Darstellung und Einbettung von Gleichstellung und möchte zudem Rückschlüsse auf die hinter den Aussagen liegenden Diskurse ziehen.

Der Analyse der familien- und frauenpolitischen Ausrichtung der AfD hat sich bisher vornehmlich Kemper (2014a, 2014b) gewidmet. Seine Analyse des AfD-Programms zur Europawahl und der vorangegangenen Mitgliederbefragung ergab u.a., dass ein Großteil der AfD Mitglieder für eine Ablehnung des Gender-Mainstreamings ist, das als „weltanschauliche Umerziehungsmaßnahme“ eingestuft werde. In diesem Zusammenhang sprächen die Mitglieder sich ebenfalls gegen eine Förderung der Gender-Forschung aus sowie gegen die gezielte Förderung von Frauen zur Gleichstellung in der Berufswelt (Kemper, 2014a, S. 22). Auch in dem 2016 veröffentlichten Grundsatzprogramm der AfD erkennen Analysen ein reaktionäres Familien- und Frauenbild und eine stark anti-feministische Ausrichtung (Hentges & Nottbohm, 2017, S. 190).

Eine umfangreichere Analyse auf Landesebene nahm Anke Schuster (1997) vor, die untersuchte, welche Rolle Frauenpolitik in den Programmen der CDU, FDP, SPD und Grünen zu den Landtagswahlen spielte. Ihre Untersuchung erstreckte sich über die Jahre 1978 bis 1989. Insgesamt stellte sie fest, dass sich die Programme der linken Parteien im Vergleich zu jenen der liberal-konservativen Parteien deutlich intensiver mit Frauenpolitik beschäftigen (Schuster, 1997, S. 77). Ein Ergebnis das nicht unerwartet komme und sich mit der Wahrnehmung des Engagements der Parteien in der Öffentlichkeit decke (ebd., S. 77). So wurde in der Analyse festgestellt, dass Frauenthemen bei SPD und GRÜNEN, aber besonders stark bei letzteren, eine hohe Akzeptanz als eigenes Politikfeld aufweisen (ebd., S. 73). Den Ergebnissen nach haben Frauen auch in den Programmen der CDU eine hohe Bedeutung, werden allerdings mehrheitlich als Teilgebiet der Familien- und Sozialpolitik aufgeführt und nicht als eigenständiges Politikfeld. Bei der FDP zeigt sich der umgekehrte Trend. Sie spricht zwar deutlich seltener als alle drei anderen Parteien Frauenbelange in den Inhaltsverzeichnissen ihrer Wahlprogrammen an, wenn sie es jedoch tut, dann präsentiert sie eine höhere Akzeptanz, Frauenpolitik als eigenes Politikfeld zu verstehen (Schuster, 1997, S. 73). Bei der Betrachtung des gesamten Untersuchungszeitraumes von 1978 bis 1989 ergab die Analyse, dass, gemessen an der Anzahl der frauenpolitischen Aussagen, eine

zunehmende Bedeutung des Themas für DIE GRÜNEN, SPD und FDP messbar war. Währenddessen war bei der CDU nach einem Anstieg bis zur Mitte des Untersuchungszeitraum ein Stagnationseffekt feststellbar (Schuster, 1997, S. 79).

Eine tiefgehende Analyse der Familienbilder und Moralmetaphern und der daraus folgenden Programmatik von CDU, FDP, SPD, den Grünen und der LINKEN erstellte Anjes Tjarks (2011). Er beschreibt diese Familienbilder als idealisiert und von den Parteien zu Leitbildern ihrer Politik stilisiert. Gleichzeitig seien sie, wenn sie auch dem Familienleben der Parteianhänger nicht zwingendermaßen gleichen, ihnen doch ähnlich und entsprächen damit den Moralvorstellungen der Wählergruppe. Die Wähler finden ihre Werte demnach über die Parteien repräsentiert, während auch umgekehrt davon auszugehen ist, dass Parteien am Wertewandel ihrer Stammwählerschaft Orientierung finden. Die Familienbilder, die Tjarks (2011, S. 85) auf Basis von Aussagen in verschiedenen Parteiprogrammen prototypisch entwirft, sind für ihn die Basis für seine Interpretation der darauf basierenden Moralvorstellungen und die resultierende Programmatik der Parteien. Gemäß seiner Analysen vertritt die CDU das traditionellste Familienverständnis aller deutschen Parteien, das er als „leistungsorientiert-bürgerliches Familienmodell“ beschreibt (Tjarks, 2011, S. 86). Familien bilden aus Sicht der CDU den Fixpunkt der Gesellschaft. Dem Wohl der Familie habe sich alles andere unterzuordnen. Die Arbeit in den Familien werde als die wichtigste gesellschaftliche Arbeit gesehen (Tjarks, 2011, S. 86). Den Mittelpunkt des CDU Familienbildes stelle dabei die Ehe zwischen Mann und Frau mit Nachwuchs dar, mit dem Mann als Allein- bzw. Hauptverdiener (ebd., S. 86). Daraus ergäbe sich auch ihre Ablehnung der Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft zum Zeitpunkt der Untersuchung (ebd., S. 130). Im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit der Frau habe sich bei der CDU jedoch die Einsicht eingestellt, dass sich Kind und Karriere für Frauen nicht gegeneinander ausspielen ließen. Diese Haltungsanpassung hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehe dabei für eine Überholung nicht jedoch eine Abkehr des von der CDU vertretenen bürgerlichen Familienbildes (Tjarks, 2011, S. 89). Die Frau als Mutter bleibe im Wertekanon der CDU der Fürsorge und Erziehung ihrem Kind gegenüber

verpflichtet, womit eine umfangreiche zeitliche und persönliche Verfügbarkeit einhergehe (Tjarks, 2011, S. 89).

Die FDP ordnet Tjarks (2011, S. 134) einem leistungsorientiert-freiheitlichen Modell zu und sieht es als ebenfalls bürgerliches. Für sie sei die Familie unterstützenswert, egal ob in Form einer Ehe oder unverheirateter Partnerschaft. Der Staat habe demnach verschiedene Verantwortungsgemeinschaften bewertungsfrei zu schützen, was neben der Ehe auch Paare mit Kindern und eingetragene Lebenspartnerschaften umfasse (ebd., S. 134). Das Familienbild der FDP ist demnach individueller und vielfältiger als bei der CDU. Die Arbeitsaufteilung zwischen Mann und Frau überlässt die FDP der individuellen freien Entscheidung, hier einzugreifen sieht die FDP nicht als Aufgabe des Staates. Jedoch geht die FDP einen entscheidenden Schritt hin zu einem progressiven Familienbild. Die Familie ist ihrem Verständnis nach nicht nur Ort des persönlichen Glücks, die FDP erkennt auch an, dass die einseitige Belastung der Frau mit familiären Pflichten wirtschaftliche Nachteile für sie bedeuten kann und grenzt sich damit vom Alleinverdienermodell ab (ebd., S. 135).

Dem zuvor vorgestellten bürgerlichen Lager setzt Tjarks (2011, S. 155) das linke Lager gegenüber, dem er SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zuordnet. Für die SPD, ermittelte Tjarks (2011, S. 156), sei die Wahlfreiheit in Bezug auf den individuellen Lebensentwurf besonders wichtig. Familie mache für die SPD Kinder aus und Menschen, die für einander Verantwortung übernehmen. Die Ehe mache bei der SPD im Kontrast zur CDU nicht den Kern der Familie aus, sei aber aufgrund ihrer Häufigkeit schützenswert (ebd., S. 157). Als Familienleitbild beschreibe die SPD, dass Vater und Mutter gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge verantwortlich seien. Gleichstellung wird damit zu einem zentralen politischen Anliegen, eine geschlechterbasierte Arbeits- und Rollenverteilung lehne die SPD deutlich ab (ebd., S. 157). Die SPD verstehe es als Aufgabe der Politik die Probleme und Herausforderungen von Familien zu erkennen und darauf basierend die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Eltern so leben können, wie sie möchten (ebd., S. 160).

Bei den GRÜNEN komme die Familie als zu beschreibende Entität kaum vor, erkennt Tjarks (2011, S. 190). Dennoch hätten auch die GRÜNEN

familienpolitische Ziele und Einstellungen. Gleichberechtigung stünde bei ihnen im Zentrum, weshalb sie eine große gesellschaftliche Veränderung für erforderlich hielten. Nur durch eine gerechte Verteilung der Familien- und Erwerbsarbeit, sei für die GRÜNEN Gleichberechtigung erreichbar (ebd., S. 190). Bei den GRÜNEN habe das traditionelle Familienbild mit der Ehe als exklusivem Mittelpunkt keinen Platz, sie träten stattdessen für eine Vielfalt gleichberechtigter Lebensformen und Familienmodelle ein und begründeten ihre Vorstellungen mit der gesellschaftlichen Lebensrealität (ebd., S. 190). Auch bei den GRÜNEN seien es Kinder und Verantwortung für andere, die eine Familie ausmachten. Ihr Familienbild sei jedoch stärker auf das Individuum ausgerichtet, das bei der Wahlfreiheit für ein Lebensmodell unterstützt werden solle (ebd. 191).

Zur Linkspartei trifft Tjarks (2011) nur vorsichtige Einschätzungen, da die LINKE zum Zeitpunkt der Analyse noch in der Konstituierungsphase war. Die Ehe als Lebensmodell spiele in der Programmatik der Linkspartei keine besondere Rolle, womit sich die Partei von der SPD unterscheide (ebd., S. 216). Auch bei der Linkspartei sei Verantwortung zentral in Bezug auf Familie, nicht aber die Anwesenheit von Kindern, wie bei den GRÜNEN oder der SPD. Familien verstehe die Linkspartei als Solidargemeinschaften. Prägend für die Rolle von Männern und Frauen in Familien sei für die Linkspartei die Wahlfreiheit mit starkem Bezug darauf, dass beide arbeiten gehen könnten (ebd., S. 217). Auch wenn Kinder für die Linkspartei kein konstituierendes Element der Familie seien, stellt Tjarks fest, dass sie in der Programmatik der Linkspartei eine wichtige Rolle spielten. Die Partei fordere eigenständige Rechte und Mitbestimmung für Kinder (2011, S. 217). Auch bei der Linken stünden laut Tjarks Familienvorstellungen im Spannungsfeld zwischen Individuum und Familie, ähnlich wie bei den GRÜNEN. Die bürgerliche Familie werde als unterdrückend empfunden, weshalb man sich für die Emanzipation der Frauen und die Stärkung der Kinderrechte ausspreche. Für die Linke sei die Familie daher keine Institution sondern eine freiwillige Gemeinschaft (ebd., S. 218).

Die vorgestellten Forschungsergebnisse geben bereits einen guten Eindruck von den unterschiedlichen Gleichstellungsbildern der Parteien. Was die angestrebte Analyse darüber hinaus leisten kann, ist zum einen die Ergänzung

eines weiten Zeithorizonts, 1990 bis 2017, ebenso wie eines breiten Parteienspektrums mit jeweils fünf bis sechs untersuchten Parteien pro Wahljahr. Dadurch ist ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn möglich. Was der Forschungsstand ebenfalls darlegt, ist, dass Parteiprogramme aufschlussreiche Quellen zur Analyse von parteilichen Anschauungen und Einstellungen sind. Das folgende Kapitel wird daran anknüpfen und weitere Einsichten zur Relevanz von Wahlprogrammen als Analysematerial bieten. Zuletzt wird die Analyse im Rahmen dieser Masterarbeit die Zeit- und Partienebene übergreifend arbeiten, um Rückschlüsse auf die die Programme prägenden politischen Diskurse zu ziehen. Damit soll erklärt werden, welche Gleichstellungsbilder die Wahlprogramme dominieren und inwiefern diese Diskurse weitreichende politische Entwürfe in Bezug auf Gleichstellung ermöglichen bzw. verunmöglichen.

3. Die Bedeutung von Wahlprogrammen

Das folgende Kapitel soll Bezug auf die Relevanz von Wahlprogrammen nehmen und damit hervorheben, warum eine Untersuchung der Parteiprogrammatik von Sinn für die angestrebte Analyse ist. Über die Definition von Wahlprogrammen und eine Zusammenfassung ihrer Funktionen wird ihre Bedeutung im demokratischen Prozess und der Kommunikation innerhalb von Parteien, zwischen Parteien und zu den Wählern verdeutlicht. Zuletzt soll ein kritischer Blick auf die Ausgestaltung von Wahlprogrammen geworfen werden. Dazu zählt das Spannungsfeld zwischen Vagheit und Konkretheit in Bezug auf die Inhalte von Wahlprogrammen, Forschungsergebnisse zu den Unterschieden der Wahlprogramme verschiedener Parteien und dem Anteil konkreter Inhalte in den Programmen.

Definition und Relevanz von Wahlprogrammen

Ein Programm auszuarbeiten, gehört zu den wesentlichen Aufgaben einer Partei (Wiesendahl, 2006, S. 9). Das schlägt sich auch im deutschen Parteiengesetz §1 nieder, das ein eigenes Programm zur Voraussetzung macht für die Anerkennung einer Partei als solche. Ein politisches Programm ist gemäß der Definition von Reichart-Dreyer (2000, S. 29) die „schriftliche

Bekanntmachung der Vorhaben eines politisch Handelnden oder einer politischen Institution“ (vgl. auch Flechtheim, 1968, S. 415). Wahlprogramme im Speziellen zeichnen sich dabei nach den Kriterien von Klingemann (1989, S. 99) besonders durch konkrete, handlungsorientierte Inhalte aus sowie den relativ kurzen Zeithorizont, der zunächst auf eine Legislaturperiode begrenzt ist. Darüber hinaus grenzen sie sich zu anderen politischen Programmen über die umfassendere Abdeckung von politischen Themen ab. Wahlprogramme werden zunächst von Parteien formuliert und erfordern Einigungsprozesse, die zur Konfliktlösung innerparteilicher Differenzen beitragen können. Durch die Erlassung eines Wahlprogrammes per Beschluss auf Parteitage haftet Wahlprogrammen daher ein vergleichsweise hoher Grad der Verbindlichkeit an (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 270).

Auf diesem Definitionsversuch aufbauend, lässt sich die Rolle von Parteiprogrammen im Wahlkampf näher identifizieren. Die Abgrenzung zu anderen politischen Positionen kann als Grundfunktion von Wahlprogrammen beschrieben werden (Volkens, 1989, S. 116). Die aus den unterschiedlichen Programmen folgende Konkurrenz zwischen den Parteien wird als eine zentrale Prämisse für demokratische Wahlen verstanden (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 269; Volkens, 1989, S. 116). Darüber hinaus gelten Wahlprogramme als Angebot der Parteien an ihre Wähler. Im besten Falle werden sie genutzt, um zu verdeutlichen, welche Ziele eine Partei nach dem Wahlsieg zu verfolgen gedenkt und sind damit als Informationsquelle für Wähler gedacht (Flohr, 1968, S. 41).

Zusammenfassend trägt die Programmatik von Parteien also dazu bei, dass innerparteiliche Konflikte eruiert werden, die Abgrenzung zu anderen Parteien verdeutlicht wird und eine Kommunikation mit den Wähler*innen stattfindet. Mit ihrer Programmatik können Parteien Wahlen gewinnen oder verlieren (Treibel, 2010, S. 89). Die Funktion von Wahlprogrammen nur auf den Wahlerfolg zu beschränken, wäre jedoch vermessen. Die Programme der Parteien dienen ebenfalls der politischen Meinungsbildung, Beteiligung und gesellschaftlichen Integration. Sie regen den Austausch von Ideen an und koordinieren Werte und Konfliktlinien, damit tragen sie zum politischen Diskurs bei (Reichart-Dreyer,

2000, S. 32; Wiesenthal, 1993, S. 99). All das unter der Voraussetzung, dass die Programme verständlich geschrieben sind und eine gewisse Konkretheit aufweisen (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 273). Insgesamt machen diese Erkenntnisse Wahlprogramme zu einem sowohl interessanten als auch relevanten Analysematerial. Klingemann und Volkens (2001, S. 513) formulieren zu Parteiprogrammen, sie „spiegeln [...] die Mehrheitsmeinung in einer Partei wider und eignen sich daher besonders für solche Fragestellungen, in denen Themenschwerpunkte und Positionen der Gesamtpartei als ‚kollektiver Akteur‘ untersucht werden sollen“. Über die zuvor beleuchtete Relevanz hinaus dient diese Einschätzung als Bestätigung für den in der folgenden Analyse angestrebten Ansatz. Parteien sollen in diesem Zusammenhang als kollektive Akteure verstanden werden, deren über die Wahlprogramme formulierte Standpunkte zur Gleichstellung in den Blick genommen werden.

Die Funktionen von Wahlprogrammen

Mit Bezug auf den vorangegangenen Absatz, sind Wahlprogramme also als ein Kommunikations- und Verständigungsmittel mit verschiedenen Adressaten zu verstehen. Parteien bedienen sich ihrer im Zuge des Wahlkampfes, um ihre politischen Positionen gegenüber den Wählern kund zu tun und über die Abgrenzung zu anderen Parteien damit Stimmen zu halten oder zu gewinnen (Kaack, 1971, S. 402). Wie bereits angeführt, kommunizieren Wahlprogramme jedoch nicht nur nach „außen“ sondern auch nach „innen“ (Kaack, 1971, S. 401). Wahlprogramme dienen demnach auch dem parteilichen Selbstverständnis, das im Entstehungsprozess von Wahlprogrammen über innerparteiliche Aushandlungsprozesse identifiziert und festgehalten werden soll.

Das Programm, das eine Partei nach außen hin während einer Wahl repräsentiert, ist im demokratischen Prozess in der Regel das Resultat eines zeitgreifenden Aushandlungsprozesses. Als eine zentrale Funktion, die Wahlprogramme während ihrer Entstehung innerhalb der Parteien einnehmen, lässt sich daher die Selbstverständigung verstehen. Zum Prozess der Programmarbeit gehört das Verhandeln von innerparteilichen Konflikten und damit die Kompromissfindung und Einigung auf gemeinsame Positionen

(Buchhaas, 1981, S. 85; Wiesenthal, 1993, S. 95). Aus der Identifikation der Parteimitglieder mit dem Wahlprogramm folgt eine integrative Wirkung, die die Parteimitglieder unter einer Fahne zusammenführen und für den Wahlkampf motivieren kann (Kaack, 1971, S. 402; Wiesenthal, 1993, S.129-130). Die Reduktion der Verhandlungskosten für die Integration der Parteibasis gehen dabei auf Kosten konkreter Formulierungen. Im Resultat sind Wahlprogramme bei Themen, die innerparteilich kontrovers diskutiert werden, daher häufig vage gehalten (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 274). Solche unkonkret gehaltenen Passagen haben einen Effekt auf die Selbstbindung einer Partei. Sowohl die Parteiführung als auch die Parteibasis können auf das Wahlprogramm zurückgreifen, erstere zur Entscheidungslegitimierung, letztere, um die Führung zur Verantwortung zu ziehen (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 274). Je klarer die Positionen festgehalten sind, desto besser lässt sich die Parteilite binden und umgekehrt (Buchhaas, 1981, S. 92). Vagheit im Wahlprogramm kann also viel über die Zustände in einer Partei aussagen. Doch zu Themen verhältnismäßig unspezifisch Stellung zunehmen, ist nicht nur auf innerparteiliche Konflikte zurückzuführen, es macht die Partei auch weniger angreifbar durch andere Wettbewerber sowie die Medien. Darauf soll im folgenden Unterkapitel noch einmal näher eingegangen werden.

Zunächst zur Wirkung von Wahlprogrammen nach außen. Dass Wahlprogramme zur Abgrenzung gegenüber konkurrierenden Parteien dienen, ist bereits im Rahmen der Definition von Parteiprogrammen und deren Bedeutung aufgeführt worden und könnte auch als primäres Ziel verstanden werden, da es ebenfalls dem Zweck der Informierung der Wählerschaft dient. Es kann als Voraussetzung eines demokratischen Wettbewerbes verstanden werden, dass sich die verschiedenen zur Wahl gestellten Parteien voneinander unterscheiden (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 269; Volkens, 1989, S. 116). Aus dieser Abgrenzung von den konkurrierenden Parteien und der Auseinandersetzung mit umstrittenen Themen ergibt sich die Profilierungs- und Agitationsfunktion von Wahlprogrammen (Kaack, 1971, S. 402). Doch der Nutzen eines Wahlprogrammes muss nicht mit der Wahl enden. In Koalitionsverhandlungen kann das Wahlprogramm als Verhandlungsbasis dienen. Die Untersuchungen von Volkens (1989, S. 144) stützen diese These.

Sie ergaben, dass Wahlprogramme „in den Politikbereichen besonders kontrastreich formuliert werden, in denen in kommenden Koalitionsverhandlungen harte Auseinandersetzungen [...] zu erwarten sind“ (Volkens, ebd., S. 144). Zudem leiten Wahlprogramme im besten Fall ebenfalls das parlamentarische Handeln einer Partei an (Kaack, 1971, S. 402; Kercher & Brettschneider, 2013, S. 272). Entgegen verbreiteter Erwartungen haben unterschiedliche Untersuchungen tatsächlich ergeben, dass Wahlprogramme einen messbaren starken *policy impact* auf die Handlungen von Parlamentsmitgliedern nach der Wahl haben (vgl. Hofferbert, Klingemann & Volkens, 1992; Rölle, 2000).

Wahlprogramme als Angebot der Parteien an ihre Wähler könnte man als den dritten Funktionsbereich verstehen. Diese nach außen gerichtete Kommunikationsform wird oft mit einer Werbe- und Rückkopplungsfunktion in Verbindung gebracht (Kaack, 1971, S. 402; Schönbach, 1977, S. 360). In diesem Sinne dient das Wahlprogramm dazu, Wähler mittels des Programms über die eigenen politischen Ziele zu informieren und ihre Stimmen zu gewinnen oder zu erhalten. Daran schließt sich die Meinungsbildungs- und Integrationsfunktion von Parteiprogrammen, die über die jeweilige Wahl hinausgeht. Dieser Funktion entsprechend, haben Wahlprogramme die Fähigkeit gesellschaftliche Debatten anzuregen und mit ihren politischen Vorschlägen und Visionen gängige Ansätze herauszufordern (Wiesenthal, 1993, S. 99). Sie dienen der politischen Meinungsbildung und regen im besten Fall die Beteiligung der Bürger an öffentlichen Debatten und den Austausch von Ideen an (Reichart-Dreyer, 2000, S. 32; Wiesenthal, 1993, S. 99). Eine Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die Wahlprogramme von den Wählern gelesen und verstanden werden.

Festhalten lässt sich, dass sich die Relevanz von Wahlprogrammen besonders auf die durch sie erfolgende Abgrenzung von anderen politischen Positionen zurückführen lässt. Die daraus folgende Konkurrenz zwischen den Parteien kann als Grundvoraussetzung demokratischer Wahlen verstanden werden. Die Kommunikation mit der Wählerschaft, Aushandlungsprozesse innerhalb der Parteien und Abgrenzung zwischen den Parteien mittels Wahlprogrammen sind

zentrale Funktionen. All diese Aspekte betonen die hohe Relevanz von Wahlprogrammen. Zurückzuführen sowohl auf ihren Entstehungsprozess als auch über die Zuschreibung verschiedener Funktionen ergibt sich, dass Wahlprogramme Abbilder gesellschaftlicher Diskurse sind. Sowohl der intensive Austausch innerhalb der Parteien, als auch die Auseinandersetzung mit konkurrierenden Standpunkten und das Einbeziehen von Werten der Wählerschaft machen Wahlprogramme zum Spiegel vorherrschender Diskurse. Ihre Analyse kann uns daher über die Position einzelner Parteien hinaus wichtige Hinweise auf den Diskurs zu Gleichstellung geben.

Wahlprogramme zwischen Festlegung, Floskel und Differenzierung

Bei der Untersuchung des Inhalts von Wahlprogrammen ist eines ganz entscheidend zu beachten, dass im Zentrum der Ausgestaltung der Inhalte der Konflikt zwischen Vagheit und Konkretheit steht. Beim Erstellen des Wahlprogrammes sieht sich die Partei einem Dilemma gegenüber, sowohl in der Kommunikation nach außen als auch nach innen. Um möglichst viele Wähler zu überzeugen, muss das Wahlprogramm greifbar und verständlich sein, um die Angriffsfläche für die politische Konkurrenz sowie die Medien jedoch so gering wie möglich zu halten, gilt es häufig Konkretes zu beschränken. Ein ähnliches Tauziehen gilt für die Rolle der Programme innerhalb einer Partei. Die parteiinterne Einigung auf konkrete Standpunkte ist mit hohem Zeit- und Koordinationsaufwand verbunden, gleichzeitig würde die Festlegung klarer Positionen in den Wahlprogrammen die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Parteiführung verbessern (Kercher und Brettschneider, 2013, S. 274). Bleibt das aus, bewahrt sich die Parteiführung wiederum mehr Handlungsspielraum in der Zukunft und eine freiere Ausgestaltung ihrer Politik (vgl. Klein, 1996). Es entsteht ein Spannungsfeld zwischen den Interessen der Parteibasis und Parteiführung sowie begrenzten Zeitressourcen.

Das aus Außen- und Binnenfunktion der Wahlprogramme resultierende „Verständlichkeitsdilemma“ folgt aus „[...] konfligierenden Interessenlagen zwischen Partei und Wahlvolk sowie zwischen Parteibasis und Parteiführung“ (Kercher und Brettschneider, 2013, S. 275). Daraus lässt sich folgern, dass die mehr oder weniger genaue Positionierung einer Partei zu bestimmten Themen in Zusammenhang mit dem Ausmaß des innerparteilichen Konfliktes sowie der

Sorge um Rechenschaft gegenüber Volk und Medien stehen dürfte (Volkens, 1989, S. 120-121). Sollte sich eine Partei also nicht oder nur sehr unkonkret zum Thema Gleichstellung äußern, kann das einerseits auf Uneinigkeit innerhalb der Partei deuten und andererseits darauf, dass die Partei in Bezug auf dieses Thema gezielt „kalkulierte Ambivalenz“ einsetzt, um sich Bewegungsfreiheit zu bewahren (vgl. Klein, 1996). Die Formulierungen in den zu untersuchenden Wahlprogrammen können vor diesem Hintergrund als kleinster gemeinsamer Nenner verstanden werden. Das kann jedoch als Vorteil für die Untersuchung wahrgenommen werden, da diese Formulierungen, die es letztlich in die Wahlprogramme geschafft haben, viel Aussagekraft darüber besitzen, was die Partei für gesellschaftlich bzw. wahlrelevant hält. An diesen Formulierungen verdeutlicht sich, welche Stellungnahmen eine Partei für unentbehrlich hält, so vage sie auch formuliert worden seien.

Mit der Kritik, dass Wahlprogramme sich „Leer-Formeln“ (z.B. Stammen, 1979, S. 30), setzt sich Marcus Maurer (2009, S. 160) in seiner Forschungsarbeit auseinander, die sich der inhaltlichen Zusammensetzung von Wahlprogrammen widmet. Mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse der Programme zur Bundestagswahl 2005 deckte er auf, dass nur 30 Prozent der Inhalte von Wahlprogrammen konkrete Maßnahmen seien. Im Vergleich dazu seien ca. 50 Prozent der Inhalte allgemeine Ziele und weitere 20 Prozent seien durch Floskeln ausgemacht. Die Kritik der „Leer-Formel“ ist also durchaus berechtigt. Im Hinblick auf die Forschungsfrage dieser Analyse sind das spannende Ergebnisse, sagen Floskeln und Gemeinplätze zum Beispiel doch schon allein über ihren Wortsinn viel darüber aus, welche vorherrschenden Diskurse die Wahlprogramme geprägt haben.

Im Zusammenhang mit Wahlprogrammen fällt häufig die These, dass sich die Programme verschiedener Parteien immer stärker angleichen würden. Diese Behauptung widerlegen verschiedene Studien zu Wahlprogrammen (z.B. Keil, 2003; Klingemann et al., 2006; Treibel, 2010; Volkens, 1989). Daraus lässt sich schließen, dass sich die Parteien auch weiterhin über Wahlprogramme von einander abgrenzen und sie damit zum probaten Mittel machen, unterschiedliche Parteipositionen zu ermitteln. Die Ergebnisse deuten

außerdem daraufhin, dass nach wie vor verschiedene gesellschaftliche Deutungsmuster existieren, die die Gestaltung der Wahlprogramme der unterschiedlich politisch ausgerichteten Parteien beeinflussen. Den Erkenntnisgewinn durch die Analyse von Wahlprogrammen stützen außerdem die Studienergebnisse, die funktionsabhängige Unterschiede zwischen den Wahlprogrammen und den übrigen Kommunikationsmitteln und –kanälen von Parteien, wie Reden oder Wahlanzeigen, erkennen (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 270). Somit macht es durchaus Sinn Wahlprogramme, auch unabhängig von anderer politischer Kommunikation, vor dem Hintergrund ihrer Funktionen und ihrer Rolle im Diskurs zu untersuchen.

4. Der theoretische Zugang zum Begriff des Diskurses

Der Diskurs in der Politikwissenschaft

Die Untersuchung von Diskursen ist mittlerweile fester Bestandteil der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Politik und Teil der politischen Gegenwartsdiskussion. Eine zentrale Herausforderung bei der Beschäftigung mit Diskursen ist jedoch die Begriffsbedeutung selbst. Es existieren parallel verschiedene Diskursbegriffe und damit einhergehend unterschiedliche wissenschaftliche Strömungen, die um die Deutungshoheit konkurrieren (Landwehr, 2006, S. 110; Sawyer, 2002; Schalk, 1997/1998). Viel Bezug genommen wird zum einen auf den normativ-kritischen Diskursbegriff, dessen prominentester Vertreter Jürgen Habermas mit seiner Theorie kommunikativen Handelns ([1981] 1995; 1983) und der Diskursethik ist (Habermas, 1991). Der Diskurs wird hier als ein geregeltes Verfahren begriffen. Dieses dient dazu, einen Konsens im Hinblick auf die Beantwortung strittiger Fragen zu erreichen, in dem Argumente der rationalen Prüfung durch gleichberechtigte Diskursteilnehmer*innen unterzogen werden (Habermas, [1981] 1995, Bd. 1, S. 388-395, S. 431-433). In der empirisch-analytischen Forschung, vor allem im Bereich der Policy Studies und neuer auch der Governance-Forschung, werden verstärkt sprach- und wissensbasierte Ansätze genutzt. Hier ist neben dem normativ-kritischen auch die Tendenz zu einem analytisch-pragmatischen Diskursbegriff zu beobachten (Sabatier, 1993;

Sabatier/Jenkins-Smith, 1999; Nullmeier, 1993). Der analytisch-pragmatische Diskursbegriff begreift den Diskurs als ein Feld komplexer Interaktionen auf der sprachlichen und symbolischen Ebene. In diesem Feld schaffen Akteur*innen ihr Wirklichkeitsverständnis ebenso wie die Logik ihres Handelns (Kerchner, 2006, S. 50). Neben dem kritisch-normativen und dem analytisch-pragmatischen Diskursbegriff, gibt es ebenfalls Bemühungen, aus dem Bereich der (post-) strukturalistischen Theorien eine Diskurstheorie des Politischen zu fördern. Diese sind eng verknüpft mit dem Verständnis des Diskurses als soziales und historisches Phänomen, dessen einflussreichster Vertreter Michel Foucault ist (Kerchner & Schneider, 2006, S. 10; Landwehr, 2006, S. 110). Ins Zentrum seiner Analytik stellt Foucault die Machtwirkung von Diskursen, die sich über Zeit und Raum erstreckt und auf dem Wirklichkeitsschaffenden von Gesagtem basiert (Foucault, ([1984] 2005, S. 738). Auf Foucault wird sich diese Forschungsarbeit maßgeblich stützen. Auch Pierre Bourdieu (1990), Ernesto Laclau (1993) und Chantal Mouffe (Laclau/Mouffe, 2000) haben einflussreiche Theorien zum Zusammenspiel von Sprache, Diskurs und Macht verfasst. Trotz Unterschieden zwischen den jeweiligen Theorien lassen sich auch zentrale Gemeinsamkeiten feststellen. Der Ausgangspunkt bzw. die Problemstellung aller Arbeiten ist die Frage nach der Entstehung und Durchsetzung legitimer Definitionen der Realität durch Diskurse (Landwehr, 2006, S. 112). Bourdieu (1995, S. 18-19) macht dabei mit folgendem Zitat deutlich, dass die Analyse eines Diskurses immer auch Historie des Politischen ist. Denn der geschichtliche und gesellschaftliche Einfluss von Diskursen befindet sich in direktem Verhältnis zu politischer Macht. Bourdieu (1995, S. 18-19) hierzu:

„Denn Erkenntnis von sozialer Welt und, genauer, die sie ermöglichenden Kategorien: darum geht es letztlich im politischen Kampf, einem untrennbar theoretisch und praktisch geführten Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt.“

Der Diskurs ist laut Bourdieu Mittel und Zweck der Politik in ihrem Streben nach Herrschaft. Die Beeinflussung oder Wahrung der Wahrnehmung der Wirklichkeit zu den eigenen Gunsten ist dabei für Bourdieu der Schlüssel zur Macht. Der Kampf um Macht spiegelt sich also im Kampf um die Hoheit über

den Diskurs wider. In diesem Verständnis ist Macht sowohl Bedingung als auch Produkt eines Diskurses. Mit Bezug auf Foucault ([1970] 2003, S. 41) entstehen aus der Beziehung zwischen Macht und Diskurs dann Wissensordnungen sowie die Einschränkung von Aussagemöglichkeiten und Sprechern. Die resultieren in eine Auftrennung von „Wahrem“ und „Falschem“ innerhalb eines Diskurses, die über die Inklusion oder Exklusion von Aussagen und Ideen entscheiden. Aus Perspektive einer diskursgeschichtlichen Analyse sind also Wirklichkeit, Wissen und Wahrheit nichts weiter als Produkte eines Diskurses (Landwehr, 2006, S. 113).

An diese Diskurswirkung will die Untersuchung der Wahlprogramme im Hinblick auf die Wahrnehmung und Darstellung von Gleichstellung anknüpfen. Im Lichte der vorgestellten Theorie wären Wahlprogramme dann Äußerung eines Machtkampfes und ihre Inhalte der Versuch der Beeinflussung des Diskurses. Denn die verschiedenen Parteien profitieren nachvollziehbarerweise von unterschiedlichen Gleichstellungsbildern. Gleichzeitig sind die Inhalte der Wahlprogramme aus dieser Perspektive ebenfalls als Ausdruck eines vorherrschenden Diskurses und damit einer bestimmten Wissensordnung im Hinblick auf Gleichstellung zu verstehen. Die Wahlprogramme sind selbst im Gefüge eines Diskurses, jener schwer zu fassenden sozialen Regeln und Machtverhältnisse entstanden. Sie sind Zeugnis aktueller Herrschaftsverhältnisse und gestalten sie gleichzeitig mit.

Foucault ([1975-76] 1999, S. 7-8) selbst rief dazu auf, seine Werke als „Werkzeugkiste“ zu verstehen. Ganz dieser Aufforderung nach, sollen seine Arbeiten dieser Untersuchung als theoretischer Zugang dienen und den sich entfaltenden Diskurs zum Thema Gleichstellung über die Inhalte der verschiedenen Parteiprogramme beleuchten. Foucaults genealogisches Diskursmodell soll dabei das Nachvollziehen der Entstehung von Wissensordnungen und der Verknappung von Aussagemöglichkeiten in Bezug auf Gleichstellung unterstützen (Foucault, [1970] 2003, S. 41). Sein theoretischer Zugang ermöglicht es, die politisch genutzten Darstellungen und Problemverständnisse von Gleichstellung zu hinterfragen und die dahinter liegenden Diskurse aufzudecken. Eine Querschnittsanalyse zu den Jahren

1990, 2005 und 2017 erlaubt auf dieser Basis eine vorsichtige Aussage dazu, wie sich *welche* politische Ordnung im Medium der Wahlprogramme in Bezug auf die Gleichstellung über den Zeitraum von fast 30 Jahren etabliert hat.

Eindrücke zum foucaultschen Diskursverständnis

In seiner Inauguralvorlesung am Collège de France im Jahr 1970 betonte Foucault (2003 [1970], S. 11) die Bedeutung des Diskurses, indem er beschrieb, dass der Diskurs nicht nur fähig sei Begehren auszudrücken, er selbst sei Objekt der Begierde. Er pointiert weiter (Foucault, 2003 [1970], S. 11), der Diskurs sei „[...] nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“. In dieser Klimax verdeutlicht sich Foucaults Verständnis über Diskurse. Diese benennen eben nicht nur Herrschaftsverhältnisse, sie dienen vielmehr als Instrumente zur Herstellung, Festigung oder Ablösung ebenjener.

Setzt man den Gedanken zu Foucaults zuvor genannter Eingangsthese in Beziehung zum Fokus dieser Forschungsarbeit fort, versteht sich das in den Wahlprogrammen zur Gleichstellung der Geschlechter Dokumentierte nicht nur als Repräsentation der Wirklichkeit. Nach Foucault gibt es keine diskursunabhängige Wirklichkeit. In seinem Denken wird die Wirklichkeit auch über die Wahlprogramme manifestiert, sie wird geformt und beeinflusst (Foucault, [1970] 2003, S. 11; Kammler, Parr & Schneider, 2008, S. 195-196). Eine Aussage steht nach foucaultschem Verständnis nicht für sich, sie beschreibt nicht nur oder bildet etwas ab. Die Rede ist von sogenannten „performativen Sprechakten“, denen laut Kammler et al. (2008, S. 196) bei Foucault eine „handlungsartige Qualität“ zugeschrieben wird, „sie erzeugen das, was sie bezeichnen“. Über diesen theoretischen Zugang stehen nicht nur einzelne Diskursfragmente, Ausdrucksweisen, Kontextualisierungen oder Begriffe im Zentrum der Analyse, sondern ihre Verkettung und somit die Wirkung der diskursiven Praxis gesamt. Foucault misst dem Diskurs einen großen Einfluss zu, der Wort nicht einfach Wort sein lässt, sondern Aussagen zu Taten macht. Damit erhalten auch die untersuchten Wahlprogramme einen Bedeutungszuwachs. Sie sind nicht nur Kommunikationsmittel, sondern

machen Politik lange bevor die Wahl über die Teilhabe an der Legislative entscheidet. Diese Arbeit möchte daher aufdecken, welche Beiträge zur Wahrnehmung der Wirklichkeit die Parteien über ihre Wahlprogramme gestalten.

Begrenzungsversuch des foucaultschen Diskurses

Foucault selbst verwendete auch die Bezeichnung „diskursive Praxis“, was in der Untersuchung die Möglichkeit bietet, den stark behafteten Diskursbegriff zu umgehen. Als diskursive Praxis wird das bezeichnet, was überindividuell und immateriell das Wahrnehmen bestimmt, indem es Begriffen Bedeutungen zuordnet und Gegenstände bezeichnet. Doch die diskursive Praxis bewirkt noch mehr. Sie begründet eine Ordnung, indem sie Begriffe und Gegenstände in ein Verhältnis zu einander setzt. Foucault spricht hier von der „diskursiven Formation“. Die diskursive Praxis strukturiert, klassifiziert und relationiert – sie ist eine konstruierende Praxis und stiftet damit sozialen Sinn (Foucault, [1966] 1971; Diaz-Bone, 2006, S. 73). Diskurse oder diskursive Praktiken sind dabei als Realitäten *sui generis* zu verstehen. Sie sind nicht das Abbild einer Wirklichkeit, sondern ihr Konstrukteur.

Die diskursive Praxis entfaltet ihre strukturierende Wirkung durch den Bedingungs- und Ermöglichungskontext, dem jede neue Aussage begegnet, die Teil des Diskurses wird (Diaz-Bone, 2006, S. 74). Foucault ([1969] 1997, S. 106) spricht von der Formation der Dinge, der Formation der Objekte, der Formation der Sprecherpositionen und den Formationen der Strategien und thematischen Wahlen und verdeutlicht damit, dass sämtliche Diskursbestandteile in Beziehung zueinander stehen und einen tieferliegenden semantischen Zusammenhang schaffen (Diaz-Bone, 2006, S. 74).

Foucaults Verwendung und Verständnis von Diskurs entbehrt einer klaren Kohärenz über den Verlauf seiner Veröffentlichungen, eine klare Definition des Diskurses besonders als Basis für eine Analyse blieb aus (Kammler et al., 2008, S. 233). Um seine Theorien jedoch wissenschaftlich nutzbar zu machen, haben sich gewisse Grundpfeiler herausgebildet, auf die sich auch diese Arbeit stützt. Die Grundlage für eine Definition liefert Foucault im Rahmen seiner

„Archäologie des Wissens“, hier zeigt er auf ([1969] 1997, S. 170): „Diskurs wird man eine Menge von Aussagen nennen, insoweit sie zur selben diskursiven Formation gehören. [...] Er wird durch eine begrenzte Zahl von Aussagen konstituiert, für die man eine Menge von Existenzbedingungen definieren kann.“ Kritisierbar an dieser Definition ist, dass die Bestimmung der Existenzbedingungen der Willkür des Analysierenden preisgegeben wird. In Bezug auf „Aussagen“ vermerkt Foucault ([1969] 1997, S. 167), „dass die Analyse der diskursiven Formationen sich auf eine Beschreibung der Aussage in ihrer Spezifität zentriert.“ Er distanziert sich jedoch davon, dass man die Definition der Aussage von der Definition der diskursiven Formation ableiten könne oder anders herum. Nichtsdestotrotz ist der Begriff der Aussage untrennbar von dem des Diskurses. Die von Foucault beschriebene Aussage bietet außerdem den Vorteil, dass sie sich methodisch nutzbar machen lässt. Sie unterteilt den Diskurs in kleinere Stücke und ermöglicht, der eigenen Forschungsfrage entsprechend, Spuren im empirischen Material zu finden.

In späteren Veröffentlichungen entgrenzt er dieses Diskursverständnis weiter. Der Diskurs beschränke sich nicht auf das Sprachliche, er erstrecke sich über alle Bereiche menschlichen Denken und Handelns und findet sich daher auch in Objekten und Artefakten wieder (Foucault, 1978, S. 119). Neben dem Sprechen trägt also auch jeder weitere Akt menschlichen Handelns dazu bei, einen Diskurs zu bestätigen oder verändern. Demnach gibt es kein Außerhalb des Diskurses. Dieses weitreichende, wenig greifbare Diskurskonzept ist sicher eine zentrale Herausforderung für die methodischen Nutzung von Foucaults Theorien. Was bleibt, ist das Fehlen einer klaren Begrenzung des Diskurses, was die Untersuchung eines solchen zusätzlich erschwert, gleichzeitig wirkt es wiederum auch ermöglichend. Auch wenn Foucaults Diskursbegriff in seinem Höhepunkt nahezu sämtliches menschliches Tun umspannt, soll im Rahmen dieser Analyse das vorliegende Material zur Einschränkung beitragen und somit der Untersuchung als Abbild eines weitläufigeren Diskurses dienen. Ein Argument, das für dieses Vorgehen spricht, ist die Schwierigkeit retrospektiv Außersprachliches bzw. nicht Zeichenvermitteltes zu beobachten. Texte können an dessen Statt zeitverzögert als Zeugnisse vergangener Diskurse dienen (Landwehr, 2006, S. 114).

In Bezug auf die zuvor angeführten Definitionsschwierigkeiten verwundert es nicht, dass sich die methodische Nutzung von Foucaults Theorien in der Politikwissenschaft oft mit der Kritik konfrontiert sieht, beliebig zu sein. Daher ist das Bemühen besonders unter jenen an Foucault anschließenden Forschergruppen groß, dem Einsatz der foucaultschen Theorien eine gewisse methodologische Schärfe zu verleihen (vgl. Angermüller, 2001; Diaz-Bone, 1999). Der Lesart dieser Schulen entsprechend, dient die Diskursanalyse nach Foucault dazu herauszufinden „[...] wie bestimmte Arten des Redens und Denkens über die Wirklichkeit spezifische Optionen des Handelns in der Welt und damit spezifische ‚Versionen von der Welt‘ verunmöglichen oder zulassen“, wie Kerchner und Schneider (2006, S. 18; Landwehr, 2006, S. 108) zusammen fassen. Ergänzend dazu definiert Achim Landwehr (2006, S. 113), „Diskurse sind regelmäßige, strukturierte und sich in einem bestimmten historischen Zusammenhang bewegende Praktiken und Redeweisen, die einen gewissen Grad der Institutionalisierung erreicht haben und benennbaren Formationsregeln unterliegen.“

Entsprechend Foucaults Theorie gäbe es keinen einheitlichen geordneten Diskurs über die Gleichstellung der Geschlechter, sondern zahlreiche literarische, religiöse, ethische, juristische, medizinische Diskursgruppen, die analysiert werden müssten. Sie alle sprächen über die Gleichstellung der Geschlechter, benannten, definierten, beschrieben, beurteilten sie und beschränkten den Diskurs auf ihre eigene Art und Weise (Foucault, 2003 [1970], S. 42). Diese Arbeit untersucht demnach nur eine stark begrenzte Diskursserie mittels der Aussageeinheiten der deutschen Parteien in ihren Wahlprogrammen.

In Bezug auf dieses Diskursverständnis, will die nachfolgende Analyse aufdecken, welche „Versionen der Welt“ die Parteien über ihre Wahlprogramme in Verbindung mit Gleichstellung vorstellen. Dazu gehört die Verwendung bestimmter Begriffe sowie ihre semantische Aufladung, aber auch in welchem Kontext Gleichstellung platziert wird, was als Ursachen und Ziele formuliert werden. Im Vergleich zwischen den Parteien und den drei verschiedenen Untersuchungszeitpunkten wird auch sichtbar werden, wie die verschiedenen Parteien ihre Darstellung von Gleichstellung in Deutschland im Unterschied zu

einander be- oder entgrenzen. Diese Darstellungen müssen im Anschluss dann dekonstruiert werden, um den dahinterliegenden Diskurs zu extrahieren und zu hinterfragen, was die Parteien als evident vorstellen.

Der Vorteil bzw. die Eigenart der Untersuchung des Politischen mittels foucaultscher Theorien, sind zugleich seine Achillesferse. Entgegen dem gängigen in Beziehung setzen von Interessen, Werten und Ideen einzelner Akteure und Voraussetzungen bzw. Wirkungen des Politischen, wird über Foucault ein Zugang auf einer anderen Ebene gewagt. Dadurch muss sich dieser Analyseansatz der Kritik stellen, zentrale Aspekte des Politischen außer Acht zu lassen (Kerchner & Schneider, 2006, S. 17). Die Chance bei diesem Ansatz ist jedoch einen Blick auf ein Gefüge zu erhalten, das auf einer höheren Abstraktionsebene liegt und einen Erklärungsgehalt bietet, der bisher wenig Beachtung gefunden hat.

5. Die methodische Vorgehensweise der Analyse

Langfassungen der Wahlprogramme als Analysematerial

Quelle der Untersuchung werden die Langfassungen der Wahlprogramme sein. Im Laufe der Zeit haben die Parteien ein wachsendes Angebot unterschiedlicher Fassungen ihrer Wahlprogramme veröffentlicht. So werden inzwischen unter anderem Lang- und Kurzversionen angeboten, Ausgaben in leichter Sprache sowie barrierefreie Fassungen für Menschen mit Seh- oder Hörbehinderung; daneben sogar Übersetzungen in andere Sprachen (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 269). Da anzunehmen ist, dass die Langfassung die ausführlichste Version ist, scheint sie dem Zweck der Untersuchung am zuträglichsten, weil sie ein umfassenderes Bild der Position von Parteien bietet. Da nicht nur erfasst werden soll, ob sich Parteien generell zu Gleichstellung äußern, sondern auch wie und in welchem Kontext, soll die Basis der Analyse eine möglichst breite sein. Darüber hinaus war 2009 das erste Wahljahr, in dem alle Parteien eine Kurzversion ihrer Wahlprogramme veröffentlichten, was sich nicht mit dem Zeithorizont dieser Arbeit deckt (Kercher & Brettschneider, 2013, S. 276). Die Langfassungen der Wahlprogramme erscheinen damit im Rahmen der angestrebten Analyse als besonders dienlich. Bezogen werden die

entsprechenden Dokumente über die Datenbank des Manifesto Project (Lehmann et al., 2018).

Herangehensweise der Diskursanalyse, angelehnt an Foucault

Es wird davon ausgegangen, dass die vorliegenden Wahlprogramme Teil eines Diskurses sind bzw. dass ihnen diskursive Formationen inne wohnen, dass sie gewissermaßen ein Puzzleteil eines diskursiven Gesamtzusammenhangs sind. Da Diskurse in Foucaults Verständnis nicht *sind*, sondern hinter zusammenhängenden Aussagen liegen und herauskristallisiert werden müssen, wird an dieser Stelle davon abgesehen, zu beweisen, dass die Wahlprogramme per definitionem ein Diskurs sind. Foucault selbst sprach von einer „Aussagenanalyse“ und nicht „Diskursanalyse“, da der Diskurs selbst abstrakt ist und der Forscher Abstand benötigt, um seine diskursiven Formationsregeln herauszuarbeiten (Foucault, [1969] 1997, S. 51). Vielmehr soll im Gegenteil davon ausgegangen werden, dass sich bei der Analyse der Programme eine diskursive Praxis aufdecken lässt, deren inhärente Regeln herausgearbeitet werden können. Was am Anfang dieser Analyse gegeben ist, sind die Aussagen einzelner Parteien in ihren Wahlprogrammen zu den Bundestagswahlen 1990, 2005, 2017. Was im Zuge dieser Forschungsarbeit gesucht wird, ist die innere Wissensordnung, die sich hinter diesen Aussagen verbirgt und die diskursive Praxis, dessen Teil sie sind.

Das Zugrundelegen von Foucaults Arbeiten als Methodologie für diese Analyse, fordert ein ständiges Hinterfragen der eigenen Untersuchungstätigkeit. Foucaults tiefgreifender Ansatz lässt kein *a priori* der Alltagserfahrung, kein positiv gegebenes Wissen als Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Beobachterperspektive zu. Das kann als zusätzliche Herausforderung einer methodischen Nutzung Foucaults gesehen werden. Wie Diaz-Bone (2006, S. 76) zusammenfasst, erfordere die Diskursanalyse dadurch einen „epistemologischen Bruch“ mit dem Alltagskonzept und der Idee, dass etwas neutral erfahrbar ist, denn die Analyse laufe sonst Gefahr eine Nacherzählung der durch den Diskurs bestehenden Wissensordnung zu werden (vgl. Bachelard, 1978). Das Verständnis und die Ansichten eines Forschers werden zu Vorkonstrukten, die dafür sorgen können, die Dekonstruktion der diskursiv

konstruierten Beweise zu behindern (Diaz-Bone, 2006, S. 76). In diesem Zusammenhang spricht man auch vom sogenannten „Ideologieproblem“, das es erforderlich macht, permanent die eigenen Ansichten und Ergebnisse dahingehend zu hinterfragen, ob sie möglicherweise durch den analysierten Diskurs untergeschoben wurden (ebd., S. 76). Zentral ist daher Abstand zur Empirie zu gewinnen und damit nicht nur ein Beobachten zu ermöglichen, sondern auch das Reflektieren der Art und Weise des eigenen Beobachtens. Rainer Diaz-Bone (2006, S. 76) versteht Diskursanalysen daher als „reflexive Diskurse über Diskurse“.

In Anlehnung an Foucaults Theorie zu Diskursen wird das Ziel der im folgenden angestrebten Analyse sein, Rückschlüsse auf eine im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter bestehende sozio-historische Wissenspraxis zu ziehen. Der daran schließende Ansatz wird sein, den semantischen Gehalt der Diskurselemente aufzudecken, die in den Wahlprogrammen in Verbindung mit Gleichstellung stehen. Ausgehend davon soll die Untersuchung die Verknüpfung dieser Diskurselemente innerhalb der verschiedenen Wahlprogramme einer Partei und parteiübergreifend aufdecken sowie ihre Bedeutung. Sie sollen letztlich als diskursive Praxis verstanden und aufgedeckt werden (Diaz-Bone, 2006, S. 77). Diesem vorgestellten Ziel kann nur sehr eingeschränkt Rechnung getragen werden, da sowohl der Zeithorizont als auch der Umfang des Analysematerials aufgrund der Rahmenbedingungen der Forschungsarbeit sehr begrenzt sind. Dennoch kann die Arbeit einen Beitrag dazu leisten diskursive Praktiken und Zusammenhänge in Bezug auf Gleichstellung in der Politik aufzudecken.

Methodisches Vorgehen, Hypothese und Forschungsfragen

Die Analyse der Programme der Parteien zur Bundestagswahl soll in drei Schritten vollzogen werden. Sie möchte zunächst einen Überblick darüber liefern, wie die Parteien Gleichstellung darstellen, ob und welche Benachteiligungen von Frauen sie thematisieren und welche Maßnahmen sie im Hinblick darauf vorschlagen. Anschließend soll eine Dekonstruktion dieser Darstellungen erfolgen, um zu hinterfragen, was die Parteien als offenkundig und schlüssig vorstellen und den semantischen Gehalt ihrer Aussagen offen zu

legen. Es soll aufgedeckt werden, welche diskursive Praxis der Selbstevidenz diesen Aussagen zugrundeliegt. In einem dritten Analyseschritt sollen dann die dahinter liegenden konkurrierenden Diskurse herausgearbeitet werden, um zu rekonstruieren, durch welche diskursiven Regeln gewisse Wissensordnungen etabliert wurden. Wobei letztlich nur hypothetische Diskurse vorgestellt werden können, eine abschließende Erkenntnis über genaue Diskursstrukturen bleibt nicht nur aufgrund des begrenzten Untersuchungsmaterials sondern auch aufgrund der Beschaffenheit der theoretischen Grundlage Foucaults ein Ideal (Foucault, [1969] 1997, S. 41; Diaz-Bone, 2006, S. 78).

Die Basis der Untersuchung bildet das zuvor identifizierte und theoriegeleitet begrenzte Analysematerial. Es umfasst die Programme von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE (und ihrer Vorgänger) zur Bundestagswahl der Jahre 1990, 2005 und 2017. Dabei steht nicht nur die Entwicklung einzelner Parteien im Fokus, sondern die Beobachtung der sechs erfolgreichsten Parteien im Vergleich und in Beziehung zu einander. Neben DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und CDU/CSU gehört seit der Bundestagswahl 2017 auch die AfD zu den stärksten Kräften. Da sie bei der vergangenen Bundestagswahl erst zum zweiten Mal zur Wahl stand, lässt sich die Historie ihrer Wahlprogramme nicht bis 1990 zurückverfolgen. Die Analyse ihrer Positionierung zur Gleichstellung der Geschlechter soll daher als Exkurs zu dieser wissenschaftlichen Arbeit beitragen. Da die Partei als neuer Sprecher innerhalb dieses Diskurses gewertet werden kann, verspricht die Betrachtung ihres inhaltlichen Programmes und die Auseinandersetzung der anderen Parteien mit diesem, interessante Einblicke in die Diskursdynamik.

Den Beginn des Analysezeitraumes markiert also die Wende als Moment der Neuorientierung in politischen Fragen. Das Jahr 2005 bietet sich zur Untersuchung an, da es sowohl in etwa die Mitte zwischen der Bundestagswahl 1990 und 2017 ausmacht, als auch einen Regierungswechsel markiert sowie den Beginn der Regierungszeit der ersten weiblichen Bundeskanzlerin, Angela Merkel. Orientiert an der Forschungsarbeit von Anke Schuster (1997, S. 25) folgt die Analyse einem objektbezogenen Ansatz. Der bedeutet, dass alle programmatischen Aussagen der Wahlprogramme, die sich inhaltlich auf die

Stellung der Frau oder das Verhältnis zwischen den Geschlechtern beziehen, als gleichstellungsrelevante Aussagen der Parteien gewertet werden. Im Rahmen der Analyse muss darauf verzichtet werden den Gleichstellungsbegriff jenseits des binären Geschlechterverständnisses zu untersuchen. Das ist bedauerlich und sowohl durch das Geschlechtsverständnis der meisten Parteien als auch durch den engen Umfang der Arbeit bedingt, der es nicht ermöglicht, weiteren Aspekten der Gleichstellung vielfältiger geschlechtlicher und sexueller Identität angemessen gerecht zu werden.

Aus den in Kapitel 2, 3 und 4 dargestellten Überlegungen ergeben sich die folgenden Forschungsfragen, die die Untersuchung anleiten sollen und auf die mittels der anschließenden Analyse Antwort geben werden soll:

1. Welche Diskurse lassen sich in den Wahlprogrammen in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter aufdecken?
2. Inwiefern ermöglicht bzw. verunmöglicht der in den Wahlprogrammen vorherrschende Diskurs in diesem Feld weitreichende politische Forderungen und Maßnahmen für die Gleichstellung von Mann und Frau?

Daran schließt sich die Hypothese, über deren Zutreffen, die Untersuchung Aufschluss geben soll. Sie lautet: Geschlechtskonservatismus prägt den in den Wahlprogrammen vorherrschenden Diskurs und verhindert damit weitreichende politische Entwürfe für die Gleichstellung der Geschlechter.

6. Analyse der Wahlprogramme

6.1 Programme zur Bundestagswahl 1990

Durch die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wird der erste gesamtdeutsche Bundestag der Bundesrepublik gewählt. Die Wahl hat dadurch einen besonderen Stellenwert, insofern, dass hier politische Kräfte aus der ehemaligen DDR auf die im Westen etablierten Parteien treffen. Die Wahlprogramme stehen demnach im Zeichen der „Wende“ und sind geprägt von den bevorstehenden Herausforderungen des wiedervereinigten Deutschlands.

6.1.1 Wahlprogramm LINKE LISTE/PDS 1990

Unter dem Titel „Für eine starke linke Opposition“ beschließt die PDS am 14. – 15. September 1990 ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl, die Ende desselben Jahres stattfinden soll. Die Partei beschreibt sich in der Präambel des Programms als „plurales Bündnis“, das sich aus Einzelpersonen linker bzw. sozialistischer Bewegungen (Linke Liste) und der PDS aus der ehemaligen DDR zusammensetze, die eine offene Liste unter Beteiligung unabhängiger Linker pflege. Des Weiteren wird in der Präambel auch auf die Vergangenheit der Partei bzw. ihrer Mitglieder eingegangen. Die Partei wolle eine kritische Stimme in der Gesellschaft sein und sei ebenso kritisch gegenüber sich selbst. Manche der Mitglieder seien Gegner des realen Sozialismus gewesen, andere hätten ihn toleriert. Die mit der DDR verknüpfte Identität der Linke Liste/PDS wird als Auftrag gedeutet, an der Aufarbeitung der Geschichte mitzuwirken und in einem „behutsamen Annäherungsprozeß“ an der Zukunftsgestaltung der Bundesrepublik teilzunehmen.

Das Wahlprogramm von LINKE LISTE/PDS ist stark geprägt von sozialistischen Ideen und Idealen. Gemessen an diesen Maßstäben schneidet die BRD aus Perspektive der LINKE LISTE/PDS schlecht ab. Die in der BRD herrschende Politik wird als gesellschaftlich ungerecht beurteilt, da sie den von LINKE LISTE/PDS identifizierten Ansprüchen der Menschen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung nicht gerecht wird. Die LINKE LISTE/PDS vertritt nach eigenen Angaben antikapitalistische Positionen, die sich aus ihrem Einsatz für ein gleichgestelltes Leben für alle ergeben. Spannend ist, wie der Gleichstellungsbegriff, der sich im Rahmen dieser Arbeit auf die Stellung der Frau gegenüber dem Mann bezieht, hier Anwendung findet im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen sozialistischen Idee. Ein „gleichgestelltes, herrschaftsfreies und sinnvolles Leben und Arbeiten“ (S. 2) wird als Grundrecht von Männern und Frauen beschrieben und hat dabei besonders einen herrschaftskritischen Charakter, hier werden die derzeitigen Zustände aller Bürger*innen angeprangert. Wenig später im Programm positioniert sich die LINKE LISTE/PDS dann ganz konkret zum Kampf für das weibliche Geschlecht und erklärt, dass sie dazu beitragen wolle, dass sich im künftigen Deutschland eine größere „linke, radikaldemokratische, ökologische und feministische Kraft

herausbildet“ (S. 4). Die Partei streite für sechs zentrale Themen darunter Demokratisierung und die Überwindung des Patriarchats (S. 4). Zur Umsetzung dieser Ziele tritt die LINKE LISTE/PDS für eine neue gesamtdeutsche Verfassung ein, die getragen sein soll „vom Geist eines radikal und auch plebiszitär demokratischen, sozial gerechten, feministischen, antifaschistischen und antirassistischen Gesellschaftsverständnis[ses]“ (S. 4).

Die gesellschaftlichen Strukturen werden von der LINKE LISTE/PDS als patriarchisch entlarvt und zur Ursache für die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen erklärt. Doch die Partei geht über diese Erklärungsebene hinaus und wendet ihre Kritik nicht nur auf die Diskriminierung von Frauen an. Der Feminismus wird in dieser Reihe zum Kampfbegriff stilisiert, gegen all jenes, was als Demokratie gefährdend gesehen wird. Das zuvor erwähnte Patriarchat und seine von der Partei geforderte Überwindung fungiert als Teil des Feindbildes und Feminismus als nötiger Antrieb einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung und Voraussetzung für eine erfolgreiche Demokratie. Das beschriebene Missverhältnis, also die Übermacht des männlichen Geschlechts und damit die Verhinderung umfänglicher Demokratie, erscheint im Lichte ihrer Argumentation nicht nur eines Ausgleiches zu bedürfen, sondern der Überwindung, wie ein gewaltiges Hindernis, um (plebiszitäre) Demokratie herzustellen.

Ihre Positionierung zur Gleichstellung der Geschlechter ist ein Gesellschaftsentwurf, der sich nicht auf einzelne Lebensbereiche beschränkt, sondern das gesamte, derzeit vorherrschende System als ungleich und ungerecht postuliert und damit tiefgreifende Veränderungen für erforderlich hält. Die LINKE LISTE/PDS beschreibt in ihrem Wahlprogramm eine defekte Demokratie. Das von der Partei angeprangerte Patriarchat wird zum Sinnbild gemacht für Strukturen und Institutionen, die Ungleichheit und Ungerechtigkeit erhalten. Diese zu überwinden, versteht die LINKE LISTE/PDS als erforderlich für ein gleichgestelltes Miteinander. Für den Mangel an Gleichstellung wird nicht der einzelne Mann in die Verantwortung genommen, sondern ein System für schuldig befunden. Über diese Argumentation knüpft die Partei die Stellung der Frau an die Diagnose, wie es um die Demokratie im wiedervereinigten Deutschland steht.

Linguistisch ist festzustellen, dass die Partei in ihrem Wahlprogramm bereits an vielen Stellen geschlechtergerechte Sprache nutzt, z.B. von „BürgerInnen“ (S. 5), „ArbeiterInnen“ (S. 17) oder „AsylantInnen“ (S. 20) spricht. Damit wird die Betroffenheit nicht nur Männern, sondern auch Frauen zugeschrieben. So werden Frauen in den anderen Kapiteln selten gesondert herausgestellt, sondern über das Gendern von Bezeichnungen gemeinsam mit Männern angesprochen und beteiligt. Ausnahmen davon bilden zwei Abschnitte. Ein Abschnitt, der sich gesondert dem „Frauen-Leben“ widmet und einer, der die Rolle von Frauen im Rahmen des Berufslebens zum Thema macht.

Die LINKE LISTE/PDS gestaltete ein eigenes Kapitel zu ihren Entwürfen für Frauen. Hier tritt die Partei ein „Für ein selbstbestimmtes Frauen-Leben“ (S. 22). Der Begriff Selbstbestimmung bzw. das Selbstbestimmungsrecht ist sodann auch gewählt, um ihre Forderungen für Frauen zu bezeichnen. Einleitend distanziert sich die Partei in diesem Kapitel nämlich von der „bloßen Gleichberechtigung“ und „formellen Gleichstellung“ als politische Anliegen, die sie in einer „männerdominierten Gesellschaft“ als unzureichend einstuft (S. 22). Die Partei macht im weiteren Verlauf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, das ihnen bisher auf „[...] allen gesellschaftlichen Ebenen verwehrt wird“, zur Bedingung für ein menschenwürdiges Leben und zieht damit in Zweifel, dass die Grundrechte für Frauen ausreichend Anwendung finden (S. 22).

Das Selbstbestimmungsrecht für Frauen erstreckt sich für die Partei über Leben, Körper, Arbeit, soziale Beziehungen und Sexualität. Die „Herrschaft des Mannes“ (S. 22) sieht sie erst dann als aufgehoben, wenn Interessen, Lebenswelten und Wertesysteme von Frauen in gleichem Ausmaß wie die der Männer zur Geltung kommen. Konkret geht sie des Weiteren auch auf die Stellung von Frauen in der DDR ein, für die es ein Mindestmaß an Gleichberechtigung gegeben habe, das ihnen nun in der BRD aberkannt werde (S. 22). Zentral ist für die Partei in diesem Zusammenhang die Forderung der Abschaffung des Paragraphen §218 StGB, der im wiedervereinigten Deutschland Anwendung findet, während in der DDR deutlich gelockerte Bedingungen zu Abtreibungen gegolten hatten. Weiteres, wogegen Frauen in

der BRD laut LINKE LISTE/PDS seit langem gekämpft hätten, z.B. das fehlende Verfassungsrecht auf Arbeit, ungleiche Entlohnung gleicher Arbeit und die Festschreibung der Frauenrolle auf Hausarbeit und Familie, bestehe im wiedervereinigten Deutschland weiter und würde nun auch das Leben der ehemaligen DDR-Frauen bestimmen. Darüber hinaus tritt die Partei für die strafrechtliche Verfolgung der Vergewaltigung in der Ehe ein sowie für Quotierungsregelungen in der Arbeitswelt – und der eigenen Partei.

Festhalten lässt sich, dass die LINKE LISTE/PDS sich in ihren politischen Positionen darum bemüht, als Sprecher aller Frauen des wiedervereinigten Deutschland zu wirken, z.B. indem sie feststellt, dass zuvor genannte Missstände etwas seien „[...] wogegen Frauen in der BRD seit Jahren gekämpft haben“ (S. 22).

In der Familie sieht die Partei die Rolle der Frau als gleichberechtigtes Elternteil. Hausarbeit und Kindererziehung seien keine Frauensache, daher fordert sie eine Neugestaltung der sozialen Beziehungen zwischen den Geschlechtern hin zur Aufteilung von Arbeit und Verantwortung (S. 23). Frauen werden im Programm außerdem als aktiv an politischer und gesellschaftlicher Gestaltung interessiert und beteiligt beschrieben. Zum Beispiel als LINKE LISTE/PDS beschreibt, dass durch Frauen gegen bestehende Ungerechtigkeiten gekämpft wurde (S. 22) oder wenn sie darauf verweist, dass Frauen parlamentarisch und außerparlamentarisch Einfluss nehmen wollen (S. 24). Durch das Entstehen für ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch, kostenlose Verhütungsmittel und freie Sexualität steht das Kapitel „Für ein selbstbestimmtes Frauen-Leben“ im Wahlprogramm von LINKE LISTE/PDS im Zeichen einer progressiven Frauenrolle, für die, losgelöst von der Reproduktionsfunktion als Mutter, Unabhängigkeit und Chancengleichheit gefordert wird. Die Frau wird als tatkräftig beschrieben und willens zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, wenn man sie nur ließe.

Ein Kontrast, den die LINKE LISTE/PDS nicht zu überbrücken vermag, verdeutlicht sich jedoch gegen Ende dieses den Frauen gewidmeten Kapitels. „Frauen sind keine sozial schwache Gruppe. Die Mehrheit der Menschen sind Frauen“ schließt die Partei hier und reagiert scheinbar auf einen Diskurs

außerhalb des eigenen Programms, von dem sie sich distanzieren möchte. Doch auch im Wahlprogramm der LINKEN LISTE/PDS zeigt sich das Spannungsfeld zwischen der Frau als politisch aktivem, unabhängigem Wesen und der Frau als Unterdrückter eines patriarchalen Systems. Man kommt nicht umhin Frauen ein Stück weit als Opfer bzw. Unterdrückte wahrzunehmen, wenn von der „Herrschaft des Mannes“ die Rede ist und von der notwendigen „Überwindung patriarchaler Strukturen“ gesprochen wird.

Gesondert herausgestellt wird die Rolle der Frau ebenfalls im Kapitel zu den „Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und im entstehenden Gesamtdeutschland“ (S. 34). Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen wird in diesem Kapitel unter der Unterüberschrift „Gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am Berufsleben“ explizit thematisiert (S. 39). Auch hier wird die Rolle der Frau aus der Privatheit der Familie gelöst und zur gesellschaftlichen Aufgabe erklärt. Neben dem Beruf an sich, wird hier auch die Organisation des Arbeitslebens innerhalb der Familie in den Blick genommen. So bewegt sich die Partei in ihren Positionen zunächst im deutlich politisch beeinflussbaren Bereich des Arbeitsrechts, wie mit der Forderung nach dem gleichen Zugang für Männer und Frauen zu Ausbildung und Berufswahl oder der Abschaffung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Zusätzlich führt die Partei nun auch den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Eltern an, spricht sich für einen besonderen Kündigungsschutz für Mütter und Väter aus sowie für eine bezahlte Freistellung bei Krankheit der Kinder für Frau oder Mann. Mit weiteren Forderungen dringt die Partei jedoch in einen Bereich ein, der traditionell dem Privaten zugeordnet wird – das Familienleben. Hausarbeit und Kindererziehung sollen gemäß LINKE LISTE/PDS als gesellschaftliche Arbeit anerkannt werden, die gerecht auf Männer und Frauen verteilt werden solle (S. 39-40). In diesem Kapitel so wie in jenem, das sich dezidiert dem Leben der Frauen widmet, löst die LINKE LISTE/PDS die Stellung der Frau aus dem intimen Kreis der Familie und macht sie zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

Zusammenfassen lässt sich, dass es der LINKEN LISTE/PDS um die gesamtgesellschaftliche Stellung von Frauen geht, die sie bedroht durch ein

Männer gemachtes und Männer förderndes System sieht. Handlungsbedarf sieht sie nicht nur politisch mittels Gesetzesveränderungen, sondern über eine breite öffentliche Diskussion. An dieser Stelle ist es außerdem wichtig festzustellen, dass die LINKE LISTE/PDS Geschlecht in ihrem Wahlprogramm vornehmlich binär denkt. Während die Darstellung eines Patriarchats zur Herrschaftskritik genutzt und als Gegner inszeniert wird, geht es im Kleinen in Bezug auf Männer weniger konfrontativ zu (S. 39-40). Von paritätischer und partnerschaftlicher Aufteilung der Heimarbeit und Kindererziehung ist dann zum Beispiel die Rede. Wenn von Patriarchat als Feindbild gesprochen wird, dann wird Feminismus als Mechanismus der Demokratisierung aufgeführt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Partei in ihrer Darstellung der Lage der Frauen und in der Ausführung ihrer politischen Positionen sehr konfrontativ spricht. Ist die Sprache von „den Männern“, undifferenziert und generalisierend, richtet sich die Argumentation gegen sie, macht sie zu Tätern in einem ungleichmachenden System. Geht es jedoch um den einzelnen Mann und das Zusammenleben, ist die Ausdrucksweise versöhnlicher, dann geht es weniger um Konfrontation als um Gestaltung. Das Problem der Diskriminierung von Frauen wird auf einem hohen Abstraktionsniveau behandelt und ist häufig losgelöst von einzelnen Personen auf eine institutionelle Ebene angehoben. Dem entsprechend ist Gleichstellung für die LINKE LISTE/PDS kein Problem, dass sich durch wenige Gesetze lösen lässt. Der Mangel an Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist für die Partei das Symptom einer defekten Demokratie, dem ein gesamtgesellschaftlicher Wandel entgegentreten muss.

6.1.2 Wahlprogramm DIE GRÜNEN 1990

Die Forderungen nach Basisdemokratie und Emanzipation gehören im Wahlprogramm der GRÜNEN untrennbar zusammen. Und so verwundert es nicht, dass „Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990“ der GRÜNEN mit einer Krisendiagnose beginnt. Die ökologischen und sozialen Krisenerscheinungen führten laut der GRÜNEN zu einem Vertrauensverlust der Bürger*innen in die Politiker*innen und würden Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen aufwerfen. Die fehlenden Selbstbestimmungsrechte von Frauen sehen DIE GRÜNEN als Symptom einer defekten Demokratie und einer Politik, die nicht die Interessen der Bürger*innen

vertritt. Die Verärgerung über die Benachteiligung der Frauen nimmt bei den GRÜNEN einen zentralen Stellenwert ein und wird im Verlauf des Wahlprogramms und in einem eigenen Kapitel immer wieder thematisiert. Auch DIE GRÜNEN gendern in ihrem Wahlprogramm durchgängig und machen damit sowohl Männer als auch Frauen zu den Angesprochenen ihrer politischen Entwürfe.

Für DIE GRÜNEN werfen die einleitend vorgestellten „[...] sozialen Krisenerscheinungen [...] die Forderung auf nach gesellschaftlichen Veränderungen, durch ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, durch Demokratisierung und Pazifizierung aller zwischenmenschlichen Lebensbereiche, durch Feminisierung der Gesellschaft, durch multikulturelle Toleranz“ (S. 4). Über diese Aufzählung kommunizieren DIE GRÜNEN nicht nur, dass sie Frauen einen hohen Stellenwert einräumen. Interpretiert man ihre Position, dann messen sie einem Einflusszuwachs der Frauen im Rahmen einer „Feminisierung“ mit einhergehender Verminderung des männlichen Einflussbereiches die Bedeutung bei, als Schlüssel zur Bewältigung der Krise zu wirken – und das im Rahmen ihrer Aufzählung an dritter Stelle. Den Wirkungsbereich von Frauen in der Gesellschaft zu erweitern, geht für DIE GRÜNEN einher mit weiteren positiven Zielen, nicht zuletzt Demokratisierung.

Was genau mit einer Feminisierung gemeint ist, beleuchten DIE GRÜNEN näher, wenn sie ihre fünf zentralen Forderungen bzw. programmatischen Versprechen vorstellen, die eine tiefgreifende Transformation der Gesellschaft einleiten wollen (S. 6). Eine dieser zentralen Anliegen ist ebenjene Feminisierung der Gesellschaft, denn sie stellen fest: „Mit der Abspaltung der angeblich weiblichen Werte und Eigenschaften aus dem öffentlichen Leben und der Verdrängung der Frauen in die Privatsphäre ist nicht nur die gesellschaftliche Dominanz des Mannes, sondern auch die Herrschaft des Menschen über den Menschen und die Natur mit vorangetrieben und befestigt worden.“

Interpretieren lässt sich in diese Formulierung, dass DIE GRÜNEN die Unterdrückung von Frauen und die derzeitige patriarchale Dominanz als

symptomatisch für die von ihnen festgestellte systematische Benachteiligung von Dritte-Welt-Ländern und der Zerstörung der Umwelt sehen. Für die Partei wäre Feminismus damit eine Frage von Demokratie und Frieden. Ähnlich wie bei LINKE LISTE/PDS prangern auch DIE GRÜNEN die bevorteilte Stellung des Mannes an, sprechen von der gesellschaftlichen Dominanz des Mannes. Auch die GRÜNEN stellen eine systematische Benachteiligung von Frauen fest und sehen die Ursache in einer patriarchalen Gesellschaft.

Ähnlich wie die LINKE LISTE/PDS wollen auch sie ihre Entwürfe für Frauen nicht auf soziale Gleichberechtigung durch „sektorale Frauenpolitik“ begrenzen (S. 7). Ihre Forderungen sind weitreichender und wollen einen gesellschaftlichen Wandel umfassen. DIE GRÜNEN sprechen von Feminismus, denn der „[...] versteht sich auch als durchgängige Kritik unseres patriarchalisch geprägten gesellschaftlichen Selbstverständnisses und der herrschenden Kultur“ (S. 7). Auch hier hat der Feminismus einen konfrontativen Charakter. Einleitend diagnostizierten DIE GRÜNEN eine Krise der Politik und eine Sinnkrise der modernen Gesellschaft (S. 6), wenn sie die Gesellschaft prägende Kultur nun als patriarchalisch identifiziert, geht es beim Feminismus um nicht weniger als eine Reformierung der in der Krise befindlichen Politik und Gesellschaft. Ähnlich wie bei LINKE LISTE/PDS scheint auch die Position der GRÜNEN über eine Aufwertung der Stellung der Frau gegenüber dem Mann hinauszugehen und auf eine Gesellschaftskritik abzielen, die sich auf sämtliche Lebensbereiche erstreckt und einen Vorwurf an die bestehenden politischen Zustände verpackt. DIE GRÜNEN verdeutlichen in ihren Ausführungen außerdem, dass die Rolle der Frau keine Privatangelegenheit ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. In dieser Haltung beschreiben DIE GRÜNEN die aktuelle Norm als eine, in der vermeintlich weibliche Werte aus der Politik und dem öffentlichen Leben in den privaten Bereich gedrängt wurden. Die von ihnen unterstützte Feminisierung soll diesen Trend zurückdrängen und die Anliegen und das Wesen von Frauen zurück in die öffentliche Bedeutung tragen.

Vergleichbar mit der LINKEN LISTE/PDS sprechen auch DIE GRÜNEN vom Recht auf eine menschenwürdige Existenz, das sie durch die aktuelle Politik

nicht verwirklicht sehen (S. 22). Als Bedrohung einer menschenwürdigen Existenz beschreiben DIE GRÜNEN Armut, von der sie Frauen als besonders betroffen beschreiben (S. 22). Die Ursache dafür erkennen sie in der Ausrichtung des Sozialsystems auf den Mann als Prototyp des „Normalarbeiters“ in der Arbeitswelt, wodurch das System den Bedürfnissen von Frauen nicht gerecht werde. Zudem seien es vor allem Frauen, die in ungeschützte Arbeitsverhältnisse gedrängt werden (S. 23). Hier und in späteren Beispielen zeigt sich deutlich, im Kontext der Probleme und Benachteiligung von Frauen werden das Patriarchat und die darunter fallenden Männer im Wahlprogramm der GRÜNEN implizit und auch explizit zu Tätern gemacht.

Wenn von den Verfehlungen der Politik gesprochen wird, verwenden DIE GRÜNEN häufig das Adjektiv „männlich“, um abzulehnende Standards zu beschreiben und generalisieren die Vorwürfe weg vom einzelnen Mann. Es gilt, wer männlich ist, gehört im Narrativ der GRÜNEN zu den Begünstigten des aktuellen politischen Systems. Im Gegensatz dazu werden Frauen als Unterdrückte, wenn nicht gar Opfer, der aktuellen Politik dargestellt.

Wie bei LINKE LISTE/PDS kommt auch bei den GRÜNEN die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zur Sprache (S. 24). So fordern DIE GRÜNEN zum Beispiel eine Quotierung von 50% aller Arbeits- und Ausbildungsplätze zugunsten von Frauen, um die „[...] krasse Bevorzugung der Männer auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen [...]“ (S. 25). Ein weiterer politischer Entwurf ist, den dreijährigen Erziehungsurlaub zwischen den Erziehenden aufzuteilen, was dafür sorgen soll, die „lebenslange Verfügbarkeit von Männern für den Beruf aufzubrechen“ (S. 25). Eine Verkürzung des Normalarbeitstages sehen DIE GRÜNEN außerdem als Voraussetzung für die Überwindung der von ihnen festgestellten patriarchalischen Arbeitsteilung. Spannenderweise werden Männer im darauffolgenden Absatz einerseits gezielt angesprochen und in die Verantwortung genommen, unbezahlte Arbeit im Haushalt und bei der Pflege von Angehörigen zu übernehmen. Denn, so führen DIE GRÜNEN an, das wäre die Voraussetzung dafür, dass Frauen sich aus ihrer hohen Belastung befreien können (S. 24). Andererseits sehen DIE GRÜNEN die Voraussetzungen für die Entlastung von Frauen als solche, die vom Staat geschaffen werden müssen.

Das abstrakte Patriarchat, der Staat, ist damit Schuldiger erster Ordnung. Die Männer, die im Alltag mehr übernehmen sollen, sind Schuldige zweiter Ordnung. Und Frauen bleibt in dieser Darstellung nur, darauf zu hoffen, dass die ersten beiden die nötigen Rahmenbedingungen für ihre Entlastung schaffen. Sie werden damit in diesen Absätzen als dem System ausgeliefert beschrieben, denen Handlungsmöglichkeiten weitreichend verwehrt bleiben. Dem entgegensetzen ist die mehrfache Nennung der Frauenbewegungen und einzelner Frauen als Kämpfer für Gleichberechtigung (S. 29). Die Rolle der Frau zu verbessern, sehen DIE GRÜNEN als eine politische Aufgabe. Daran lässt sich eine Anführung aus der Präambel der GRÜNEN anknüpfen. Hier diagnostizieren DIE GRÜNEN, dass Frauen weltweit patriarchalischer Bevormundung und sexistischer Diskriminierung ausgesetzt sind und fügen hinzu, dass sie auch in der Bundesrepublik von der gleichen Teilhabe an allen Bereichen des öffentlichen Lebens weit entfernt seien (S. 5).

Abgesehen von der Nennung und Einbindung geschlechtsspezifischer Herausforderungen in den verschiedenen thematischen Bereichen, enthält das Wahlprogramm der GRÜNEN auch ein siebenseitiges eigenes Kapitel zur Frauenpolitik unter dem Titel „Emanzipation und Selbstbestimmung für Frauen“ (S. 29). Damit beschäftigen sich DIE GRÜNEN in ihrem Wahlprogramm vergleichsweise am intensivsten mit der Gleichstellung der Geschlechter im Jahr 1990. In diesem Kapitel tritt die Frau als engagierte, organisierte und kämpferische Person auf. DIE GRÜNEN verweisen auf Frauennetzwerke, -Vereine und -Bewegungen, in denen Frauen aktiv für ihre Rechte eintreten (S. 29). Diese beschriebenen Bemühungen und Teilerfolge der Frauen treffen in der Beschreibung der GRÜNEN auf bisher nicht überwindbare Rollenzuweisungen, denen politisch begegnet werden müsse, um die Frau, so DIE GRÜNEN, als eigenständige Person ernst zunehmen und von der ihnen zugeschriebenen Rolle als Ehefrau, Mutter, Tochter und den zugehörigen Benachteiligungen loszulösen (S. 29).

In ihrem Maßnahmenkatalog nehmen DIE GRÜNEN die Herausforderung in den Blick, dass mehr Rechte für Frauen nur dann erfolgreich zu einer Verbesserung der Stellung von Frauen führen können, wenn auch gleichzeitig die Verantwortung für Haushalt und Kinder paritätisch geteilt wird (S. 31). Mit

ihren Entwürfen für Emanzipation und Selbstbestimmung wollen DIE GRÜNEN nicht nur Chancengleichheit herstellen, sondern eine Gleichverteilung von materiellen und immateriellen Ressourcen und Möglichkeiten zwischen den Geschlechtern in allen Lebensbereichen erstreben. Als Ziel beschreiben sie, „[...] dass Frauen in materieller Unabhängigkeit, in frei gewählten Lebensformen und ohne jede Verletzung der körperlichen Integrität leben können“ (S. 30). Ihre umfassenden Gesetzesentwürfe sollen sich auf den gesamten Lebenszusammenhang von Frauen beziehen. Die Möglichkeiten für eine grundlegende Veränderung der „patriarchalen Gesellschaft“ sehen sie nicht ausschließlich über das Parlament zu erreichen, sondern führen die beobachtbare Emanzipation von Frauen und deren Fortschreiten auf den Druck, den Kampf, der Frauenbewegung zurück (S. 30). Abschließend ist festzuhalten, dass Frauen bei den GRÜNEN laut Wahlprogramm als eigenständige Personen im Mittelpunkt der Politik stehen und nicht in ihrer gesellschaftlich wahrgenommenen Rolle als Teil der Familie (S. 30). Die Partei grenzt ihre Politik als „feministisch“ ab von „frauenfeindlicher Familienpolitik“ (S. 30). Mit ihrem Ansatz möchten sie sich deutlich von der damaligen Bundesregierung distanzieren, der DIE GRÜNEN in ihrem Wahlprogramm vorwerfen die Ehe immer noch als die Norm darzustellen, obwohl weniger als die Hälfte der Frauen in Deutschland in einer Ehe lebten (S. 32). Die politischen Entwürfe zur Verbesserung der Lage von Frauen erstrecken sich thematisch von der Städteplanung, Arbeit und Grundsicherung, bis hin zum Verbot der Vergewaltigung in der Ehe, Schutz von Prostituierten, verstärkter Schutz gegen Gewalt, Abschaffung des § 218. Männer werden dabei häufig als Täter aufgeführt (S. 34).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wortwahl und Argumentation der GRÜNEN in Bezug auf die Stellung der Frauen konfrontativ und vorwurfsvoll sind. Sie sind anklagend gegenüber der damaligen Regierung und des gesellschaftlichen Zustandes. So identifizieren sie den Staat als Patriarchat und sprechen dezidiert von „frauenfeindlichen“ Gesetzen, das Persönliche wird bei ihnen politisch (S. 25). Wenn es um die Benachteiligung von Frauen geht, werden häufig generalisierend und undifferenziert Männer oder aber das patriarchale System als Täter dargestellt. Die Partei beschreibt es als politische

Verantwortung, die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Leben für Frauen zu schaffen und hält gesamtgesellschaftlichen Wandel für erforderlich. Frauenrechte und Feminismus nehmen im Wahlprogramm der GRÜNEN eine zentrale Stellung ein, was sich in der Nennung gleich zu Beginn der Präambel als zentrales Anliegen niederschlägt, genau so wie in der Ausformulierung eines eigenen, zahlreiche Politikfelder berührenden Kapitels zur Frauenpolitik. In ihrem Wahlprogramm sprechen DIE GRÜNEN sich ganz deutlich gegen das ihrer Meinung nach in der Gesellschaft vorherrschende Frauenbild aus, das Frauen an Selbstbestimmung und Emanzipation hindert. Sie treten damit explizit in den Wettbewerb um ein neues Frauenbild ein. Für sie ist Feminismus ein Weg aus der sozialen Krise hin zu mehr Demokratie.

6.1.3 Wahlprogramm SPD 1990

Die SPD stellt zur Wahl 1990 ihr „Regierungsprogramm 1990-1994“ unter dem Titel „DER NEUE WEG. Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark“ vor. Im Vergleich zu LINKE LISTE/PDS und den GRÜNEN wird das Wahlprogramm der SPD deutlich versöhnlicher eingeleitet. „Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Epoche“ beginnt ihre Präambel und zeugt im Lichte ihrer Feststellung zur Wiedervereinigung „Was zusammen gehört, hat wieder zusammengefunden“ von einem optimistischen Blick nach vorne (S. 5). Als große Aufgabe versteht die Partei die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern (S. 5). In der Beschreibung ihrer Vision eines modernen Deutschlands nennt die SPD an sechster Stelle die gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau, die gemeinsam mit dem Einsatz gegen Ausländerfeindlichkeit und jegliche Diskriminierung und Ausgrenzung aufgeführt wird (S. 5). Unter der Überschrift „soziale Sicherheit“ führt die SPD dazu weiter aus, die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Mann und Frau fördern zu wollen, vor allem im Hinblick auf die Voraussetzungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (S. 6).

Unter dem Kapitel „II. Für soziale Sicherheit in Deutschland“ ist neben „Arbeitsplätze schaffen“, „Wohnungsnot bekämpfen“, „das soziale Netz sichern“ und „Steuergerechtigkeit herstellen“ auch „Die Gleichstellungspolitik neu orientieren“ eine Überschrift (S. 13-18). Gleichstellungs- und Familienpolitik

werden im folgenden Absatz gemeinsam genannt und beziehen sich daher auch nicht dezidiert auf die Bedürfnisse von Frauen, sondern auch auf (junge) Familien und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften (S. 16-17). Zwar fordert auch die SPD unter dem „Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ähnlich wie die LINKE LISTE/PDS und DIE GRÜNEN einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, sieht die Familienverträglichkeit von Arbeit aber im Gegensatz zu diesen Parteien als Sorge von Vätern *und* Müttern und nicht allein als Last von Frauen (S. 16). So stellt die SPD fest, „Mütter und Väter wollen Zeit für ihre Kinder haben, und sie wollen erwerbstätig sein“ (S. 16). Während LINKE LISTE/PDS und DIE GRÜNEN das Patriarchat für eine systematische Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt verantwortlich machen und die selbstbestimmte Erwerbstätigkeit von Frauen zulasten der Rolle als Hausfrau und Mutter eingeschränkt sehen, scheint die SPD kein solch tiefgreifendes gesellschaftliches Problem zu sehen, sondern ein politisch lösbares. Die SPD führt weiter aus, dass es ihr Ziel sei, „[...] die bestehenden positiven Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern weiterzuentwickeln und schrittweise umzusetzen“ (S. 16-17). Auch mit dieser Aussage verdeutlicht sich in Abgrenzung zu den zuvor vorgestellten Parteien eine versöhnliche und optimistische Haltung gegenüber der aktuellen politischen Lage zum Thema Gleichstellung. Die SPD stellt Handlungsbedarf fest, hält aber keinesfalls eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformierung für erforderlich. Die Lage der Gleichstellung wird als verbesserungsbedürftig, besonders in Bezug auf die Arbeitswelt dargestellt, aber nicht als prekär (S. 17).

Die SPD nimmt auch zum Thema Schwangerschaftsabbruch Stellung und spricht sich für die Betonung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Frau aus. Der Schwangerschaftsabbruch soll, wenn er innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft stattfindet, straffrei sein (S. 17). Unter der Überschrift „Das soziale Netz sichern“ werden die Belange von Frauen noch einmal dezidiert angesprochen, als es um ihre Alterssicherung geht und das Ziel der SPD ein Konzept für eben jene vorzulegen (S. 18). Außerdem verspricht die SPD, bei Regierungsverantwortlichkeit, ein Programm vorzulegen, das als eine von mehreren arbeitsrechtlichen Reformen, Frauen

vor Diskriminierung am Arbeitsplatz besser schützen möchte (S. 25) und führt weiter an, dass die Partei in der parlamentarischen Beratung „ein Gesetz zur umfassenden Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben“ einbringen wolle (S. 25).

Abschließend lässt sich festhalten, dass bei der SPD die plakative Problematisierung von Frauen-Themen fehlt, die in den Wahlprogrammen der LINKEN LISTE/PDS und der GRÜNEN zu finden sind. In Bezug auf ihre Entwürfe für Frauen finden sich keine Anschuldigungen gegenüber Männern oder der Regierung. Es wird anerkannt, dass „[...] Frauen und Männer im Arbeitsleben nicht wirklich gleichgestellt [sind]“ (S. 17), doch von einer Not der Frauen oder systematischen gesellschaftlichen Benachteiligung ist nicht die Rede. Zudem lässt sich feststellen, dass das Wahlprogramm der SPD kein gesondertes Kapitel zu Frauenanliegen enthält. Gleichstellung wird als Teil der Familien- und Arbeitsmarktpolitik eingebunden und fast ausschließlich in diesem Zusammenhang thematisiert. Außerdem ist festzustellen, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm „Bürgerinnen und Bürger“ anspricht, aber nicht durchgängig eine geschlechtergerechte Sprache nutzt. Im Gegensatz zu LINKEN LISTE/PDS und den GRÜNEN weist das Wahlprogramm der SPD keinen anklagenden Ton auf das Thema Gleichstellung auf. Die SPD befindet sich im Jahr 1990 seit zwei Legislaturperioden in der Opposition. Frauenpolitik nutzt die Partei in ihrem Wahlprogramm jedoch kaum, um sich als Opposition zu inszenieren und Gegenpositionen zur Regierung wirkungsvoll darzustellen.

6.1.4 Wahlprogramm FDP 1990

Unter dem Titel „Das liberale Deutschland“ veröffentlicht die FDP im Jahre 1990 ihr Programm zu den Bundestagswahlen. Die Partei bezeichnet sich als Kraft der politischen Mitte (S. 14). In ihrem Wahlaufwurf formuliert die FDP ihren Standpunkt zu Frauen unter dem Begriff der Gleichberechtigung im Tonus des Aufbruchs, der neuen Chancen und einer sehr positiven Gesamtkonnotation. An die Rezipienten des Wahlprogramms richtet sie die rhetorische Frage, ob man auch zu denen gehöre, für die Gleichberechtigung mehr sei als nur eine Frage der Gesetzgebung (S. 8). Daran schließt sie direkt ihre Position gegen eine Quote für Frauen, durch die man keine Chancengleichheit vorschreiben

könne und führt weiter fort, dass jene, die ihrer Position zustimmten, mit ihrer Stimme dafür sorgen würden, dass Frauen ihre gleichberechtigte Teilhabe in Familie und Beruf durchsetzen könnten (S. 8).

Nach der Begrüßungsformel an die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Beginn des Wahlkampfes werden Frauen im Wahlprogramm der FDP bei Personenbezeichnungen nicht mehr sprachlich sichtbar gemacht. Im Rahmen einer längeren Aufzählung zu ihren Grundsätzen formuliert die Partei so beispielsweise über den „Bürger mit eigenem Kopf“: „Dieser Bürger will aktiv sein berufliches und privates Leben selbst gestalten“ (S. 14). Ironischerweise wäre eben jeder Satz in weiblicher Form der Inbegriff der soeben vorgestellten Gleichstellungsdebatte. Eine Ausnahme davon bildet zum Beispiel ihr Programm zum Thema Pflegeberufe, in denen von Pflegerinnen und Pflegern gesprochen wird (S. 58). Hier wo es unumgebar erscheint Frauen zu nennen, da sie doch die deutliche Mehrheit des Pflegepersonals ausmachen, nutzt die FDP dann zwei Geschlechtsformen.

Im zweiten Kapitel, das sich den Grundsätzen widmet, zählt die FDP auf, was sie für Aufgaben des Staates hält, darunter „[...] die Sicherung demokratischer Regeln und Freiheiten, der Chancengleichheit, der Rechtsstaatlichkeit, des Friedens, der natürlichen Lebensgrundlagen, der inneren Ordnung sowie die soziale Grundsicherung im Interesse der Allgemeinheit“ (S. 16). Alle anderen Aufgaben ordnet sie den Bürgern und privaten Organisationen zu.

Als dritter Abschnitt des Wahlprogrammes folgt das Aktionsprogramm. Frauen kommen dabei zunächst unter den Standpunkten der FDP zur Entwicklungspolitik zur Sprache. Hier behauptet die FDP, das größte Hindernis für die Entwicklung von Wohlstand und Bildung in der Dritten Welt sei das Bevölkerungswachstum (S. 32). Jenes wolle die FDP begrenzen, unter anderem mit Maßnahmen zur Aufklärung und zur Verbesserung der Stellung der Frau. Des Weiteren führt die FDP an, dass Entwicklungsprogramme verstärkt die spezielle Situation von Frauen in der Dritten Welt berücksichtigen sollten (S. 33). Im Bereich der Altersvorsorge tritt die FDP in ihrem Wahlprogramm dafür ein, die Nachteile in der Altersvorsorge, die zum Beispiel

durch Geburten und Kindererziehung entstehen, abzubauen durch rentensteigernde Anerkennung dieser Zeiten (S. 57). Dieses Problem wird sprachlich allerdings nicht explizit mit Frauen verknüpft, ihre besondere Betroffenheit nicht sichtbar gemacht. Die FDP fordert die Anstrengung zur Ausbildung von Mädchen in allen Berufen zu erhöhen (S. 73). Zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ äußert sich die FDP über zwei Seiten in ihrem Wahlprogramm und damit länger als alle Parteien zuvor (S. 62-64). Die Partei mahnt, dass es zu viele Schwangerschaftsabbrüche gebe und für Maßnahmen zum Lebensschutz eine Anpassung der bestehenden Gesetzgebung erforderlich sei. Die FDP fordert eine modifizierte Fristenregelung mit obligatorischer Beratung. In den Fokus stellt sie in diesem Kapitel außerdem sexuelle Aufklärung, Verhütungsberatung und ein umfängliches Beratungsangebot zum Thema Schwangerschaftsabbruch, aber auch verbesserte Rahmenbedingungen, die Schwangeren die Entscheidung für ein Kind erleichtern sollen (S. 64). Des Weiteren verspricht die FDP das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting weiterzuentwickeln (S. 47).

Unter der Überschrift „Gleichstellung“ widmet die FDP Frauen ein eigenes Kapitel (S. 68). Zwei Zitate aus diesem Abschnitt sind bezeichnend für die Position der FDP zum Thema Gleichstellung. So schreibt die Partei: „Die F.D.P. lehnt die Quote ab. Liberale Frauen stellen sich dem Wettbewerb“ (S. 70) und etwas später „Die F.D.P. steht für eine Förderung der Frauenselbsthilfe ein“ (S. 71). Gleichstellung scheint für die FDP gleichbedeutend zu sein mit Chancengleichheit, also einer Gleichheit der Ausgangsbedingungen. Bezug wird dann im weiteren Verlauf darauf genommen, Frauen die Möglichkeit zu geben, sich Familie und Beruf gleichermaßen widmen zu können. Diese Chancengleichheit für Frauen in Politik und Beruf komme dann ohne „Quoten, Vorschriften und Regelungen“ aus (S. 68). Diese Einschätzung deutet auch weiter darauf hin, dass die FDP keine systemische Ursache für die geschlechterspezifische Benachteiligung sieht, wie sie zum Beispiel in den Programmen von LINKE LISTE/PDS und GRÜNEN beschrieben wird, vielmehr wird die Ursache, ähnlich wie bei der SPD, ins Privatleben verschoben. Das Ziel hingegen ist klar, Frauen und Männer sollten gemeinsam anstreben, dass die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung in allen Bereichen

verwirklicht wird (S. 68). Wenn sie sich nur genug anstrengen, scheinen Frauen es nach Vorstellung der FDP schaffen zu können, im Wettbewerb zu bestehen, könnte man etwas polemisch pointieren, weshalb eine Quote überflüssig wäre. Das passt auch zum Vorschlag der FDP, Frauenselbsthilfegruppen stärker zu fördern. Was die FDP über ihre Darstellungen kommuniziert, mal explizit, mal implizit, ist, dass Frauen eine Starthilfe benötigen, ist diese erfolgt, sind sie ihres eigenen Schicksals Schmied.

Die FDP erkennt allerdings auch an, dass Frauen in den Bereichen, in denen sie in besonderem Maße Bedrohung und Diskriminierung ausgesetzt sind, rechtlich geschützt werden müssen (S. 68). Eine gewisse frauenpolitische Position schwingt ebenfalls mit, als die FDP davon spricht, dass Familienarbeit und Erwerbsarbeit in gleichem Maße anerkannt werden müssen. Und dass Frauen eine auf individueller und freier Entscheidung basierende Lebensplanung ermöglicht werden müsse (S. 68). Die Partei spricht sich außerdem für ein Bundesgleichstellungsgesetz und eine Bundesfrauenbeauftragte aus (S. 69).

Blickt man in den Maßnahmenkatalog im Wahlprogramm, lässt sich für die FDP Gleichstellung im Sinne von Chancengleichheit über Stellschrauben am Arbeitsmarkt, in der Weiterbildung und Kinderbetreuung erreichen. Die FDP fordert unter anderem gleichen Lohn für gleiche Arbeit, den Abbau von Beschäftigungshemmnissen, flexible Arbeitszeiten und Wiedereingliederungsprogramme (S. 69-70). An manchen Stellen zeigt sich, dass die FDP versucht, eine einseitige Reduktion der Frau auf eine bestimmte Lebensposition, v.a. die der Mutter, zu vermeiden. Zum Beispiel, wenn sie von jüngeren Frauen spricht und deren Berufstätigkeit als festem Bestandteil der Lebensplanung (S. 69) oder wenn sie vom Wandel der Rollenbilder spricht (S. 70). Der Vielfältigkeit der Rollen, die Frauen in ihrem Leben wahrnehmen, wird jedoch nur eingeschränkt Rechnung getragen. Die einzelnen Abschnitte unter diesem Kapitel, nämlich „Frauen und Beruf“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Rechtspolitik für Frauen“ und „Gewalt in der Familie durchbrechen“, weisen alle einen Bezug zur Frau als Mutter oder Ehepartnerin auf (S. 69-71).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Thema Gleichstellung durchaus eine vergleichsweise hohe Bedeutung im Wahlprogramm der FDP einnimmt. Im

Gegenteil zur SPD, widmet die FDP den Frauen ein eigenes Kapitel, das sich verschiedenen Politikbereichen widmet. Die Partei nimmt keine konfrontative, gesellschaftskritische Haltung ein wie LINKE LISTE/PDS oder DIE GRÜNEN. Für die FDP steht laut Selbstbild die Freiheit des einzelnen Bürgers an erster Stelle (S. 12). Das schlägt sich auch in ihrem Gleichstellungsverständnis nieder. Bei der Gleichstellung geht es für die FDP um Chancengleichheit für Frauen, also um ihre freie Entwicklung. Ihr Gleichstellungsbegriff erzählt von der Schwierigkeit der Frauen ihren Platz zu behaupten, vertritt aber, dass bei Herstellung von gleichen Ausgangsbedingungen, Gleichstellung erreicht werden kann. Bei ihrer recht intensiven Auseinandersetzung mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lage von Frauen, bleibt die Rolle der Frau als Mutter meist Schablone für ihre Forderungen.

6.1.5 Wahlprogramm CDU 1990

„Ja zu Deutschland. Ja zur Zukunft“ betitelt die Christlich Demokratische Union ihr Programm zur Bundestagswahl 1990. Die CDU leitet ihr Wahlprogramm mit großem Optimismus ein und verdeutlicht ihren Enthusiasmus über das vereinte Deutschland, „[...] Unfreiheit, Unrecht und Teilung sind überwunden“ (S. 2). Vor dem Hintergrund ihrer Regierungsbeteiligung zum Zeitpunkt der Wahl ist es wenig verwunderlich, dass sich die Partei über den von ihr gestellten Bundeskanzler Kohl als Kraft, die zu Einheit und Freiheit beigetragen habe vorstellt (S. 2-3). Ihre Programmatik stehe unter den Zielvorgaben von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand und dem christlichen Verständnis vom Menschen (S. 2). Auf eine geschlechtergerechte Sprache achtet die CDU nicht.

In der Kapitelübersicht lässt sich zunächst kein Bezug zur Gleichstellungsthematik finden. Unter der Kapitelüberschrift „Wir wollen ein sozial gerechtes und menschliches Deutschland“ wird sich in einem der Absätze in sechs Sätzen dezidiert zur Stellung der Frau geäußert. Aufgrund der Kürze des Abschnittes, wird er im Folgenden in Gänze zitiert und anschließend analysiert (S. 14-15):

„Unser Ziel ist eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Wir unterstützen den Wunsch der Frauen nach gleichberechtigter Teilhabe und Mitgestaltung in allen Lebensbereichen. Die immer noch bestehende Benachteiligung vieler Frauen widerspricht dem Auftrag des

Grundgesetzes. Die CDU will die Voraussetzungen dafür verbessern, daß Frauen und Männern in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Sie sollen sich frei zwischen Beruf und Familie entscheiden oder beides miteinander verbinden können. Wie im Einigungsvertrag festgelegt, setzten wir uns dafür ein, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.“

In Bezug auf den vorherrschenden Diskurs ist zunächst anzumerken, dass die CDU/CSU anerkennt, dass Frauen benachteiligt werden und dies auch im Widerspruch zum Gebot der Grundgesetze versteht. Keine der untersuchten Parteien leugnet also im Jahr 1990, dass Gleichberechtigung erstrebenswert ist. Das könnte man als gemeinsame parteiübergreifende Basis bzw. Ausgangslage festhalten. Was sich jedoch unterscheidet, und hier tritt unterschwellig der Wettkampf um die Diskurshegemonie zu Tage, sind die Einschätzungen zur Ursache und dem Ausmaß der Benachteiligung, die Einstufung der Dringlichkeit des Problems und die Lösungsvorschläge, die gleichzeitig auf die Idealvorstellungen der Parteien hindeuten.

Klammert man zunächst den ersten Satz aus, erscheint die Stellungnahme der CDU zum Thema Gleichstellung auf den ersten Blick zeitgemäß und mit gewisser Ähnlichkeit zu FDP und ferner auch SPD. Der Teufel liegt jedoch auch hier im Detail. Dass man sich im zweiten Satz für die Formulierung von „Wunsch“ entschied, nimmt dem Anliegen jede Dringlichkeit und lässt die Gleichberechtigung von Frauen wie ein *nice-to-have* erscheinen. Auch in der darauffolgenden Aussage sind es einzelne Wörter, die die Lage der Frauen – im Vergleich zur Schilderung der anderen Parteien – verharmlosen. So sieht die CDU zwar „viele“ Frauen von einer Benachteiligung betroffen, aber eben nicht *alle*, wodurch weder der Staat, noch die Männer, noch das Geschlecht an sich zur Ursache gemacht werden können, sondern eher bestimmte Umstände von Frauen. Die CDU spricht in Zusammenhang mit der Gesetzgebung und den Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Leben von einer Verbesserung oder Weiterentwicklung, stellt also im Kontrast zu LINKE LISTE/PDS oder den GRÜNEN keine prekäre Lage für Frauen fest. Ihre Aussage zeugt viel mehr

davon, und das besonders im Lichte der Tatsache, dass sie zu diesem Zeitpunkt seit acht Jahren regiert, dass für die Situation von Frauen gesorgt ist und weiter gesorgt wird. Obwohl die CDU sich dafür ausspricht, dass Frauen sich frei zwischen Beruf und Familie sollen entscheiden können, weist bereits der erste Satz, zu dem nun zurückgekommen werden soll, darauf hin, dass die CDU Mann und Frau letztlich in Partnerschaft sieht. Die Frau wird also nicht als unabhängige Person dargestellt, sondern in Beziehung zu einem Mann.

Diese Ansicht verdichtet sich gleich im anschließenden Absatz, in dem die CDU klarstellt, „im Mittelpunkt unserer Politik steht die Familie“ (S. 15). Und prompt kommt die Frau nur noch in ihrer Rolle als Mutter zum Tragen. Die von der CDU angeführte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Anerkennung der Familienarbeit hat den Beigeschmack, die Stellung der Frau in der Mutterrolle zu verbessern, aber nicht die Stellung der Frau per se. Da ist es nicht verwunderlich, dass die CDU sich gegen die Fristenlösung bei Abtreibungen ausspricht und umfassende Verbesserungen für ein Ja zum Kind bewirken möchte (S. 16).

Mit deutlichem Abstand zu den anderen Parteien beschäftigt sich die CDU im geringsten Umfang mit der Gleichstellung. Frauenpolitik wird bei der CDU nicht als eigenständiges Politikfeld begriffen. Gleichstellung wird in wenigen Sätzen unter Sozialem abgehandelt. Des Weiteren werden Frauen bei der CDU vor allem in Bezug auf ihre Mutterrolle für Familie und Kinder dargestellt. Gleichstellung steht vor allem im Zeichen einer Ausbalancierung zwischen den beiden Sphären Familie und Erwerbsleben. Die CDU reagiert hier auf Gleichberechtigung als Forderung, stellt aber weiter die Familie ins Zentrum ihres Leitbildes. Was sich bei der CDU zeigt, ist das Spannungsfeld zwischen den christlich-konservativen Werten, die sie vertritt und der scheinbaren Notwendigkeit sich auch trotz dieser Einstellung zur Gleichstellungspolitik zu bekennen. Das erklärt dann vermutlich auch, warum sie sich für den Begriff der Gleichberechtigung entschieden hat und nicht für den der Gleichstellung oder Selbstbestimmung.

6.1.6 Fazit zu den Wahlprogrammen 1990

Das Wahljahr 1990 war bestimmt von der Wiedervereinigung Deutschlands, die von allen Parteien einhellig begrüßt, jedoch mit unterschiedlicher Wahrnehmung von Chancen und Risiken bewertet wurde.

Die Gleichstellung der Geschlechter spielt in allen Wahlprogrammen eine Rolle. Allerdings sind die Unterschiede in Bezug auf Prominenz und Umfang des Themas bezeichnend. Ein Extrem stellen die LINKE LISTE/PDS und DIE GRÜNEN dar, bei denen sich die Forderung nach Selbstbestimmungsrechten für Frauen als Gesellschaftskritik äußert. Als Ursache der Benachteiligung von Frauen sehen sie ein tiefverwurzeltes Patriarchat, dem mit einem gesellschaftlichen Wandel und Demokratisierung begegnet werden muss. Deutlich gemäßiger sind SPD und FDP, die sich deutlich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen aussprechen, sich aber kaum mit der Schuldfrage beschäftigen. Für die SPD geht es bei Gleichberechtigung um familiäre und soziale Aspekte. In ihren Gleichberechtigungsentwurf bezieht sie beide Geschlechter ein und spricht sich für Parität aus. Für die FDP geht es bei Gleichberechtigung um die Bereitstellung von Chancengleichheit für Frauen und Männer. Am geringsten beschäftigt sich die CDU mit der Gleichstellung. Frauen finden in ihrem Wahlprogramm weder sprachlich noch inhaltlich große Beachtung und wenn, dann vornehmlich in ihrer Rolle als Mutter.

Mit Blick auf den zu analysierenden Diskurs ist erstens festzuhalten, dass Gleichberechtigung zum festen Begriff in der Politik geworden zu sein scheint. Keine Partei geht bei der Wahl ohne eine Stellungnahme zu diesem Thema an den Start. Gleichzeitig unterscheidet sich sehr deutlich die Begriffsbedeutung. Es lassen sich drei konkurrierende Gleichstellungs-Erzählungen ausmachen.

Für LINKE LISTE/PDS und DIE GRÜNEN gilt Feminismus als Mechanismus zur Demokratisierung des Landes. Das Patriarchat hat eine systematische Benachteiligung von Frauen verursacht, die bekämpft werden muss.

Für die SPD geht es um soziale Gerechtigkeit und Partnerschaftlichkeit. Für die FDP bedeutet Gleichstellung die Herstellung von Chancengleichheit. Frauen sollen das Handwerkszeug erhalten, ihre Stellung zu verbessern. Bei der CDU ist Gleichstellung ein wünschenswerter, aber nicht dringlicher Schritt zur Weiterentwicklung. Ein starker Kontrast zu LISTE/PDS und GRÜNEN, die Frauen eben nicht partnerschaftlich behandelt, sondern deutlich durch Männer

benachteiligt sehen. In allen Wahlprogrammen bezieht sich „Geschlecht“ und die damit verbundene Gleichstellungsaufgabe auf die Unterscheidung zwischen Mann und Frau.

6.2 Programme zur Bundestagswahl 2005

Viel hat sich getan zwischen der Bundestagswahl 1990 und der im folgenden betrachteten Wahl 2005. Nach der schwarz-gelben Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl, die bis 1998 regierte, folgte 1998 eine rot-grüne Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders, die 2005 durch vorzeitige Wahlen beendet wurde. Ausgelöst durch herbe Niederlagen der SPD bei mehreren Landtagswahlen, initiierte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder über ein kontroverses Verfahren Neuwahlen (Deutscher Bundestag, 2018, Abs. 5). Um die Mehrheit für die CDU kämpfte im darauf folgenden Wahlkampf die Parteivorsitzende Angela Merkel, die zum ersten Mal als Kanzlerkandidatin für die Partei antrat. Ob sich eine weibliche Kandidatin um das höchste Amt auf den Gleichstellungsdiskurs in den Wahlprogrammen auswirkt, soll die folgende Analyse zeigen.

6.2.1 Wahlprogramm Die Linkspartei.PDS 2005

Auch im Jahr 2005 führt die Linkspartei.PDS das Thema geschlechterspezifische Gleichstellung in ihrer Inhaltsübersicht auf. Unter dem Kapitel „Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen.“ führen sie das Unterkapitel „Geschlechtergerechtigkeit“, das besteht jedoch lediglich aus zwei kurzen Absätzen, die später genauer untersucht werden sollen. In der Präambel findet sich kein expliziter Bezug darauf. Die Leitidee des Programms der Linkspartei.PDS ist ein Plädoyer für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Bereits über den Verlauf der ersten Seiten zeigt sich jedoch ein Bruch der Linkspartei.PDS mit ihrer aus dem Wahlprogramm 1990 bekannten Rhetorik. Generell lässt sich der Tonus des Programms als deutlich gemäßigt einstufen im Vergleich zur konfrontativen, kämpferischen Sprache des Wahlprogramms von 1990. Um beide Geschlechter anzusprechen nutzt die Linkspartei.PDS jeweils die männliche und weibliche Form eines Wortes, aber nicht länger die inklusivere geschlechtergerechte Sprache, die die Partei 15 Jahre zuvor nutzte.

Auch hierin verdeutlicht sich bereits die Regression der vormals feministischen und streitbaren Sprachgestaltung der Linkspartei.PDS. Die Gleichstellung der Geschlechter wurde zwischen 1990 und 2005 vom Kernthema zur Peripherie.

Im Verlauf des Programms werden Frauen neben dem Unterkapitel zur Geschlechtergerechtigkeit an manchen Stellen in einzelnen Sätzen behandelt. Das geschieht in so geringer Zahl, dass die Nennungen einzeln analysiert werden können. So zum Beispiel beim Thema Rente, wo die Linkspartei.PDS fordert, „Frauenaltersarmut“ nachhaltig abzubauen, indem die Kindererziehung und Pflege Angehöriger stärker angerechnet wird (S. 6). Unter der Überschrift „Gegen Kinderarmut“ finden Frauen ebenfalls Erwähnung. Hier stellt die Partei fest, „[d]ie Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig“ (S. 10). Legt dann im darauf folgenden Satz nach, dass die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu ermöglichen. Frauen werden hier zusammen mit Männern, in ihrer Rolle als Elternteil angeführt und im Zusammenhang mit der Versorgung von Kindern erwähnt, sie nehmen die Funktion der Ernährerinnen und nicht nur die der Erzieherinnen und Betreuerinnen ein. In diesem Zusammenhang wird zudem deutlich, dass die Linkspartei.PDS keinesfalls ein Alleinverdienermodell des Vaters vertritt. Daraus lässt sich folgern, dass die Partei, um Kinder gut versorgt zu sehen, Mütter als Mitverdienerinnen für erforderlich hält. Um das Vorkommen sowie die Folgen von Kinderarmut zu verringern, sieht die Linkspartei.PDS Ganztagsbetreuungsplätze und Kitas mit entsprechenden Bildungsangeboten für erforderlich (S. 10).

Bei der nächsten Nennung tauchen Frauen wieder in Bezug auf ihre Rolle als Mutter auf. Die Partei fordert, „Für junge Frauen und Familien müssen Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen werden“ und hebt in diesem Zusammenhang das weibliche Geschlecht hervor (S.11). Weiter erklärt die Linkspartei.PDS: „Die flächendeckende Kinderbetreuung ist bereits heute ein wichtiger Standortvorteil des Ostens, der im Zuge europäischer Integration zu einem Standortvorteil für ganz Deutschland ausgebaut werden muss“ (S. 11). Kinderbetreuung wirkt in ihrem Lösungsvorschlag als Mechanismus, um die Brücke zu spannen zwischen

Familie und Beruf, aber auch als Weg in die Zukunft. Das Ziel ist es den Zugang für Frauen zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zudem werden Frauen gesondert aufgeführt als sich die Linkspartei.PDS gegen das Ehegatten-Splitting und alle weiteren Regelungen ausspricht, die die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigen (S. 16). Auch hier wieder ein vornehmlich ökonomischer Schwerpunkt.

Weiter werden Frauen herausgestellt, als die Linkspartei.PDS beklagt: „Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen, darunter viele Frauen, verlassen den Osten“ (S. 10). Frauen dienen hier als dramatisierendes Moment. Unter dem Thema Bildung und Innovation spricht sich die Linkspartei.PDS deutlich dafür aus, Frauen in Wissenschaft und Forschung zu fördern und die Potentiale hochqualifizierter Frauen besser zu nutzen (S. 12). Damit wird etwas der eindimensionalen Darstellung von Frauen im Programm entgegengewirkt. Neben der Frau im Alter und als Mutter kommt hier eine weitere Rolle, die der Arbeitenden, zum Tragen. Hier wird zum zweiten Mal das Thema Bildung mit Frauen verknüpft.

Im Unterkapitel „Geschlechtergerechtigkeit“, das im Vergleich zur ausführlichen Behandlung in der Programmatik von 1990 deutlich geschrumpft ist, um genau zu sein auf zwei kurze Absätze von insgesamt fünf Sätzen, bezieht die Linkspartei.PDS Stellung. „Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft“, wertet die Linkspartei.PDS hier (S. 15). Und stellt zusätzlich klar, dass jene nicht nur rechtlichen Schutz erfordere, sondern auch die aktive Förderung der Geschlechter, wo die gleichwertige Teilhabe an Beruf und Gesellschaft durch überkommene Rollenbilder verwehrt bleibe (S. 15). Die darauf folgenden Maßnahmen wurden bereits dargestellt und betreffen das Ehegattensplitting, Frauenaltersarmut und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Rahmen setzt die Partei sich für getrennt festzulegende Kindererziehungszeiten für Mütter und Väter ein und betont damit ein zweites Mal, dass sie Kindererziehung nicht ausschließlich für Frauensache hält. Wenngleich die Argumentation der Linkspartei.PDS noch immer normativ ist – und anklagend feststellt, dass Gleichstellung eine zentrale Säule der Demokratie ist – so widmet sie sich doch längst nicht mehr der

Schuldfrage und sieht Frauen deutlich eindimensionaler als das 1990 der Fall war. Von Emanzipation und Selbstbestimmung ist nicht mehr die Rede, der aktive Charakter der Frau geht im Programm verloren. Stattdessen nutzt die Partei die Begriffe der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit.

Bereits beim Lesen der Präambel zeigt sich, die Linkspartei.PDS schlägt deutlich gemäßigte Töne an als fünfzehn Jahre zuvor. Nicht länger kämpft die Linkspartei.PDS gegen die systematische Diskriminierung von Frauen durch das Patriarchat, das die Befreiung aus der Abhängigkeit hin zur Selbstbestimmung erforderlich mache. In ihrem Wahlprogramm von 2005 findet sich kein derartiges an den Pranger stellen der geltenden Ordnung zwischen den Geschlechtern. Die normative Aufladung des Programms von 1990 ist auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Insgesamt gehen die Forderungen von Linkspartei.PDS kaum über ökonomische Aspekte hinaus. Die Problematisierung der Stellung der Frau bleibt überwiegend wirtschaftspolitisch konnotiert. Als zentrale Themen in Bezug auf Gleichstellung könnte man für die Partei den Zugang von Frauen zu Arbeitsmarkt und Bildung zusammenfassen. In Relation zur Arbeit wird auf Frauen mehrheitlich in ihrer Rolle als Mutter eingegangen und die damit einhergehende Herausforderung Beruf und Familie zu verbinden. Was als Ursache für die Benachteiligung von Frauen zu verstehen ist, thematisiert die Linkspartei.PDS wenig, überholte Rollenbilder werden angeführt. Obwohl sich die Partei in ihrem Kapitel zu Geschlechtergerechtigkeit für eine gleichwertige Teilhabe an Beruf ebenso wie auch Gesellschaft ausspricht, fehlen Ansätze zu letzterem Aspekt weitgehend. Das Wahlprogramm der Linkspartei.PDS wirkt eindimensional in Bezug auf Frauen. Es fehlt der vielfältige systemkritische Blick. Das steht im scharfen Kontrast zum Diskurs, der ihr 1990er Wahlprogramm prägte.

6.2.2 Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen 2005

Als ehemaliger Koalitionspartner der Regierung der vergangenen sieben Jahre, treten DIE GRÜNEN mit ihrem Wahlprogramm maßgeblich ein „[...] zur solidarischen Modernisierung und der ökologischen Verantwortung [...]“ (S. 1). Sie weisen in ihrer Einleitung unter anderem darauf hin, dass sie zu ihren

Erfolgen auch die Frauenpolitik zählen (S. 1). Geschlechtergerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang der zentrale Begriff, der das Thema durch das Wahlprogramm begleitet. Neben der Widmung eines eigenen Kapitels, wird die Stellung der Frauen zusätzlich an einigen Stellen im Wahlprogramm behandelt. Geschlecht ist für DIE GRÜNEN im Jahr 2005 binär angelegt (S. 6).

In einem eigens dem Thema gewidmeten, vergleichsweise umfangreichen Kapitel berichten DIE GRÜNEN auf über zwei Seiten von ihren Entwürfen zum Thema „Gleiche Rechte – Gleiche Chancen – Konsequente Geschlechterpolitik“ (S. 37). Im ersten Satz setzten DIE GRÜNEN fest „Eine solidarische Modernisierung der Gesellschaft gibt es nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit – gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen sind dafür Voraussetzung“ (S. 37). Auch hier, wie in der Programmatik der Linkspartei.PDS, eine normative Sprache. Im Gegensatz zu dem Begriff der *Selbstbestimmung*, der im Wahlprogramm 1990 benutzt wurde, verwenden DIE GRÜNEN nun *Geschlechtergerechtigkeit*. Während der erste Begriff aktiv und personenzentriert ist, hat *Geschlechtergerechtigkeit* eine Konnotation von Passivität und Fremdbestimmung. Gerechtigkeit muss geschaffen werden zwischen zwei Parteien. Der Begriff bezieht sich damit nicht nur auf das Geschlecht der Frauen, sondern auf die Abhängigkeit beider Geschlechter voneinander und den einhergehenden Aushandlungsprozess, den Gerechtigkeit erfordert. Ein besonderes Augenmerk bei der Begriffstransformation von Selbstbestimmung zu Geschlechtergerechtigkeit ist auf die Bezugsgruppen der Wörter zu legen. Ihren Geschlechtergerechtigkeitsbegriff beziehen DIE GRÜNEN hier, im Kontrast zum Wahlprogramm 1990, auch auf Männer. Die sehen sie ebenfalls von stereotypen Geschlechterrollen eingeschränkt (S. 37). Damit sticht ihr Wahlprogramm 2005 aus der Gesamtheit der bisher analysierten Wahlprogramme deutlich hervor. Von der konfrontativen Rhetorik der Selbstbestimmung und Emanzipation der Frau vom Patriarchat im Jahr 1990 hat sich die Partei in 2005 zu einer Darstellung hinbewegt, die beide Geschlechter als Opfer von Diskriminierung einstuft.

Nach sieben Jahren Regierungsbeteiligung kommen DIE GRÜNEN nicht umhin, Fortschritte und eigene Erfolge im Bereich der Frauenpolitik zu betonen. Die Partei mahnt jedoch auch, dass der Weg hin zur tatsächlichen Gleichberechtigung immer noch lang sei. DIE GRÜNEN machen in ihrem Wahlprogramm außerdem explizit deutlich, verschiedenste Lebensentwürfe und Biografien von Frauen durch die Förderung gleicher Chancen unterstützen zu wollen (S. 37). Dadurch entgrenzen sie das Thema Gleichstellung, das in den Wahlprogrammen bisher überwiegend auf das Feld der Familien- und Sozialpolitik beschränkt war und setzen sich für Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema ein.

Weiter argumentieren DIE GRÜNEN für die Opportunität einer besseren Integration von Frauen in die Wirtschaft. Sie fordern außerdem erweiterte Möglichkeiten der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Zugangschancen im Beruf. Damit einher gehen auch die Themen Kinderbetreuung und Ausweitung der Erziehungsleistung von Vätern (S. 37-38). Sie kritisieren darüber hinaus, dass die mangelnde Repräsentation von Frauen in der Politik ein Demokratiedefizit sei (S. 37).

Der frauenpolitische Blick der GRÜNEN ist globaler als derjenige der anderen Parteien, sowohl inhaltlich als auch in der Anwendung. Unter der Überschrift „Frauenrechte sind Menschenrechte“ prangern DIE GRÜNEN nicht nur Gewalt gegen Frauen an, sondern gehen auch auf geschlechterspezifische Verfolgung im Ausland ein und sprechen sich für die besonderen Bedürfnisse von Migrantinnen aus. DIE GRÜNEN bekräftigen außerdem internationale Abkommen und Bündnisse zum Schutz von Frauen. Darunter zum Beispiel die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen mit Bezug auf die UN-Resolution 1325 oder Abkommen zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die den Schutz von Frauen beinhalten z.B. NEPAD (S. 50 & 53). In diesem Zusammenhang machen sie die Verwirklichung von Frauenrechten ebenfalls zur Bedingung von Demokratie und Entwicklung (S. 50). Ferner werden Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsheirat sowie der Bedarf an Rechtsschutz für Prostituierte beleuchtet (S. 38). Zuletzt bleibt wie auch im

Wahlprogramm von 1990, allerdings in geringerem Umfang, die reproduktive Selbstbestimmung der Frau ein Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit (S. 39).

Außerhalb des gesonderten Kapitels werden Frauen also im Wahlprogramm der GRÜNEN häufig als benachteiligte Betroffenenengruppe angeführt. Neben der Darstellung im Feld der Entwicklungszusammenarbeit, so zum Beispiel für Deutschland beim Thema Pflege von Angehörigen (S. 16) oder Niedriglohn- und Teilzeitarbeit (S. 10). Wie bei der Linkspartei.PDS wird auch bei den GRÜNEN das Thema Altersarmut und besonders Kinderarmut mit Frauen in Verbindung gebracht (S. 13).

Abschließend lässt sich sagen, dass das Wahlprogramm der GRÜNEN von einem recht umfangreichen Blick auf Frauenpolitik zeugt. Jene ist bei den GRÜNEN nicht auf Familienpolitik begrenzt, sondern Querschnittsthema. Der Blick auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft bleibt bei den GRÜNEN ein normativer. Die Diskriminierung des weiblichen Geschlechts wird in diesem Zuge zum Beispiel in Verbindung gebracht mit der Verletzung von Menschenrechten und einer defizitären Demokratie. Wie die Rhetorik der Linkspartei.PDS, ist auch die Sprache der GRÜNEN im Vergleich zu 1990 weniger konfrontativ, wenn sie auch anklagend geblieben ist. Es mangelt im Vergleich außerdem an Schuldzuweisungen, die Ursache der Ungleichheit wird weitestgehend nicht thematisiert.

Die große Neuerung im Vergleich zu 1990 ist, dass Gleichstellung im Wahlprogramm der Partei nicht mehr ausschließlich an Frauen gerichtet ist. Männer werden zunehmend in den Blick genommen, wenn es bei den GRÜNEN um die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit geht. Die Verwendung eines neuen Begriffes – Geschlechtergerechtigkeit ersetzt hier Feminismus bzw. Feminisierung – hat eine Änderung der Deutungsmuster zur Folge. Beiden Geschlechtern widerfährt Unrecht, so liest sich das Wahlprogramm, wenn auch deutlich gemacht wird, dass Frauen von einer deutlich stärkeren Benachteiligung betroffen sind. Sie sprechen nicht mehr vom frauenzentrierten Begriff des Feminismus und nehmen Abstand zur Darstellung von Männern als Tätern und dem Patriarchat als Feindbild. Diese Programmatik

steht somit konträr zu jener von 1990. DIE GRÜNEN stellen hier ein neues Narrativ vor, einen anderen Diskurs, der über das Wahlprogramm in die Debatte eingebracht wird und in den Wettstreit um die Deutungshoheit eintritt.

6.2.3 Wahlprogramm SPD 2005

Unter dem Titel „Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD.“ veröffentlicht die Partei ihr Programm zu den Neuwahlen, in denen sie um die Erneuerung des Vertrauens der Bürger*innen in die Partei als Regierungskraft werben. Zu ihrem Ziel- und Maßnahmenkatalog gehört gemäß des Inhaltsverzeichnisses auch die Gleichstellung von Männern und Frauen in Gesellschaft und Beruf (S. 2). Über die Verwendung der weiblichen und männlichen Wortform integrieren die SPD im darauffolgenden Text bei gegebenem Anlass beide Geschlechter.

Wie im Wahlprogramm der GRÜNEN (2005, S. 37) wird auch bei der SPD dafür geworben, das Berufswahlspektrum von Frauen zu erweitern und sie für technische und naturwissenschaftliche Studiengänge begeistern zu wollen (S. 22). Gemeinsamkeiten mit dem ehemaligen Koalitionspartner finden sich auch bei der Ansicht, dass Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe sei und beim Plädoyer für Gender-Mainstreaming (S. 29). Die SPD tritt zudem für eine institutionelle Verankerung der Gleichstellungsbemühungen ein, sowohl auf politischer als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene (S. 29).

Das eigens der Gleichstellung gewidmete Kapitel befasst sich vor allem mit Forderungen, die in Zusammenhang mit Arbeit im weiteren Sinne stehen. Thematisiert wird die Berufswahl von Frauen, eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus wird die Verwirklichung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ versprochen, Frauen sollen einen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen erhalten und mit Weiterbildungen gefördert werden. Bezug zu diesem Thema nehmen auch die Forderungen nach einer geschlechtergerechten Ausgestaltung des Arbeitslosengeld II oder Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsschutz für jene arbeitslose Frauen, die diese Leistung nicht empfangen (S. 29-30).

Enthalten im Kapitel ist außerdem die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution (S. 30), Aktionspunkte, die sämtliche Wahlprogramme des Jahres 2005 zu prägen scheinen.

Auch die SPD blickt über die nationale Politik hinaus und nimmt Bezug auf europäische Einigungen (S. 29, S. 30), wie dies in größerem Umfang auch DIE GRÜNEN taten. Dazu nimmt sie im Rahmen ihrer europapolitischen Entwürfe noch einmal dezidiert Stellung, als sie hervorhebt: „Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern, das soll in ganz Europa gelten“ (S. 40). Beim Thema Integration nimmt die SPD besonders Frauen ausländischer Herkunft in den Blick, denen sie mit gezielten Maßnahmen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen will (S. 33).

Zu den Maßnahmen für eine familienfreundlichere Politik, zählt die SPD politische Vorhaben, wie Elterngeld, das es Vätern erleichtern soll Elternzeit in Anspruch zu nehmen und den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen. Beide sollen der Erwerbstätigkeit von Frauen zuträglich sein (S. 31). Monitoring und Informationsbeschaffung sind indes weitere Maßnahmen, die die SPD zur Verwirklichung von Gleichstellung anstrebt (S. 30).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Gleichstellungspolitik kein Bereich ist, in dem der SPD eine starke Abgrenzung zu den Forderungen anderer Parteien auf dem linken Spektrum wichtig zu sein scheint. Die Entwürfe ähneln denen der GRÜNEN. Inhaltlich hat die SPD ihren Standpunkt zur Gleichstellung im Vergleich zu ihrem Programm von 1990 jedoch stark erweitert. Während das Thema 1990 lediglich unter den Bereichen Familien- und Arbeitsmarktpolitik Erwähnung fand, ist es in 2005 zum eigenen Kapitel erweitert worden. Auch wenn der Schwerpunkt weiter auf dem Thema Frauen und Beruf liegt, setzte die SPD in ihrem Programm fest, dass sie Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema sieht. Auch begrifflich hat ein Wandel stattgefunden über die 15 Jahre. Während neben „Gleichstellung“ vor allem „Gleichberechtigung“ in 1990 wichtige Stichworte in Bezug auf die Stellung der Frau waren, sind es 2005 „Gleichstellung“ und

„Geschlechtergerechtigkeit“. Der neue Begriff ist normativ aufgeladener und fordert ein Eingreifen. In ihrem Maßnahmenkatalog geht es hauptsächlich um praktische Möglichkeiten Gleichstellung umzusetzen.

6.2.4 Wahlprogramm FDP 2005

„Arbeit hat Vorfahrt“ titelt die FDP im Wahljahr 2005 und bestätigt Arbeitslosigkeit als zentrales Wahlkampfthema. Gleich in der Präambel ihres Wahlprogramms kritisiert die FDP, „[d]ie anderen Parteien greifen zu sehr in das Leben der Menschen ein, weil sie sich anmaßen zu wissen, was das Beste für die Bürger ist“ (S. 1) und schließt, dass die Politik sich in Zukunft stattdessen darauf beschränken müsse, die Rahmenbedingungen für das Miteinander zu schaffen (S. 1). Das prägt auch die Rolle, die die FDP der Politik in Sachen Gleichstellung zuteilt, wie im Folgenden sichtbar werden soll.

Dezidiert spricht die FDP Frauen zum Beispiel im Zusammenhang mit Bildung und Innovation an, wo die Partei deutlich macht, dass sie hohe Produktivität und Innovation unter anderem auch über die konsequente Einbindung der Fähigkeiten und Potentiale von Frauen in der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erreichen wolle (S. 22). Ein Aspekt, der in ähnlicher Form auch in den Wahlprogrammen von GRÜNEN und SPD vorkam. Auch die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit taucht bei der FDP in Verbindung mit Frauen auf. Augenmerk verdient hier die Verwendung von *Arbeit* bei beiden Begriffen, was dafür sorgt, dass die zwei Sphären gleichwertiger erscheinen. Als Benachteiligte der derzeitigen Lage sieht die Partei jedoch Männer ebenso wie Frauen (S. 33, S. 35) – und macht dabei kaum einen Unterschied zwischen den Geschlechtern, wie die anderen Parteien. Weiter spricht sich die FDP gegen die Steuerklasse V aus, die meistens verheiratete Frauen wegen ihres niedrigeren Nettolohnes demotivieren würde (S. 34). Im Gegenteil zur Linkspartei.PDS, die das Ehegatten-Splitting gänzlich abschaffen möchte (2005, S. 16), argumentiert die FDP nicht nur aus der Perspektive der Gleichberechtigung, sondern beschreibt auch wirtschaftliche Motive, wie den Fachkräftemangel (S. 34).

Ein Motiv, das sich im Wahlprogramm der FDP immer wieder findet, wenn Gleichstellung thematisiert wird, ist, dass die FDP darauf zu achten scheint,

dass Gleichstellung nie Selbstzweck ist, sondern auch einem weiteren Ziel dient, zum Beispiel erhöhte wirtschaftliche Produktivität oder Bildung. So zum Beispiel auch in folgendem Ausschnitt sichtbar, wenn die FDP bekräftigt: „Wir wollen eine Gesellschaft, die es in allen Bereichen jeder Frau ermöglicht, ihr Leben mit gleichen Chancen zu gestalten“ (S. 35). Und dann im folgenden Satz anschließt, „Liberale Frauenpolitik baut auf die Qualifikationen, Stärken und die Leistungsbereitschaft von Frauen“ (S. 35). Sie fügt hinzu, dass Gleichberechtigung einen gesellschaftlichen Wandel des Rollenverständnisses von Männern und Frauen sowie die stärkere Wertschätzung und Integration weiblicher Potentiale in Wirtschaft und Gesellschaft bedürfe (S. 35). Die FDP argumentiert hier für die Vorteile von Gleichberechtigung bzw. Chancengleichheit unter ökonomischen Aspekten. Damit unterscheidet sich die Partei deutlich von den normativen geprägten Forderungen im Jahr 2005 seitens GRÜNE, SPD und Linkspartei.PDS, aber auch von der eigenen Argumentation im Jahr 1990. Gemeinsamkeiten zu SPD und GRÜNEN finden sich in der Forderung nach Gender-Mainstreaming und dem Wahrnehmen der Aufgabe als Querschnittspolitik. Zentrale Handlungsfelder sieht die FDP in Bildungspolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie Familienpolitik. Dass die FDP immer wieder von Chancen spricht, passt zu ihrem Wahlprogramm von 1990. Auch dort verstand die Partei Gleichstellung als Aufgabe, Chancengleichheit herzustellen und damit Startgleichheit für beide Geschlechter.

Noch ein weiteres Thema findet sich bei der FDP, dass auch bei GRÜNEN und SPD angesprochen wurde, allerdings von einer anderen politischen Warte aus. Die FDP macht auf Integrationsprobleme aufmerksam, spricht von Kriminalität und religiöser Intoleranz und mahnt weiter, dass Religionsfreiheit nicht als Vorwand zur Unterdrückung von Frauen oder Zwangsheirat dienen dürfe (S. 39). Frauen tauchen in diesem Zusammenhang als Opfergruppe auf.

In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2005 misst die FDP, betrachtet man den Umfang, Gleichstellung weniger Bedeutung bei als 1990, obwohl sie inhaltlich betont, das Thema als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen. Auch die Art wie über Gleichstellung gesprochen wird hat sich verändert. Die FDP ist dazu übergegangen unter ökonomischen Aspekten für Chancengleichheit zu

argumentieren und verleiht der Forderung nach Gleichstellung damit weniger einen normativen Charakter als einen opportunistischen. Begrifflich bleibt sich die Partei weitestgehend treu. Gleichstellung ist für die Chancengleichheit, die Herstellung von gleichen Ausgangschancen für Frauen und Männer.

6.2.5 Wahlprogramm CDU/CSU 2005

Mit ihrem Wahlprogramm bzw. Regierungsprogramm, wie die Parteien es nennen, unter dem Titel „Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit“ vom Jahr 2005, bilden CDU/CSU erneut das Schlusslicht in Bezug auf den Umfang der Behandlung von Gleichstellungspolitik. Mit ihren Inhalten beweisen die Parteien insofern Kontinuität, als dass sie auch in diesem Wahlprogramm kaum auf die spezifischen Belange von Frauen eingehen. Frauen werden im gesamten Wahlprogramm dreimal explizit erwähnt.

CDU/CSU wolle Gleichstellung von Frauen in der Berufswelt und knüpft diese an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (S. 15). Familienfreundliche Unternehmensstrukturen sind hier das zentrale Stichwort. Es betont, dass Frauen in der Arbeitspolitik von CDU/CSU vornehmlich als Mütter wahrgenommen werden. Man spricht sich hier dafür aus, die Rolle der Frau als Mutter vereinbar zu machen, mit jener als Erwerbstätige. Die Herausforderungen kinderloser Frauen werden nicht behandelt. Des Weiteren werden Frauen in Zusammenhang mit Zwangsprostitution genannt. Man wolle sie besser vor Menschenhandel schützen, schreiben CDU/CSU (S. 32). Zuletzt widmet sich das Wahlprogramm Mädchen und Frauen, die in Deutschland dem muslimischen Kulturkreis angehören. Ihre Menschenrechte wolle die CDU/CSU fördern und schützen (S. 34). Hier wird insbesondere Bezug genommen auf die Zwangsheirat. Abgesehen von dieser stigmatisierenden Darstellung der muslimischen Glaubens- und Kulturgemeinschaft, werden Mädchen und Frauen im Wahlprogramm von CDU/CSU ausschließlich als Stereotyp der Sexual- und Ehepartnerin sowie der Mutter repräsentiert. Die Art, wie die politischen Forderungen für Frauen vorgebracht werden, wirken objektivierend und beschränken die Politik der Partei für Frauen auf ein sehr kleines Feld. Es werden überwiegend Opfergruppen dargestellt. Im Vergleich zu den Wahlprogrammen der anderen Parteien fehlt maßgeblich die

gesamtgesellschaftliche Betrachtung der Lage der Frauen. Die Relevanz des Themengebietes ist für die CDU/CSU offensichtlich gering.

Aus dem Wahlprogramm der CDU/CSU lässt sich ein Schluss über das politisch relevante Mindestmaß ziehen, das in Bezug auf Frauenpolitik als erforderlich zu gelten scheint. Keine Partei lässt die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unerwähnt, was zu dem Schluss verleitet, dass diese politische Forderung in den Wahlprogrammen zum guten Ton gehört – 2005 ebenso wie 1990. Diese Erkenntnis gibt allerdings auch einen Hinweis darauf, dass in jeder Hinsicht wenig Fortschritt erreicht zu sein scheint, wenn das Thema nach 15 Jahren immer noch politisch relevant ist.

6.2.6 Fazit zu den Wahlprogrammen 2005

Auch im Jahr 2005 bleibt Gleichstellungspolitik ein fester Bestandteil in allen Wahlprogrammen. Keine Partei zweifelt an, dass Gleichstellung nötig ist. Als kleinster gemeinsamer Nenner ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu identifizieren, für die alle Parteien eintreten – das war jedoch bereits 1990 so. Dass die politischen Werte von SPD und GRÜNEN in Folge ihrer Regierungszeit auf die Wahlprogramme eingewirkt haben, lässt sich kaum feststellen. Die einzelnen Wahlprogramme unterscheiden sich stark im Umfang, den sie dem Thema Gleichstellung widmen und auch im Anwendungsgebiet des Begriffes.

Der Raum, den Gleichstellung noch im Jahr 1990 bei einigen Parteien eingenommen hat ist im Jahr 2005 deutlich zurückgegangen. Die LINKE LISTE/PDS, die 1990 deutlich feministisch geprägt war und das Frauen benachteiligende gesellschaftliche System anprangerte, schlägt 2005 als Linkspartei.PDS deutlich ruhigere Töne an und äußert sich kaum noch zur Stellung der Frau. Obwohl der Umfang des Themas bei den GRÜNEN etwa gleichgeblieben ist, hat sich doch die Sprache deutlich verändert. Es lässt sich eine Mäßigung am äußeren politisch linken Parteienspektrum feststellen. SPD, GRÜNE und die Linkspartei.PDS sprechen in ihren Wahlprogrammen 2005 alle von „Geschlechtergerechtigkeit“ und verfolgen damit einen weniger konfrontativen und stärker integrativen Argumentationsstil. Bis auf CDU/CSU nehmen auch alle Parteien Gleichstellung als Querschnittsthema war, wenn

sich das auch nicht immer in der Vielfalt ihrer Frauenbilder und politischen Forderungen niederschlägt. Die CDU/CSU bildet das Schlusslicht in Bezug auf den inhaltlichen und begrifflichen Umfang von Gleichstellung und decken das Thema über insgesamt drei Nennungen von Frauen ab.

6.3 Programme zur Bundestagswahl 2017

Im Wahljahr 2017 ist Angela Merkel seit zwölf Jahren die erste Bundeskanzlerin Deutschlands. Die große Koalition aus Union und SPD bildeten seit der letzten analysierten Wahl die Regierung, unterbrochen von 2009 bis 2013 als CDU und CSU mit der FDP koalitierten. Im Jahr hat 2007 hat sich außerdem DIE LINKE formiert, die aus der Verschmelzung einer SPD-Abspaltung und der Linkspartei.PDS entstanden ist.

6.3.1 Wahlprogramm DIE LINKE 2017

„Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.“ nennt DIE LINKE ihr Wahlprogramm, mit dem sie 2017 in den Wahlkampf tritt. Zunächst fällt auf, dass der Begriff „Feminismus“ im Jahr 2017 zurück ins Wahlprogramm der LINKEN kehrt, wenn auch nur als Kapitelüberschrift. Gleichstellung ist der zentrale Begriff, der bei der LINKEN Verwendung findet, Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung werden nachrangig verwendet. Bereits im Inhaltsverzeichnis plädiert die Partei in einer ihrer Kapitelüberschriften für einen linken Feminismus, zu dem für sie soziale Gerechtigkeit, ebenso wie sexuelle Selbstbestimmung und der Einsatz gegen Gewalt gehöre (S. 2). Hier lassen sich gleich eingangs Parallelen zu den Inhalten der Programmatik von 1990 feststellen, die sich auch durch den weiteren Verlauf des Wahlprogrammes ziehen. Die Relevanz von Gleichstellung, die im Jahr 2005 sehr gering erschien, kehrt im Jahr 2017 zu der Stärke zurück, die sie im Wahlprogramm von 1990 hatte. Zu den zentralen Themen, die DIE LINKE in Zusammenhang mit Gleichstellung setzt, gehört die besondere Lage der Frauen in der Arbeitswelt sowie die Folgen für Einkommen und Altersvorsorge, die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen, aber auch Maßnahmen zum Schutz gegen Gewalt an Frauen. Neu hinzu gekommen ist, dass DIE LINKE vor der

wachsenden Bedrohung durch internationale und nationale rechtspopulistische Kräfte und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter warnt.

Das Kapitel unter dem Titel „Für einen linken Feminismus – sozial gerecht, sexuell selbstbestimmt und aktiv gegen Gewalt“ lässt erneut sprachliche und inhaltliche Gemeinsamkeiten mit dem Wahlprogramm von 1990 erkennen und widmet sich in einem sehr langen Statement dem Thema Gleichstellung (S. 71). Die Partei macht zum Beispiel wie 1990 Referenzen zur Frauenbewegung. Jenen „feministischen Bewegungen“ schreibt sie zu, Fortschritte erkämpft und so ihren Beitrag zur Veränderung stereotyper Rollenbilder geleistet zu haben (S. 71). In diesem Zusammenhang verweist DIE LINKE insbesondere darauf, dass nun mehr Frauen erwerbstätig seien als in der Generation davor (S. 71). Die Parallelen zum Programm von 1990 ziehen sich fort, als DIE LINKE klarstellt, „[d]och die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet“ (S. 71). Mit dieser Ausdrucksweise knüpft sie unmittelbar an ihr Wahlprogramm 27 Jahre zuvor an, als sie versprach zur Entstehung einer stärkeren linken, radikaldemokratischen, ökologischen und feministischen Kraft beitragen zu wollen und für die Überwindung des Patriarchats zu kämpfen (Linke Liste/PDS, 1990, S. 4). Letztlich taucht auch der Begriff des „Patriarchats“ wieder auf, als DIE LINKE beklagt, dass der Kampf gegen den Sexismus auf erbitterten Widerstand von den Verteidigern des Patriarchats trafe (S. 71).

Die Problematisierung der Diskriminierung von Frauen legt DIE LINKE gesamtgesellschaftlich an und bezieht sie auf Frauen in verschiedenen Lebenslagen. Angesprochen werden hier u.a. die schlechtere Bezahlung von Frauen, die ungleich verteilte Übernahme von Haus- und Pflegearbeit zulasten von Frauen sowie geringere Karrierechancen, Sexismus und Gewalt (S. 71). Des Weiteren spricht DIE LINKE von einem Kulturkampf von rechts, der die Forderungen nach Gleichstellung und die bisherigen Errungenschaften bedrohe (S. 71). Die Partei verurteilt das heteronormative Familienbild, das von rechts gefördert würde sowie das reaktionäre Weltbild der Rechtspopulisten, die den Feminismus verklären würden (S. 71). Angriffe auf die Rechte von Frauen thematisiert DIE LINKE auch an anderen Stellen. Bereits in der Einleitung warnt die Partei zum Beispiel, dass Frauenfeindlichkeit in Europa und den USA

angeheizt werden würde durch rechte und autoritäre Populisten (S. 5). Damit geht DIE LINKE unmittelbar auf den Wettstreit um die Deutungshoheit im gesellschaftlichen Diskurs ein und die Konkurrenz um die Prägung der Semantik von Begriffen. Rechtspopulistische Argumentationen und Aussagen werden als Bedrohung begriffen, die ernste Konsequenzen für die Stellung von Frauen nach sich ziehen können (S. 71). Aber auch konservative Politik und Werte sieht DIE LINKE als Herausforderung für den Fortschritt zur Gleichstellung. Die Stellung der Frau erscheint in diesem Zusammenhang als umkämpft und keineswegs gesichert. DIE LINKE positioniert sich dem gegenüber, indem sie für einen solidarischen und freiheitlich-emanzipatorischen Entwurf einer Gesellschaft einstehe, in der alle selbstbestimmt leben (S. 71). Auch hier wieder eine Anerkennung des Verständnisses, dass Konkurrenz um Gesellschaftsentwürfe herrscht und eine Kultur keinesfalls als gegeben angesehen wird. Abschließend ist ein deutlicher Unterschied zum Wahlprogramm 1990 zu vermerken, denn DIE LINKE verzichtet 2017 auf die sprachliche Konfrontation mit der Schuld der Männer und hat stattdessen rechte und konservative Akteure als Feindbild.

Auch im Wahlprogramm 2017 gehen die Forderungen der LINKEN über die Umsetzung einzelner Maßnahmen zur Gleichstellung hinaus. DIE LINKE hält eine „[...] revolutionäre Veränderung der Gesellschaft [...]“ für erforderlich und übt in diesem Zusammenhang scharfe Kapitalismuskritik (S. 71). So zum Beispiel, wenn die Partei urteilt, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf allein als Selbstzweck nicht reiche, wenn es Frauen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit treibe, oder wenn DIE LINKE Solidarität statt Wettkampf und Konkurrenz fordert (S. 71). Linker Feminismus, so definiert DIE LINKE, sei Geschlechtergerechtigkeit und damit Emanzipation für die ganze Gesellschaft und nicht der Erfolg einzelner Frauen, denen es gelinge, sich gegen die Männerdominanz durchzuschlagen (S. 71). Über diese Passagen zeigt sich deutlich die konfrontative Rhetorik der LINKEN, die an die Formulierungen der LINKEN LISTE/PDS erinnert. Gleichzeitig unterbreitet die Partei in diesem Abschnitt eine integrative und egalitäre Gesinnung, die alle Lebensentwürfe, sexuellen Orientierungen und die diversen Geschlechteridentitäten umfassen möchte (S. 71).

Verschiedene Forderungen nach Gleichstellung und Hinweise auf die Benachteiligung von Frauen durchziehen das gesamte Wahlprogramm. In der Arbeitswelt macht DIE LINKE darauf aufmerksam, dass Frauen häufiger von unfreiwilliger Teilzeitarbeit oder Niedriglohnjobs (speziell in Pflegeberufen) betroffen seien und spricht von Lohndiskriminierung gegenüber Frauen, der sie z.B. über ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz entgegenwirken möchte (S. 13). Des Weiteren weist DIE LINKE darauf hin, dass unbezahlte Arbeit, wie die Pflege von Angehörigen oder Kinderbetreuung, überwiegend auf Frauen lastet, was auszugleichen sei (S. 13-14). Auch die daraus resultierende Bedrohung von Frauen durch Altersarmut wird von der LINKEN mehrfach angesprochen (S. S. 12, S. 20, S. 21, S. 73). Zu den Lösungsvorschlägen zählen zum Beispiel ein beitragsfreies Ganztags-Kinderbetreuungsangebot für alle (S. 27), die bessere Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der Rente, Anhebung des Pflegemindestlohns, Entgelttransparenz und eine fünfzigprozentige Quote auf allen Karriereebenen (S. 50). In diesem Zusammenhang plädiert sie für die gesellschaftliche Anerkennung eben jenes Einsatzes sowie die Neuverteilung von Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern (S. 73). DIE LINKE ist weiterhin gegen das Ehegattensplitting und für eine Anpassung der Rechtslage an verschiedenste Familienformen (S. 73). Dem Schutz vor Gewalt widmet DIE LINKE zahlreiche Forderungen, die sich sowohl auf die Lage der Frauen im Inland (S. 27) als auch Ausland beziehen, einbezogen werden ebenfalls geflüchtete Frauen (S. 75). Weiter ist DIE LINKE für die Streichung der §§ 218 und 219, kostenfreie Verhütung sowie für die kostenfreie Zurverfügungstellung von Frauenhygieneprodukten und den Schutz von Prostituierten; Forderungen, die sie stärker von anderen Parteien abgrenzen (S. 74-75). Außerdem sticht DIE LINKE mit ihrer Stellungnahme zur Unterrepräsentation von Frauen in der Politik deutlich hervor, da diese sonst vergleichsweise selten thematisiert wird (z.B. auch FDP, 1990, S. 68).

Während die Gleichstellung der Geschlechter im Wahlprogramm 2005 auf ein Minimum geschrumpft war, zeugt das Programm zur Bundestagswahl 2017 von einer Rückkehr zu den im Wahlprogramm 1990 vertretenen Werten und der Relevanz, der Gleichstellung beigemessen wurde. Das Wahlprogramm

beschäftigt sich mit den verschiedenen Lebenssituationen und –abschnitten von Frauen und widmet sich so einem umfassenderen Blick auf die Erfordernisse der Gleichstellung. So stellt die Partei dezidiert die geschlechterspezifischen Herausforderungen vieler Frauen heraus. In der Konsequenz durchzieht die Stellung von Frauen das gesamte Wahlprogramm und kommt immer wieder auch außerhalb des eignen Kapitels zur Sprache. Es lässt sich im Zuge dessen beobachten, dass der Gleichstellungsbegriff der LINKEN egalitärer wird. DIE LINKE stehe für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik (S. 26, S. 73), teilt sie über ihr Wahlprogramm mit, und verdeutlicht im Kontext, dass dieses Familienbild verschiedenste Familienformen einbezieht. Das männliche Geschlecht wird im Verhältnis dazu nicht länger als schuldiges dargestellt, sondern in die Gleichstellungsentwürfe einbezogen. So stellt DIE LINKE fest, „[e]galitäre Rollenvorstellungen in Familien sind weiterhin verbreitet“ (S. 65).

Der Geschlechtsbegriff beginnt sich außerdem zu wandeln. Auch wenn das Hauptaugenmerk weiterhin auf den Unterschieden zwischen Mann und Frau liegt, positioniert sich DIE LINKE doch deutlich für Vielfalt und unterschiedlichste Geschlechtsidentitäten (S. 73). Sie stellt fest, „Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden“ (S. 76). Abschließend lässt sich festhalten, dass neben dieser progressiven Erweiterung des Geschlechtsverständnisses auch die Bedrohung der Gleichstellung durch rechtspopulistische Kräfte, aber auch durch konservative Politik und Werte thematisiert wird. DIE LINKE verdeutlicht, dass die Partei sich im Kampf um Deutungsmuster und damit verbundene Angriffe auf Frauenrechte oder Fortschritte in der Gleichberechtigung sieht.

6.3.2 Wahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2017

Im Wahljahr 2017 stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr Programm vor unter dem Titel „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Das gesamte Wahlprogramm der GRÜNEN ist durchzogen von der Erwähnung der speziellen Bedürfnisse und Benachteiligungen von Frauen sowie entsprechenden Forderungen. Ihr Blick wird dabei zunehmend auch intersektional, z.B. wenn die Partei auf die doppelte Benachteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund aufmerksam

macht (S. 129). Im Jahr 2017 beschäftigen sich DIE GRÜNEN am umfangreichsten von allen Parteien mit Frauen. Inhaltlich und sprachlich lassen sich Parallelen mit den Wahlprogrammen von 1990 ebenso wie 2005 ziehen. DIE GRÜNEN beweisen eine hohe Kohärenz, was ihre Rhetorik zur Gleichstellung betrifft ebenso wie die Relevanz, die sie dem Thema in ihren Wahlprogrammen, gemessen an Umfang und Tiefe, beimessen.

„Wir machen immer und überall feministische Politik“ erklären DIE GRÜNEN in ihrem Kapitel zu Selbstbestimmung und Gleichberechtigung (S. 128). Frauen werden im Titel nicht mehr dezidiert herausgestellt, was für eine zunehmend egalitärere Sicht auf die Thematik spricht. Eingeleitet wird das Kapitel mit der Konstruktion einer Parteihistorie, die geprägt sei von Feminismus und Frauen, die ihre Rechte durchsetzen (S. 128). Mit den Männern zusammen oder gegen sie, wenn nötig, habe die Partei Themen vorangebracht, berichten an dieser Stelle DIE GRÜNEN und stellen Frauen als unaufhaltsame Kraft vor (S. 128). Sie stärken außerdem das Frauenbild, indem sie vorbringen, dass Frauen sehr gut ausgebildet seien und selbstbewusst ihren Platz in vielen Bereichen des Zusammenlebens beanspruchen würden (S. 128). Als Bedrohung dieser Entwicklung sehen DIE GRÜNEN rechtsnationale Kräfte, die sie vom Ausland ebenso wie vom Inland ausgehend beschreiben und die beide Geschlechter in traditionelle Rollenbilder zurückdrängen wolle (S. 128). Entlang dieser Konfliktlinien bauen DIE GRÜNEN ihre sprachliche Front, indem sie ausrufen, dass sie „[...]diesen alten und neuen Frauenfeind*innen keinen Millimeter nachgeben [wollen]“ (S. 128). Auch hier finden sich wieder Parallelen zur DIE LINKE und die Beschreibung eines Konfliktes um die Deutungshoheit über den Gleichstellungsbegriff. Die Partei sieht sich im Kampf und stellt eine bedrohliche Gegnerschaft vor, die sich gegen die Gleichstellung von Frauen einsetzt (vgl. S. 131). Wofür sie sich einsetze sei Selbstbestimmung, ein freiheitlicher Begriff, der zum zentralen Vokabular der GRÜNEN gehört und nicht nur, aber auch im Zusammenhang mit Frauenrechten verstärkt Verwendung findet.

DIE GRÜNEN beschreiben ähnlich wie DIE LINKE, einen Wertewandel in der Gesellschaft und führen an, „Frauen und Männer wünschen sich, Aufgaben im Beruf und zu Hause partnerschaftlich zu teilen“ (S. 130). Sie nehmen hier eine

Bewertung der Einstellungen in der Bevölkerung vor und vermitteln, dass die derzeitige Lage nicht den Vorstellungen und Wünschen der Bürger entspricht bzw. es ihnen nicht ermöglicht, sich Aufgaben so zu teilen, wie sie es sich wünschen. DIE GRÜNEN bringen zunächst einmal eine vermeintliche (da keine Belege angeführt werden) Mehrheit hinter sich und inszenieren sich damit als Sprachrohr für das vorherrschende Meinungsbild.

Im Wahlprogramm der GRÜNEN werden Frauen im Bereich der Außenpolitik vor allem als schwer betroffene Opfergruppe im Hinblick auf Umweltverschmutzung (S. 15), Kriege (S. 85) oder Ernährungssouveränität genannt (S. 92). Frauen werden im internationalen Feld immer als schutzbedürftig aufgeführt, aber auch herausgestellt, wenn es um Krisenprävention und Konfliktbewältigung geht (S. 85). Auch beim Thema Flucht werden neben Kindern und Kranken auch Frauen als besonders verletzte Gruppe mit speziellen Bedürfnissen in den Blick genommen, sowohl mit Bezug auf das Asylrecht als auch auf Integration (S. 100, S. 108). Ins Zentrum ihrer internationalen Politik stelle die Partei daher die Durchsetzung von Menschenrechten und hebt in diesem Zusammenhang besonders Frauenrechte hervor (S. 80).

Im Bereich der Arbeitswelt treten DIE GRÜNEN besonders für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen in allen Lebensphasen ein und distanzieren sich damit ganz deutlich vom konservativen Rollenbild (S. 129). Ähnlich wie DIE LINKE thematisieren auch DIE GRÜNEN die ungleiche Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, sowie die durchschnittliche schlechtere Bezahlung von Frauen. Darüber hinaus beklagen sie, dass Chancen, Macht, Geld und Zeit noch immer ungerecht verteilt seien. Das hat inhaltlich zwar starke Ähnlichkeit zu den Forderungen der LINKEN, z.B. im Hinblick auf die Ablehnung des Ehegatten-Splittings, die Forderung eines Entgeltgleichheitsgesetzes oder den Vorschlag auch Minijobs sozialversicherungspflichtig zu machen – weist aber sprachlich eine andere Konnotation auf. Bei den GRÜNEN werden Frauen in diesem Zusammenhang zwar als Benachteiligte, weniger aber als Opfer, sondern als aktive Gruppe dargestellt, die „[...] selbstbewusst und selbstverständlich ihren Platz in vielen

Bereichen unseres Zusammenlebens [beansprucht]“ (S. 128). Letzteres Zitat ist auch ein Beispiel für den Spagat, den die GRÜNEN immer wieder zu meistern versuchen, wenn sie einerseits die Benachteiligungen von Frauen anprangern, ohne diese andererseits als Opfer darstellen zu wollen. Auch die deutliche Zielsetzung, Unabhängigkeit und ein freies Leben für Frauen zu erreichen, ist begleitet von einem aktiven konstruktiven Charakter, den die GRÜNEN Frauen zuschreiben möchten.

Gemeinsam mit dem Wahlprogramm der LINKEN haben DIE GRÜNEN auch die Thematisierung von unbezahlter Sorgearbeit, vor allem von Frauen geleistet, die hier als „unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstandes“ bezeichnet wird (S. 44). DIE GRÜNEN setzen sich kommunikativ für eine Aufwertung der gesellschaftlichen Anerkennung für diese Form der Arbeit ein. Beobachtbar bei den Programmen beider Parteien ist der Versuch, sich der Gleichstellung von zwei Seiten zu nähern. Einerseits darüber, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Lebensbereichen zu fordern, indem z.B. der Zugang zum und Aufstieg im Beruf erleichtert werden soll. Andererseits finden Bemühungen statt, die Sphären, die noch immer überwiegend mit Frauen in Verbindung gebracht werden, aufzuwerten. Das betrifft zum Beispiel die Forderung nach mehr Anerkennung für die Pflege und Sorge für Angehörige und die Arbeit im Haushalt, die beide Parteien nun als „unbezahlte Arbeit“ bezeichnen und damit einen Versuch unternehmen, nicht nur die Bezeichnung, sondern auch die Bedeutung zu verändern. Man könnte diese Umdeutung als Versuch verstehen, eine Annäherung an die gesellschaftlich anerkannte bezahlte Arbeit vorzunehmen. Man könnte es auch als berechnenden Versuch interpretieren, dadurch nicht nur die Stellung der Frauen und ihrer Tätigkeiten zu stärken, sondern diese Aufgaben auch für Männer attraktiver erscheinen zu lassen.

Ein wichtiges Thema, wie auch bei den LINKEN, ist bei den GRÜNEN der Schutz von Frauen vor Sexismus und Gewalt (S. 131). Die Themen wurden im Vergleich zu 1990 und 2005 schon immer prominent behandelt und erhalten in 2017 eine zusätzliche Erweiterung des Umfangs. DIE GRÜNEN heben die Bedrohung für Frauen stark hervor, indem sie darauf hinweisen, dass die

meisten Täter*innen aus dem nahem Beziehungsumfeld stammen (S. 131), aber auch durch den Hinweis, dass Unbefangenheit und Angstfreiheit in der Öffentlichkeit für Frauen gesichert werden müsse (S. 132). Gewalt gegen Frauen sei noch immer ein großes gesellschaftliches Problem (S. 131). In diesem Zusammenhang wird auch noch einmal detailliert auf die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung von Frauen eingegangen. Diese beziehen sie sowohl auf ein Abtreibungsrecht als auch auf eine abgesicherte Geburtshilfe und die Ablehnung von Schönheitsidealen und Körnernormen. Mit letzterem reicht die Partei weit in einen eher privaten, sehr persönlichen Bereich, den sie zum politischen macht (S. 133).

Auch im Wahlprogramm der GRÜNEN hält sexuelle und geschlechtliche Vielfalt weiter Einzug, ähnlich wie bei der LINKEN (S. 124). Das tritt jedoch eher im Rahmen der Aufzählung von Betroffenen auf, in deren Zusammenhang Frauen und LSBTIQ* gemeinsam genannt werden. Doch (biologische) Frauen stehen weiter im Fokus, wenn es um Geschlechtergerechtigkeit geht (S. 10).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass DIE GRÜNEN mit ihrem Wahlprogramm im Jahr 2017 Kohärenz beweisen im Vergleich zu ihren Veröffentlichungen 1990 und 2005. Gleichstellung und Selbstbestimmung sind die zentralen Begriffe, die in Zusammenhang mit Frauen verwendet werden. Inhaltlich lassen sich starke Parallelen zum Wahlprogramm der LINKEN feststellen, die ganz ähnliche politische Forderungen stellt. Die Wahrnehmung einer rechtspopulistischen Bedrohung hält auch im Wahlprogramm der GRÜNEN Einzug und veranlasst die Partei weiter zu einer kämpferischen Sprache. Nun sieht sie sich jedoch mehr im Widerstand gegen politische Kräfte als das Patriarchat. Zu den prominenten Themen in Zusammenhang mit Frauen gehören für DIE GRÜNEN die Benachteiligung von Frauen im Hinblick auf bezahlte und unbezahlte Arbeit, der Schutz vor Gewalt und auch zunehmend die speziellen Bedürfnisse von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit. Auch wenn DIE GRÜNEN für Vielfalt eintreten und das Thema Gleichstellung im Titel nicht mehr allein mit Frauen verknüpfen, dreht sich die Gleichstellung der Geschlechter weiter um ein binäres Geschlechtsmodell.

6.3.3 Wahlprogramm SPD 2017

Mit ihrem Programm für die Wahl 2017 bewirbt sich die SPD als regierungsstellende Partei und titelt „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit: Zukunft sichern, Europa stärken“. In gewohnter Manier bewegt sich die SPD auch mit ihrem Wahlprogramm 2017 wieder im Mittelfeld, wenn es um den Umfang geht, den Gleichstellung in ihrem Programm einnimmt. Auch in ihrem Wahlprogramm werden Frauen immer wieder als besonders betroffene oder unterstützungswürdige Gruppe genannt, selten aber in Verbindung mit geschlechtsspezifischen Maßnahmen. Betrachtet man die Inhaltsübersicht lässt sich noch kein Hinweis darauf finden, wie viel Platz die SPD dem Thema einräumt.

Im Bereich der Familienpolitik stellt auch die SPD fest, ebenso wie zuvor bei der LINKEN und den GRÜNEN beschrieben, „[v]iele Eltern wünschen sich, ihre Arbeit und die Kindererziehung partnerschaftlich aufteilen zu können“ (S. 5). Die SPD ist in der Interpretation dieser Feststellung jedoch deutlich zaghafter als LINKE und GRÜNE. Sie beschreibt, dass viele junge Väter gerne etwas weniger arbeiten würden, statt nach kurzer Elternzeit wieder Vollzeit in den Beruf zurückzukehren (S. 5). Mütter auf der anderen Seite würden gerne etwas mehr arbeiten, statt nach der Elternzeit in Teilzeit zurückzukehren, erklärt die SPD (S. 5). Die SPD bleibt also bei zurückhaltenden Forderungen und versteht Gleichstellung nicht unbedingt im Sinne einer *gleichen* Aufteilung, wie das bei der LINKEN und den GRÜNEN der Fall ist. Wie alle Parteien tritt auch sie für den Allgemeinplatz Kinderbetreuung ein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern (S. 34). Die SPD spricht sich weiter für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf der Führungs- und Entscheidungsebenen im Bereich Kunst und Kultur (S. 70), Wissenschaft (S. 13), bürgerschaftlichem Engagement (S. 62) und Wirtschaft (S. 24) aus. Auch bei der SPD hält das Thema Flucht Einzug. Ebenso wie DIE LINKE und DIE GRÜNEN macht die Partei auf die speziellen Bedürfnisse von geflüchteten Frauen aufmerksam und stuft sie als besonders schützenswürdig ein (S. 59). Im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik spricht sich die SPD ausdrücklich für die bedeutsame Rolle von Frauen in Friedensprozessen ebenso wie für

einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsversorgung und Schutz vor Gewalt aus (S. 88).

Unter ihrem politischen Entwurf für eine offene und moderne Gesellschaft nimmt die SPD auch Stellung zu Gleichberechtigung und Gleichstellung. Ähnlich wie DIE GRÜNEN beziehen auch sie sich auf eine lange Parteigeschichte des Einsatzes für Frauen. Seit mehr als 150 Jahren sei die Gleichstellung von Frauen und Männern ein zentrales Ziel der Politik der SPD, schreiben sie hier (S. 63). Spannend ist besonders, wie die SPD im Folgenden zwei konträre Aussagen trifft. Zunächst gibt sie an, dass eine moderne Gleichstellungspolitik eng verbunden sei mit guter Politik für Familien (S. 63), um dann wenige Sätze später Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe zu deklarieren, die alle politische und gesellschaftliche Bereiche durchziehen müsse (S. 63). Vielleicht lässt sich hierin eine Ursache dafür finden, dass die Maßnahmen der SPD zuweilen etwas technisch steif wirken und wenig auf die Ursachen der Diskriminierung oder geschlechterspezifischen Herausforderungen eingehen. In dieses Muster passt auch das Versprechen zu einem Aktionsplan Gleichstellung, mit dem die SPD initiieren wolle, dass die Gleichstellung systematisch überwacht und die Politik adäquat beraten werde (S. 63). Die SPD schlägt im Folgenden vielfach institutionelle und behördliche Maßnahmen vor, um der Diskriminierung von Frauen zu begegnen. So zum Beispiel, wenn sie fordert, eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene zu errichten, die die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwachen soll oder die Formulierung einer Gesamtstrategie für Frauen in Führungspositionen sowie einen dritten Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (S. 64). Inhaltlich ähneln sich die Forderungen stark zu jenen von der LINKEN und den GRÜNEN. So zum Beispiel die schrittweise Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes, die Aufwertung der sozialen Berufe, das Ziel die Führungsgremien zu 50-Prozent mit Frauen zu besetzen (S. 63-64) oder die Ablehnung von Sexismus in der Werbung (S. 65). Frauen politisch stärker zu beteiligen ebenso wie die Repräsentation zu erhöhen, ist der SPD ebenso ein Anliegen, wie es der LINKEN in ihrem Wahlprogramm war (S. 64). Die SPD kämpfe, in eigenen Worten, ebenfalls gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt (S. 64). In ihrem Maßnahmenkatalog bezieht sie

sich allerdings fast ausschließlich darauf, bestehende Gesetze, Konventionen und Aktionspläne besser durchsetzen zu wollen (S. 64). Unter ihre Forderungen subsummiert sie neben Frauen auch Männer, ebenso wie Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund, Ältere oder Pflegebedürftige und geht dabei wenig auf die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Gruppen ein (S. 65).

Auch die SPD steht hinter sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und unterstützt ausdrücklich sämtliche Familienformen. Gleichstellung bleibt als Thema vornehmlich mit biologischen Männern und Frauen verknüpft.

Insgesamt spricht sich die SPD sowie DIE LINKE und DIE GRÜNEN an vielen Stellen ihres Wahlprogrammes für eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen aus und kommuniziert so, dass sie Gleichstellung im Blick hat. Die Partei setzt sich in ihren Forderungen außerdem vermehrt dafür ein, Gleichstellung systematisch auf institutioneller und behördlicher Ebene und durch verschiedene Aktionspläne zu beobachten und zu fördern. Im Vergleich zu den Wahlprogrammen der LINKEN und der GRÜNEN fällt jedoch auf, dass die SPD Gleichstellung wenig gesamtgesellschaftlich einordnet. Es fehlen Äußerungen zu den Wurzeln des Problems und zu den Benachteiligungen von Frauen in verschiedenen Lebenslagen. Die Partei spricht sich zwar an vielen Stellen für eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen aus, bewegt sich aber häufig in Gemeinplätzen und bleibt teilweise gezielte Maßnahmen schuldig.

6.3.4 Wahlprogramm FDP 2017

Zur Bundestagswahl 2017 wirbt die FDP mit ihrem Programm „Schauen wir nicht länger zu“ um Wählerstimmen. Sprachlich bleibt sich die Partei im Hinblick auf Gleichstellung auch in diesem Jahr treu und verwendet in Verbindung mit dem Thema den Begriff Chancengleichheit, die beiden Geschlechtern gewährt werden solle (S. III). Inhaltlich lässt sich eine Reduktion auf Forderungen in Bezug auf die wirtschaftliche Stellung von Frauen beobachten, die in diesem Ausmaß neu ist. Die Wahlprogramme aus den Jahren 1990 und 2005 waren deutlich breiter gefächert, wenn es um die Unterstützung von Frauen ging.

Explizit hervorgehoben werden Frauen (mit einer Ausnahme) nur in dem der Chancengleichheit gewidmeten Kapitel „Gleiche Chancen für alle - unabhängig vom Geschlecht“ (S. 36). Im einleitenden Satz verdeutlicht die FDP ihr Bild von Gleichstellung. Beim Vorankommen durch die eigene Leistung zähle nur, was man kann, erklärt die FDP hier und ergänzt, dass es keinen Unterschied machen dürfe, welcher Herkunft man sei oder welches Geschlecht man habe (S. 36). Ihre politische Antwort ist die Herstellung von Chancengleichheit für alle, die sie dabei nicht ausschließlich geschlechtsspezifisch inszeniert. Die FDP argumentiert hier deutlich im Sinne eines individualistischen und leistungsbasierten Denkens, die Potentialentfaltung im Blick.

Alle Eltern sollen frei entscheiden können, welches Arbeitszeitmodell sie wählen, fordert die FDP weiter und beschränkt die Chancengleichheit für Frauen und Männer damit auf dem familiären Bereich (S. 36). Die sich anschließenden politischen Forderungen der FDP können als rein arbeitsmarktpolitisch eingestuft werden. Als größte Hürde für Frauen in Führungspositionen stuft die FDP Unterbrechungen im Arbeitsleben und phasenweise Teilzeit ein. Um faire Chancen herzustellen, bietet die FDP als Lösungsvorschläge flexible Angebote zur Kinderbetreuung sowie flexible Arbeitszeitmodelle an (S. 36). Des Weiteren sollen Frauen stärker „ermuntert“ werden, wie die FDP formuliert, sich klassische Männerbranchen zu erobern. Diese seien meist besser bezahlt als diejenigen, die viele Frauen traditionell ergreifen würden, fährt die FDP fort (S. 36). Im Sinne dieser Argumentation erscheint die wirtschaftlich schlechtere Stellung von Frauen also auch ihrer Berufswahl geschuldet, die sie bisher in geringer entlohnte Beschäftigungsverhältnisse leitete. Damit wird die Benachteiligung von Frauen teilweise ihrem eigenen Handeln und Entscheiden zu Lasten gelegt. Unerwähnt bleiben hier die Vorwürfe anderer Parteien, wie DIE LINKE oder DIE GRÜNEN, die von einer Lohndiskriminierung gegenüber Frauen sprechen. Hier tut sich ein deutlicher Kontrast zwischen den Problemverständnissen der Parteien auf.

Die Forderung der FDP mehr Frauen in Führungsverantwortung zu nehmen, bedient sich einer Erklärung anhand wirtschaftlicher Aspekte. Frauen seien in

der Leitung von Teams sehr erfolgreich und gemischte Teams arbeiteten produktiver und erfolgreicher, argumentiert die FDP hier und fordert vor diesem Hintergrund Unternehmen auf, ihren Frauenanteil zu verbessern (S. 37). Eine gesetzliche Frauenquote lehnt die FDP in diesem Zusammenhang mit der Begründung ab, Frauen nicht zu Platzhaltern degradieren zu wollen, anstatt sie entsprechend ihrer Leistungen zu würdigen (S. 37). Auch hier wird zumindest implizit gesagt, dass Leistung unabhängig vom Geschlecht zu Erfolg führe.

Leistung führt zum Erfolg. Mit dieser einfachen Formel leitet die FDP ihr Kapitel zur Chancengleichheit ein und eröffnet damit einen zentralen Widerspruch, der ihre Argumentationskette durchzieht. Wer leistet wird entsprechend entlohnt, doch das scheint für Frauen nicht aufzugehen, wie auch die FDP feststellt. Die Präsentation ihrer Forderungen trägt dem jedoch selten Rechnung. Einerseits führt die FDP an, dass Frauen erfolgreich Unternehmen führen und fordert Unternehmen auf, dem mehr Rechnung zu tragen und ihren Frauenanteil zu verbessern. Auf der anderen Seite, zeugen die Lösungsvorschläge der FDP davon, dass sie Frauen verantwortlich für ihre Lage macht, so z.B. wenn die FDP Frauen vorschlägt sich beruflich umzuorientieren, um sich in traditionellen Männerbranchen bessere Löhne zu erarbeiten. Damit wird die Benachteiligung von Frauen auch ihren eigenen Leistungen und Entscheidungen zu Lasten gelegt.

Die FDP moralisiert nicht und das kann als ein zentraler Unterschied zu besonders der LINKEN und den GRÜNEN gesehen werden. Ihr über das Wahlprogramm kommuniziertes Bild von Gleichstellung ist ein wirtschaftlich utilitaristisches und individualistisches. Wenn Frauen im Arbeitsmarkt besser eingebunden werden, folgt daraus wirtschaftlicher Gewinn. Diese einfache Gleichung bleibt der Kern der politischen Forderungen der FDP.

6.3.5 Wahlprogramm CDU/CSU 2017

Im Jahr 2017 veröffentlichen CDU und CSU ihr gemeinsames Regierungsprogramm unter der Überschrift „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Zunächst lässt sich feststellen, dass die CDU/CSU auch im Jahr 2017 keinen Wert auf geschlechtergerechte Sprache legt und sich damit

(mit Ausnahme der AfD) deutlich von den anderen beobachteten Parteien unterscheidet. Dafür führt das Wahlprogramm 2017 im Vergleich zu 1990 und 2005 zum ersten Mal ein eigenes Kapitel, das sich den Benachteiligungen und speziellen Bedürfnissen von Frauen widmet, aufgeführt unter dem Titel „Frauenpolitik weiter stärken“.

Zu Beginn des Wahlprogramms verdeutlicht die CDU, dass sie eine Volkspartei der Mitte sei und allen Menschen politische Heimat gebe (S. 9). Wer *alle Menschen* sind, erläutert sie über eine Aufzählung im darauffolgenden Satz, in dem sie u.a. „Frauen wie Männer“ anführt, daneben Menschen aus Stadt und Land, Ältere wie Jüngere, Menschen mit Behinderungen, Arbeitnehmer und Unternehmer, Einheimische und Zugewanderte (S. 8). Eine Selbstverständlichkeit, wenn man sich von Diskriminierung distanzieren möchte.

Insgesamt bewegen sich die Forderungen bzw. politischen Zielsetzungen von CDU/CSU um Gemeinplätze. So führt die CDU/CSU im Rahmen ihres Versprechens neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen zum Beispiel an, mehr Frauen eine sozialversicherungspflichtige Arbeit ermöglichen zu wollen (S. 11). Sie betonen außerdem, sie wollten, dass Männer und Frauen die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit erhalten (S. 13). Eine Aussage, die sich ebenfalls in fast jedem Wahlprogramm des Jahres 2017 finden lässt. Dasselbe gilt für die Aussage, mehr Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung zu wollen (S. 14). Obwohl bei letzterem Versprechen der CDU/CSU wohlgemerkt von „mehr“ Frauen die Rede ist, nicht von einer paritätischen Besetzung der Führungspositionen. In diesen Details werden noch einmal deutliche Unterschiede zu z.B. GRÜNEN und der LINKEN sichtbar, während die FDP zum Beispiel einen ähnlichen Standpunkt vertritt, wenn auch vor dem Hintergrund anderer Argumente.

Ihr Kapitel „Frauenpolitik weiter stärken“ leiten CDU/CSU mit der Beobachtung ein, „[i]n allen Lebensbereichen prägen Frauen heutzutage unser Land mit“ (S. 43). Und schließen an, dass „[i]hre völlige Gleichstellung [...] trotzdem noch immer nicht überall erreicht [ist]“ (S. 43). Im Widerspruch dieser beiden Sätze

tut sich ein Oxymoron auf. Der positiven Eingangsfeststellung zur Beteiligung von Frauen wird vorsichtig entgegengesetzt, dass Gleichstellung noch nicht überall völlig erreicht sei. Damit beschreiben sie eine im Vergleich zu anderen Parteien recht kleine zu schließende Lücke.

Wenig überraschend besteht das Kapitel des Weiteren zur Hälfte aus der Hervorhebung von politischen Erfolgen aus der Regierungszeit, darunter die Frauenquote, das Entgelttransparenz-Gesetz und eine Erneuerung des Mutterschutzgesetzes (S. 43). Daneben auch weniger konkrete Umschreibungen, Errungenschaften, z.B. die Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung und die Verbesserung des Schutzes von Frauen und Minderjährigen vor Gewalt (S. 44). Zu den Versprechen gehört die Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst bis 2025 und ein Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit, der es Frauen und Männern leichter ermöglichen soll, Familie und Beruf vereinbaren zu können (S. 43).

Auch die CDU/CSU setzt Entwicklungshilfe und Flucht in Beziehung zu Frauen, wie es so auch alle anderen bisher untersuchten Parteien im Jahr 2017 getan haben. In Bezug auf internationale Bemühungen, die für die CDU/CSU besonders dem Kontinent Afrika gelten, wird besonders hervorgehoben, dass Frauen Unterstützung bei der beruflichen Bildung benötigen (S. 66). Spannend ist die Stellungnahme der CDU/CSU zum Thema Migration. „Der Erfolg der Integration wird maßgeblich von den Frauen abhängen“, schreibt die CDU/CSU hier und will deshalb den Fokus auf ihre Förderung legen (S. 71). Beide angesprochenen Passagen haben einen emanzipatorischen Charakter. Frauen wird in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle beigemessen, sie werden als fähiger und verlässlicher Träger der erstrebten Integration dargestellt. Und in der Entwicklungsarbeit sprechen sich die Parteien zumindest implizit für eine Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen aus.

In der Sprache von CDU/CSU fällt auf, dass häufig das Wort „wollen“ in Bezug auf Frauen verwendet wird, so als beabsichtigten CDU/CSU ihren guten Willen hervorzuheben. Im Vergleich zu den anderen Parteien werden ebenfalls

Gemeinplätze in Bezug auf Gleichberechtigung sichtbar, auf die auch die CDU/CSU in ihr Wahlprogramm Bezug nimmt. Als Gemeinplätze bzw. Floskeln werden sie in diesem Zusammenhang deshalb bezeichnet, weil sie nicht mit weiterem Kontext unterfüttert werden. Sie bleiben isolierte Phrasen, die im Wahlprogramm platziert erscheinen. Keine der Versprechen der CDU/CSU sind gewagt oder stellen die bisherige Politik in Frage, wobei letzteres sicher auf ihre Regierungstätigkeit zurück zu führen ist. Die CDU/CSU beschränkt sich auf wenige sehr begrenzte politische Versprechen anstatt weitreichendere Forderungen zu stellen, wie die politische Opposition. Das Wahlprogramm kann in Sachen Gleichstellung wichtige Hinweise auf den Status quo des Diskurses geben. Es fällt auf, dass auch die als eher wertkonservativ einzustufende CDU/CSU sich mittlerweile für Forderungen wie den gleichen Lohn für Frauen und Männer und mehr Frauen in Führungspositionen ausspricht. Außerdem bleibt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Forderung, die sie mit den anderen Parteien gemeinsam hat. Den Umfang ihrer Frauenpolitik haben CDU/CSU in ihren Wahlprogrammen im Vergleich zu 1990 um einige Aspekte erweitert. Das könnte als langsames stückweises Nachgeben gegenüber einem links-liberalen Diskurs gedeutet werden.

6.3.6 Wahlprogramm AfD 2017

Im Jahr 2017 wird zum ersten und einzigen Mal in dieser Analyse auch das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl in den Blick genommen. Die Partei ist auch insofern ein interessanter neuer Diskursteilnehmer, als dass sie auf eine populistische Kommunikationsweise zurückgreift und sich politisch rechts einordnen lässt. Ihre politische Position war in den bisherigen untersuchten Wahlprogrammen nicht vertreten und unterscheidet sich deutlich von allen anderen hier untersuchten Parteien. In ihrem Wahlprogramm verkehrt die AfD viele der Forderungen anderer Parteien ins Gegenteil. Während die anderen Parteien sich alle kommunikativ hinter Gleichstellungsbestrebungen stellen und sich lediglich im Ausmaß ihrer politischen Entwürfe unterscheiden, untergräbt die AfD die Basis der Gleichstellung, indem sie den Begriff umdeutet, negativ konnotiert und Maßnahmen gar als verfassungswidrig erklärt.

Die „Geschlechterquote“ lehnt die AfD deutlich ab und stuft sie als verfassungswidrig ein. Sie zieht in diesem Zusammenhang die gängige Interpretation des Grundgesetzes in Zweifel, dass der Staat das Recht habe Frauen zu fördern, um Gleichberechtigung zu erreichen. Die AfD stuft die Frauenquote weiter als willkürlich ein und kritisiert sie als illegitime Ungleichbehandlung (S. 11). Die Partei ist nicht die einzige, die sich gegen die Frauenquote ausspricht, auch die FDP lehnt die gesetzliche Quote ab, allerdings von einem gänzlich anderen Standpunkt aus (2017, S. 37). Die AfD ist die einzige untersuchte Partei, die in diesem Zusammenhang die Interpretation des Grundgesetzes und den Handlungsspielraum des Staates anzweifelt. Statt für Gleichberechtigung zu sorgen, sieht die AfD diese Maßnahme als Ungleichberechtigung der Geschlechter und dreht damit das Verständnis um. Die AfD trete für Gleichheit vor dem Gesetz ein und lehne daher die Quotenregelung ab (S. 11).

Die AfD bezieht sich ebenfalls auf das Grundgesetz als sie das Tragen von Kopftüchern in ihrem Wahlprogramm ablehnt. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie das Recht auf persönliche Entfaltung seien unvereinbar mit dem Kopftuch als religiös-politischem Zeichen, kritisiert die AfD hier (S. 34). Weiter argumentiert die Partei, dass das Kopftuch die Unterordnung von Muslimas gegenüber dem Mann symbolisiere und daraus resultierend ein Hindernis für die Integrationspolitik darstelle (S. 34). In Bezug auf Migration mahnt die AfD, dass Frauen in Afrika durchschnittlich 4,5 Kinder bekämen, was in Zusammenhang mit dem hohen Auswanderungswillen der dortigen Bevölkerung zur Bedrohung für Europa werde (S. 27).

Unter ihren Forderungen zur Familienpolitik vertritt die AfD eine Reihe reaktionärer Familienvorstellungen sowie eine deutlich antifeministische, verschwörungstheoretische Haltung. In ihrem Wahlprogramm spricht die AfD von einer „Gender-Ideologie“. Diese Ideologie marginalisiere naturgegebene Unterschiede und wolle die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen, mahnt die AfD (S. 39). Sie schreibt ihr außerdem zu, im Widerspruch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem Grundgesetz zum Schutz der Ehe und Familie zu stehen. Die klassisch verstandene Ehe,

argumentiert die AfD weiter, sei als staatstragendes Institut geschützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen könne. Geschlechterneutrale Sprache und den internationalen Equal Pay Day stuft sie als Propaganda-Instrumente zur Verbreitung ebenjener Ideologie ein (S. 39). Gender-Forschung lehnt sie weiter ab, diese sei keine seriöse Wissenschaft und sollte nicht vom Staat gefördert werden, fordert die Partei (S. 40). In diesem Zusammenhang überrascht es wenig, dass die AfD auch die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ dämonisiert und zu beenden fordert. „Unsere Kinder dürfen nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden“, warnt sie hier (S. 39-40).

In den Forderungen und Argumenten der AfD zeigt sich ein deutlich verschwörungstheoretischer Charakter. Der kleine Zweig der Gender-Forschung wird so zum Unterdrückungsmechanismus umgedeutet. Die Mehrheit der Bevölkerung zum vermeintlichen Opfer einer Minderheit gemacht. Es wird nicht nur die Art, wie Gleichstellung praktiziert und gefördert wird, kritisiert, sondern die rechtliche Basis für Gleichstellungsmaßnahmen ausgehebelt. Es findet eine Verkehrung ins Gegenteil statt, sodass Gleichstellungsmaßnahmen in der Rhetorik der AfD plötzlich zu Versuchen werden, Ungleichheit herzustellen und die Grundfeste des Staates zu erschüttern. Vermeintlich stellt sich die AfD bei ihren Forderungen hinter die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Sie tritt als Verteidiger des Grundgesetzes auf, untergräbt mit ihren Umdeutungen jedoch die Rechtsstaatlichkeit. Indem die AfD von einer „Gender-Ideologie“ spricht, verleugnet sie die demokratische und rechtliche Basis von Gleichstellung und verkürt sie als illegitim. Man könnte in diese Rhetorik die Taktik interpretieren, die Argumente anderer Parteien aus den Angeln zu hebeln, indem die Rechtmäßigkeit von Gleichstellungsmaßnahmen per se negiert wird. Hier lässt sich ein Deutungsmuster von Gleichstellung erkennen, das sich antagonistisch zu dem Verständnis aller anderen untersuchten Parteien positioniert und am Kern des bisher analysierten Diskurses rüttelt.

6.3.7 Fazit zu den Wahlprogrammen 2017

Gleichstellung erhält in den Wahlprogrammen Auftrieb. So berufen sich DIE GRÜNEN (2017, S. 128) und die SPD (2017, S. 63) zum Beispiel auf eine lange Parteihistorie des Einsatzes für Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Und auch die CDU/CSU präsentiert im Jahr 2017 ein Kapitel zu Frauenpolitik. Doch dieser Auftrieb gilt nicht für alle Parteien. Die FDP erreicht im Wahlprogramm 2017 vergleichsweise ihr inhaltliches Minimum in Bezug auf die Thematisierung von Chancengleichheit zwischen Mann und Frau. Ihre Argumentation für Frauen findet vornehmlich vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Aspekte statt. Die AfD, deren Wahlprogramm in 2017 zum ersten Mal untersucht wird, lehnt Gleichstellungsmaßnahmen als verfassungswidrig ab. Sie ist die einzige Partei, die nicht auf die Benachteiligung von Frauen eingeht, sondern im Gegenteil Maßnahmen zum Ausgleich als Gender-Ideologie bezeichnet. Die AfD ändert außerdem eine zentrale Dynamik. Nun sind es nicht mehr nur verschiedene Werte und Einstellungen, die in unterschiedlichen Maßnahmen zur Gleichstellung aufeinandertreffen. Mit der AfD betritt ein Akteur das Feld, der Gleichstellungsmaßnahmen in Gänze ablehnt und als Gender-Ideologie verschreit.

Inhaltlich lässt sich feststellen, dass fast alle Parteien beim Thema Flucht die speziellen Bedürfnisse von Frauen hervorheben und auch Sexismus wird ein präsent Thema, dass in diesem Ausmaß neu ist. Generell lässt sich sagen, werden Frauen in einer Notlage angesehen, z.B. bei Gewalt oder auch Zwangsheirat, herrscht über Parteigrenzen hinweg Einigkeit, dass etwas getan werden muss.

7. Diskussion und Einordnung der Ergebnisse

Es galt die Hypothese zu testen, inwiefern die Wahlprogramme auf das Vorherrschen eines geschlechtskonservativen Diskurses hindeuten, der dafür sorgt, dass es an weitreichenden politischer Entwürfen für die Gleichstellung der Geschlechter mangelt. Wie im folgenden nachvollzogen werden soll, konnte die Analyse die Hypothese unter Einschränkungen bestätigen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Gleichstellung der Geschlechter sich sprachlich über Zeit und Parteien hinweg der Gegenüberstellung von Mann und Frau bedient. Auch wenn die Vielfalt der sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten immer stärker gewürdigt wird, werden die Betroffenengruppen noch immer überwiegend inhaltlich getrennt.

Zu Beginn ist zu vermerken, dass alle untersuchten Parteien im Jahr 1990 kommunizieren, dass Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen erstrebenswert sei. Das bleibt auch über die Wahlprogramme 2005 und 2017 so. Wenn es um den quantitativen inhaltlichen Umfang geht, den Gleichstellung eingenommen hat, lässt sich kein eindeutiger Trend über die drei beobachteten Wahljahre ausmachen. Die Sichtbarkeit des Themas und die Intensität mit der es behandelt wird ist starken Schwankungen ausgesetzt. Den geringsten Umfang widmen CDU/CSU der Gleichstellung, während sich DIE GRÜNEN und die LINKE LISTE/PDS und später die LINKE deutlich intensiver damit auseinandersetzen.

Die Relevanz, die Gleichstellung in den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien hat, sowie die Darstellung der Lage der Frauen, geforderte Maßnahmen und die unterliegende Semantik unterscheiden sich teilweise stark – auch zwischen den Wahlprogrammen der selben Partei. Zunächst einmal lässt sich unterscheiden zwischen CDU/CSU, die sich von allen Parteien am wenigsten mit dem Thema Gleichberechtigung befassen und weder ein starkes Eingreifen der Politik, noch ein Umdenken in Bezug auf Geschlechterrollen für erforderlich halten. Im starken Kontrast dazu positionieren sich besonders DIE GRÜNEN, die mit einer feministischen und emanzipatorischen Rhetorik für ein radikales Neudenken der Geschlechterverhältnisse und für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel eintreten. Ähnlich ist es bei der Linken Liste/PDS im Jahr 1990 und gemäßiger bei der LINKEN in 2017. FDP und SPD befinden sich in Bezug auf die Intensität ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema überwiegend zwischen diesen beiden Polen. Sie treten bestimmt für Gleichberechtigung ein, stellen aber keine bahnbrechenden Forderungen und behandeln das Thema ohne nach den gesellschaftlichen Ursachen zu fragen.

Jenseits dieser Aufstellung befindet sich die AfD. Die Grundlage, auf der sich die anderen Parteien verständigen, zweifelt die AfD an. Obwohl sie sich vermeintlich hinter das Grundrecht auf Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen stellt, verklärt sie die bisher ergriffenen politischen Maßnahmen zur Gleichstellung als verfassungswidrig. Damit rüttelt sie an den Grundfesten dessen, was in dem Diskurs um die Gleichstellung der Geschlechter als „wahr“ gilt. Sowohl GRÜNE und LINKE als auch die AfD fordern die aktuelle Wahrnehmung von Gleichstellung deutlich heraus, allerdings von zwei völlig verschiedenen Standpunkten aus. Erstere stehen für ein neues Frauenbild und die damit einhergehende Umverteilung von Arbeit, Geld und Macht zwischen den Geschlechtern ein. Während letztere die Legitimität von Gleichstellungsbestrebungen in Zweifel zieht und in der angestrebten Veränderung der Geschlechterrollen eine Bedrohung rechtmäßiger Verhältnisse sieht.

Auf der inhaltlichen Ebene bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen über den beobachteten Zeitraum von 27 Jahren die zentrale politische Aufgabe, die über die Wahlprogramme in Bezug auf Gleichstellung kommuniziert wird. Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels unterscheiden sich teilweise deutlich zwischen den Parteien. Ausreichend Kinderbetreuung zu schaffen, lässt sich jedoch als parteiübergreifender Konsens identifizieren. Auch wenn im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie zunehmend auch Männer eingebunden werden, bleibt das Thema in den Wahlprogrammen diskursiv doch untrennbar mit dem weiblichen Geschlecht verbunden. Einher mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht auch das klare Ziel, die Anzahl der erwerbstätigen Frauen zu erhöhen, das sich wie ein roter Faden durch alle Wahlprogramme zieht. Worin sich die Parteien hier deutlich unterscheiden sind die Problemverständnisse, ebenso wie die Lösungsvorschläge. Ob es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, Kinderbetreuung, die Abschaffung bzw. Überarbeitung des Ehegatten-Splitting, für das sich DIE LINKE, DIE GRÜNEN, SPD und FDP aussprechen, oder neue Anliegen, wie z.B. mehr Frauen in Führungspositionen – die Themen, mit denen sich die Parteien in den Wahlprogrammen auseinander setzen, werden vielfältiger, bleiben aber meistens im Rahmen von Familie und Arbeit. Diese

Beobachtung kann auf verschiedenes hindeuten, dass Gleichstellung an Relevanz gewinnt zum Beispiel, aber auch, dass die Forderungen und Versprechen aus den Wahlprogrammen wenig umgesetzt werden. Auch dort nicht, wo weitestgehend Konsens im Hinblick auf die Notwendigkeit herrscht, wie zum Beispiel bei der Kinderbetreuung oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Immer wieder erwecken die Formulierung in den Wahlprogrammen auch den Eindruck, man müsse die Bedeutung von Frauen nur besser „verkaufen“. Das passiert nicht unbedingt prominent, schleicht sich aber doch an der ein oder anderen Stelle ein. Es werden Argumente vorgebracht, nicht selten wirtschaftliche, um zu begründen bzw. zu rechtfertigen, warum Frauen einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft verdienen. Zum Beispiel, wenn die GRÜNEN (2017, S. 131) feststellen: „Die Potenziale und Qualifikationen von Frauen zu verpassen, kann sich dieses Land nicht weiter leisten.“ Oder bei der FDP, die formuliert, „[I]berale Frauenpolitik baut auf die Qualifikationen, Stärken und die Leistungsbereitschaft von Frauen“ (FDP, 2005, S. 35).

Mit Blick auf die einzelnen Parteien im Zeitverlauf, lässt sich für DIE LINKE und DIE GRÜNEN festhalten, dass sie vom drastischen Wortlaut des Jahres 1990 über die Zeit hinweg Abstand genommen haben. Feminismus bzw. Feminisierung galten in den Programmen von 1990 für beide Parteien als Antwort auf politische und gesellschaftliche Probleme und waren untrennbar mit Demokratisierung verbunden. In diesem Zusammenhang hatte die Selbstbestimmung und Emanzipation von Frauen einen besonders hohen Stellenwert und darüber hinaus eine symbolische Bedeutung für die Parteien, die daran auch den Status der Demokratie des vereinten Deutschlands knüpften. Wenngleich eine Abmilderung der Darstellung der Lage der Frauen und damit zusammenhängender Forderungen von 1990 bis 2017 zu beobachten ist, bleiben dennoch beide Parteien, zumindest in großen Teilen ihrer Rhetorik der Emanzipation treu. Eine Ausnahme bildet das Programm der Linkspartei.PDS, die sich 2005 im Vergleich zu 1990 stark von diesem Diskurs zurückgezogen hatte. Bei beiden Parteien ist eine hohe Vehemenz in Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter deutlich spürbar. Die

Rolle der Frau ist für sie keine Privatangelegenheit sondern eine gesellschaftliche Verantwortung. Beide Parteien behandeln in ihren Wahlprogrammen ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ursachen der Benachteiligung von Frauen und versuchen verschiedenste Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen zu thematisieren.

Die SPD schlägt im Vergleich dazu deutlich ruhigere Töne an. Auch sie setzt sich für die Verwirklichung von Gleichstellung ein, thematisiert das jedoch vorwiegend im Bereich der Familienpolitik und weniger gesamtgesellschaftlich. Die SPD sieht die Lage der Frauen als verbesserungsbedürftig, stuft das Problem aber nicht als besonders schwerwiegend ein. Die SPD sieht keine systematische gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen. Vielmehr geht es der Partei bei Gleichberechtigung um die Lage beider Geschlechter. Gleichstellung erscheint bei der SPD mehr als Entwicklungsfortschritt denn als Überwindung einer Ungerechtigkeit.

Der rote Faden, der sich durch die drei untersuchten Wahlprogramme der FDP im Hinblick auf Gleichstellung zieht, ist der Aspekt der Chancengleichheit. Von dieser Warte aus, sieht die FDP, nach Bereitstellung gleicher Chancen für alle, Frauen in vielerlei Hinsicht selbst in der Verantwortung sich aus ihrer Lage heraus zu befördern, zum Beispiel, wenn sie vorschlägt, Frauen stärker zu ermuntern, die besser bezahlten traditionellen Männerbranchen zu erobern (2017, S. 36). Ein Motiv, das sich im Wahlprogrammen der FDP besonders ab 2005 findet ist, dass Gleichstellung selten Selbstzweck ist, sondern weiteren Zielen dient, zum Beispiel erhöhter wirtschaftlicher Produktivität oder Bildung. Diese Argumentation erreicht ihre Klimax im Wahlprogramm 2017. Die Partei nimmt keine moralisierende, gesellschaftskritische Haltung ein wie DIE LINKE oder DIE GRÜNEN. Eine Auseinandersetzung mit den Ursachen der Diskriminierung von Frauen findet sich nicht in den Wahlprogrammen der FDP. Die CDU/CSU sticht vor allem durch den mit Abstand geringsten Umfang an gleichstellungs-relevantem Inhalt hervor. Den Tiefpunkt erreicht die CDU/CSU als sie Frauen im Wahlprogram 2005 lediglich dreimal erwähnt. Im Jahr 2017 widmen die Parteien der Frauenpolitik ein eigenes Kapitel, ein Novum und Höhepunkt im Untersuchungszeitraum. Mit dieser Begriffswahl setzten sie sich jedoch von einer egalitären Gleichstellungspolitik der Parteien auf dem politisch linken Spektrum ab. In Bezug auf den vorherrschenden Diskurs ist zunächst

anzumerken, dass die CDU/CSU anerkennt, dass Frauen benachteiligt werden und dies auch im Widerspruch zum Gebot der Grundgesetze versteht. Keine der untersuchten Parteien leugnet also, dass Gleichberechtigung erstrebenswert ist. Das Wahlprogramm von CDU/CSU kann in Sachen Gleichstellung außerdem wichtige Hinweise auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des Diskurses geben. Auch die als eher wertkonservativ einzustufende CDU/CSU spricht sich in 2017 ausdrücklich aus für gleichen Lohn für Frauen und Männer und mehr Frauen in Führungspositionen. Hinzu kommt die politische Dauerforderung nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sämtliche Parteien beteuern gewährleisten zu wollen. Allerdings bietet die CDU/CSU trotz kleiner Erweiterungen dem Thema Frauenpolitik von 1990 an wenig Plattform und umgeht damit, Gleichstellung als bedeutsames Problemfeld anzuerkennen.

Zusammenfassend lässt sich auf Basis der Analyse folgendes über die Diskurse sagen, die die Wahlprogramme geprägt haben. Im Jahr 1990 fordern die LINKE LISTE/PDS und die GRÜNEN mit einer auffälligen Vehemenz die Realitätswahrnehmung der anderen Parteien heraus. Sie sehen die Demokratie Deutschlands in der Schieflage und verknüpfen die Darstellung der Unterdrückung von Frauen mit einer scharfen Gesellschaftskritik. Die Gesellschaft verstehen sie als Patriarchat, dessen Überwindung eines starken Feminismus bedürfe. Bei den anderen Parteien schlägt zwar ebenfalls der Konsens durch, dass Gleichberechtigung ein politisches Ziel ist, sie nehmen die aktuelle Lage der Frauen aber weder als bedrohlich wahr noch sehen sie dringenden Handlungsbedarf. Für sie bedarf es der Anpassung von Gesetzen, nicht aber eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.

Die Wahlprogramme des Jahres 2005 könnte man als leichte Annäherung oder aber als Begrenzung der verschiedenen Gleichstellungsverständnisse interpretieren. Die Extreme auf dem linken Parteienspektrum können als abgeschwächt beobachtet werden. Feminismus bleibt für die GRÜNEN zwar ein ethisches Postulat, sie beschreiben aber nicht mehr das Bild von einer existentiellen Bedrohung der Demokratie durch das Patriarchat. Und die Linkspartei.PDS entzieht sich bis auf ein kurzes Statement fast völlig dem Thema. Die meisten anderen Parteien widmen dem Thema ein eigenes Kapitel,

verstehen Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema und räumen Frauenanliegen inhaltlich mehr Platz ein. Geschlechtergerechtigkeit ist der gängige Begriff, der normativ aufgeladener ist als Gleichberechtigung im Jahr 1990. Die Lage der Frauen wird als relevant angesehen und Veränderungen als erstrebenswert.

Besonders auffällig in Bezug auf den Diskurs im Jahr 2017 ist der Angriff der AfD auf die Rolle der Politik in Bezug auf Gleichstellung, die bei den anderen Parteien weithin anerkannt war. Die AfD nimmt rhetorisch eine Umkehrung der Machtverhältnisse vor und stellt Gleichstellung als existentielle Bedrohung dar. Als Reaktion lässt sich interpretieren, dass sich im Jahr 2017 in mehreren Wahlprogrammen eine explizite Thematisierung des Wettstreits um die Deutungshoheit findet, z.B. als DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm von einem Kulturkampf von rechts spricht, der ein reaktionäres Weltbild propagiere und wichtige emanzipatorische Erfolge und Forderungen ins Gegenteil verkehre (2017, S. 71). DIE LINKEN, DIE GRÜNEN und die SPD setzen dem außerdem verstärkt ihr Realitätsbild entgegen, das von den Wünschen vieler Eltern berichtet, Arbeit und Familie partnerschaftlich teilen zu wollen (SPD, 2017, S. 5). Dies kann im Sinne Foucaults als ein Versuch gewertet werden, den Diskurs zu organisieren und gewisse Aussagen vom „Wahren“ des Diskurs auszugrenzen (Foucault, [1970] 2003, S. 10-11).

Insgesamt lässt sich nicht ohne Einschränkung bestätigen, dass der Diskurs in den Wahlprogrammen überwiegend geschlechtskonservativ ist. Gleichberechtigung ist das erklärte Ziel aller Parteien. Im Jahr 2017 wird vor diesem Hintergrund von fast allen Parteien vertreten, dass Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit verdienen sollen, man will sie in Führungspositionen sehen und ihnen Arbeit und Familie ermöglichen. Was sich jedoch deutlich feststellen lässt, ist dass die Bedeutung von Gleichstellung bei den meisten Parteien begrenzt bleibt. So geht es weniger um die Reformierung der gesamtgesellschaftlichen Stellung der Frauen hin zu einer paritätischen Teilhabe und Beteiligung. Auch nach den Ursachen der Benachteiligung von Frauen wird wenig gefragt. Stattdessen bleibt die traditionelle Rolle von Frauen der Ausgangspunkt der meisten Maßnahmen, die zur Gleichstellung in Erwägung gezogen werden. So zum Beispiel die Forderung nach

Kinderbetreuungsplätzen, um Frauen in der Familie zu entlasten. Wenn diese Forderung nicht mit einer Umverteilung und Aufwertung der Pflege- und Fürsorgearbeit einhergeht, wird die Frau weiter primär in der Verantwortung für den Nachwuchs gesehen, der Blickwinkel bleibt geschlechtskonservativ. Der Verzicht auf die Ursachenforschung in vielen Wahlprogrammen erweckt außerdem den Anschein, dass über die Bereitstellung von gleichen Chancen hinaus, Frauen in der Verantwortung sind, Möglichkeiten zu ergreifen. Indem die Parteien keine Erklärung für die festgestellte Diskrepanz zwischen Männern und Frauen liefern, entziehen sie der Forderung nach Gleichstellung die nötige Grundlage und degradieren sie zu einem *nice-to-have* statt sie als demokratisches Erfordernis zu werten.

8. Zusammenfassung und Ausblick

Die Frage, die diese Arbeit seit der Einleitung begleitet hat, ist wie sich die Lücke zwischen rechtlicher und reeller Gleichberechtigung erklären lässt, obwohl Gleichberechtigung eindeutig ein politischer Auftrag ist. Um der Antwort auf diese Frage einen Schritt näher zu kommen, ist in den Blick genommen worden, wie deutsche Parteien sich zur Gleichstellung positionieren, welches Problemverständnis sie aufweisen und für welche Lösungsvorschläge sie einstehen. Der theoretische Rahmen der Arbeit stützte sich auf Foucault Diskurstheorie. Davon ausgehend, sind jene über die Wahlprogramme getroffenen Aussagen aufgeschlüsselt worden, um herauszuarbeiten, von welchem Wirklichkeitsbild der Lage von Frauen und Männern die Darstellungen zeugen und wie sie wiederum dazu beitragen könnten, die denkbaren Möglichkeiten zur Erreichung von Gleichstellung zu begrenzen. Die These war, dass ein geschlechtskonservativer Diskurs die Wahlprogramme prägt und dadurch weitreichende politische Entwürfe zur Gleichstellung der Geschlechter verhindert. Das konnte mit gewissen Einschränkungen bestätigt werden.

In einem Diskurs in dem sich alle Aussagen wechselseitig beeinflussen, entbehrt Ursachenforschung einer belastbaren Grundlage. Warum trotz rechtlicher Gleichberechtigung noch keine real erlebte Gleichstellung herrscht, lässt sich daher aus dieser Arbeit nicht schließen. Was die Analyse der

Wahlprogramme allerdings beitragen kann, ist die Abbildung eines politischen Diskursfragments zur Gleichstellung der Geschlechter.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Parteien sich, festgemacht an ihren Wahlprogrammen, im Kreis drehen. Die Forderungen, die mit Gleichberechtigung oder Gleichstellung in Zusammenhang gebracht werden, sind im Jahr 2017 zu einem großen Teil die selben wie 1990. Da wäre zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die eng mit dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen verknüpft wird. Diese Forderungen zeugt von einem zurückhaltenden Ansatz, bleibt sie doch stark an das gesellschaftliche Rollenbild der Frau als Mutter geknüpft. Trotz der parteiübergreifenden Einigkeit über die Notwendigkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sich in allen Wahlprogrammen lesen lässt, ist dieses Ziel über den Zeitraum von fast 30 Jahren unverändert und daher unerreicht geblieben. Gleichstellung bleibt diskursiv überwiegend sehr begrenzt und selbst in dieser starken Begrenzung scheinbar unverwirklicht.

Was wäre, wenn die Gleichstellung der Geschlechter nicht an fehlenden Gesetzen scheitert oder unwilligen Wirtschaftsakteur*innen, sondern an einem Diskurs, der unser Denken, Sprechen und Handeln begrenzt und in dem die Grenzen der Gleichstellung konstruiert werden. Mit dieser Frage ist die Arbeit eingeleitet worden. Befasst man sich mit den Wahlprogrammen scheint es fast so. Trotz vehementer feministischer Rhetorik vom linken Rand des politischen Spektrums, die einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel fordert, bleibt der vorherrschende Diskurs in den Wahlprogrammen einer, der von wenig Dringlichkeit in Bezug auf Gleichstellung zeugt. Daraus resultieren politische Maßnahmen, die sich von vorne herein in ihrer Reichweite und Wirkmächtigkeit begrenzen. Damit reproduzieren die meisten Parteien einen Diskurs, der zur Begrenzung des an Gleichstellung Möglichen beiträgt.

Offen bleibt, in welchem Umfang sich die in den Programmen vertretenen Positionen zu und Bilder von Gleichstellung in der real praktizierten Politik der Parteien zu diesem Thema wiederfinden. Es wäre sicher wertvoll eine komparative Analyse anzugehen, um konkrete politische Maßnahmen mit den

Aussagen der Wahlprogramme zu vergleichen. So kann die hier erfolgte Untersuchung lediglich Ergebnisse dazu liefern, wie sich die Parteien zur Gleichstellung darstellen, welche Wahrnehmungen der Wirklichkeit sie vorstellen und mit welchem semantischen Gehalt sie das Thema aufladen. Den Entstehungsprozess der Wahlprogramme und damit die sprechenden Subjekte statt nur das Gesprochene sowie den Einfluss einzelner Parteimitglieder in eine Untersuchung einzubinden, würde ebenfalls weitere Erkenntnisse ermöglichen.

Abschließend ist festzuhalten, dass in dieser Arbeit lediglich ein kleiner Ausschnitt eines politischen Diskurses in den Blick genommen wurde. Die Wahlprogramme sind Zeugnis vieler verschiedener Einflüsse. Neben dem politischen Diskurs, der sich in vielen weiteren Aussagen und Aktionen niederschlägt, gibt es zahlreiche weitere Diskurse, wie z.B. wissenschaftliche, gesellschaftliche, juristische, die parallel dazu die Wahrnehmung von Gleichstellung beeinflussen und unser Wirklichkeitsbild formen. Eine umfassende Analyse des Diskurses zur Gleichstellung der Geschlechter bleibt daher aufgrund der Materie eine wissenschaftliche Herausforderung, wenn nicht gar Unmöglichkeit.

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta; Leuze, Kathrin; Blanck, Jonna M. (2008): 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt. In *Aus Politik und Zeitgeschehen* 24-25, S. 18-25.
- Anderson, Kristin J. (2015): *Modern misogyny. Anti-feminism in a post-feminist era*. Oxford: Oxford University Press.
- Angermüller, Johannes (2001): Einleitung. In Johannes Angermüller, Katharina Bunzmann und Martin Nonhoff (Hrsg.), *Diskursanalyse. Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Argument-Verlag, S. 7-22.
- Bachelard, Gaston (1978): *Die Bildung des wissenschaftlichen Geistes. Beitrag zu einer Psychoanalyse der objektiven Erkenntnis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Bourdieu, Pierre (1990): *Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches*. Wien: Braumüller.
- Bourdieu, Pierre (1995): *Sozialer Raum und ‚Klassen‘. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Brand, Katrin (2019): 100 Jahre Frauenwahlrecht. „Nichts ist für immer errungen.“ In *Tagesschau Online* (17.01.2019). Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/jahrestag-frauenwahlrecht-101.html> (Letzter Zugriff: 19.01.2019).
- Buchhaas, Dorothee (1981): *Die Volkspartei. Programmatistische Entwicklung der CDU 1950–1973*. Düsseldorf: Droste.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2018): *Die Ministerinnen und Minister. Geschichte des Ministeriums*. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/geschichte> (Erschienen am: 25.07.2016; Letzter Zugriff: 24.01.2019)
- Deutscher Bundestag (2018): *Gerhard Schröders zweite Vertrauensfrage (2005)*. Online verfügbar unter: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/32714943_misstrauensvotum07/204182 (Letzter Zugriff: 12.12.2018).
- Diaz-Bone, Rainer (1999): Probleme und Strategien der Operationalisierung des Diskursmodells im Anschluß an Michel Foucault. In Hannelore Bublitz, Andrea D. Bührmann, Christine Hanke und Andrea Seier (Hrsg.),

- Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults.* Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag, S. 119-135.
- Diaz-Bone, Rainer (2006): Die interpretative Analytik als methodologische Position. In Brigitte Kerchner und Silke Schneider (Hrsg.), *Foucault. Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer VS, S. 68-84.
- Döge, Peter (2008): Geschlechterpolitik als Gestaltung von Geschlechterkulturen. In *Aus Politik und Zeitgeschehen* 24-25, S. 32-38.
- Europäisches Parlament (2018): Gleichstellung von Männern und Frauen. Online verfügbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/59/gleichstellung-von-mannern-und-frauen> (Letzter Zugriff: 31.10.2018).
- EIGE (2018): Gender Equality Index 2017. Germany. Online verfügbar unter: <https://eige.europa.eu/rdc/eige-publications/gender-equality-index-2017-germany> (Erschienen am: 26.09.2018; Letzter Zugriff: 09.11.2018).
- EIGE (2017): Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen EIGE. Kurz gefasst. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- FAZ ONLINE (2019): 100 Jahre Frauenwahlrecht. Schäuble fordert Männer zu mehr Hausarbeit auf. Online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/100-jahre-frauenwahlrecht-schaeuble-fordert-maenner-zu-mehr-hausarbeit-auf-15993650.html> (Erschienen am: 17.01.2019; Letzter Zugriff: 19.01.2019).
- Flechtheim, Ossip K. (1968): *Parteiprogramme.* In Kurt Lenk und Franz Neumann (Hrsg.), *Theorie und Soziologie der politischen Parteien.* Neuwied/Berlin: Luchterhand, S. 415–432.
- Flohr, Heiner (1968): *Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik.* Göttingen: Otto Schwartz und Co.
- Foucault, Michel ([1966] 1971): *Die Ordnung der Dinge.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Foucault, Michel ([1969] 1997): *Archäologie des Wissens.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Foucault, Michel ([1975-1976] 1999): *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Foucault, Michel ([1970] 2003): *Die Ordnung des Diskurses*. 9. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve Verlag.
- Foucault, Michel ([1984] 2005): *Archäologie einer Leidenschaft*. In *Dits et Ecrits*, IV, S. 734-746.
- Gerhard, Ute (2008): 50 Jahre Gleichberechtigung. Eine Springprozeession. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24-25, S. 3-9.
- Gerhard, Ute (1993): Fern von jedem Suffragettentum. Frauenpolitik nach 1945, eine Bewegung der Frauen? In Ulla Wischermann, Elke Schüller, Ute Gerhard (Hrsg.), *Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung. Frauenpolitik in Hessen 1945 bis 1955*. Frankfurt am Main: Helmer, S. 9-40.
- Graff, Agnieszka (2014): Report from the Gender Trenches. War against 'Genderism' in Poland. In *European Journal of Women's Studies* 21 (4): 431–435. doi: 10.1177/1350506814546091.
- Groll, Tina (2017): Stillstand bei der Gleichberechtigung. In *ZEIT ONLINE* (02. November 2017). Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2017-10/gleichberechtigung-gender-gap-report-weltwirtschaftsforum> (Letzter Zugriff: 19.01.2019).
- Habermas, Jürgen ([1981] 1995): *Theorie des kommunikativen Handelns. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Band 1-2. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Habermas, Jürgen (1983): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Habermas, Jürgen (1991): *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Hark, Sabine; Paula-Irene Villa (Hrsg.) (2015): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: VS Verlag.
- Heidler, Julia (2017): Wandel der Darstellung von Geschlechterrollen in Wahlprogrammen. In Annette Knaut und Julia Heidler (Hrsg.), *Spitzenfrauen. Zur Relevanz von Geschlecht in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Sport*. Wiesbaden: Springer VS, S. 15-32.

- Hentges, Gudrun; Nottbohm, Kristina (2017): Die Verbindung von Antifeminismus und Europakritik. Positionen der Parteien „Alternative für Deutschland“ und „Front National“. In Gudrun Hentges, Kristina Nottbohm und Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.), *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung Im Dialog*. Wiesbaden: Springer VS, S. 167-208.
- Hoecker, Beate (2008): 50 Jahre Frauen in der Politik. Späte Erfolge, aber nicht am Ziel. In *Aus Politik und Zeitgeschehen* 24-25, S. 10-18.
- Hofferbert, Richard I., Hans-Dieter Klingemann und Andrea Volkens (1992): Wahlprogramme, Regierungserklärungen und politisches Handeln. Zur 'Programmatik politischer Parteien'. In Hans-Jürgen Andreß, Johannes Huinink, Holger Meinken, Dorothea Rumianek, Wolfgang Sodeur und Gabriele Sturm (Hrsg.), *Theorie – Daten – Methoden. Neue Modelle und Verfahrensweisen in den Sozialwissenschaften*. München: Oldenbourg, S. 383–292.
- Kaack, Heino (1971): *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kammler, Clemens; Parr, Rolf; Schneider, Ulrich Johannes (2008): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: Verlag J.B. Metzler.
- Keil, Silke I. (2003): *Wahlkampfkommunikation in Wahlanzeigen und Wahlprogrammen. Eine vergleichende inhaltsanalytische Untersuchung der von den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP, B'90/Die Grünen und PDS vorgelegten Wahlanzeigen und Wahlprogrammen in den Bundestagswahlkämpfen 1957–1998*. Frankfurt am Main: Perter Lang Verlag.
- Kemper, Andreas (2014a): *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise*, Hrsg. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kemper, Andreas (2014b): *Keimzelle der Nation, Teil 2. Wie sich in Europa Parteien und Bewegungen für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik radikalisierten*, Hrsg. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

- Kercher, Jan; Brettschneider, Frank (2013): Wahlprogramme als Pflichtübung? Typen, Funktionen und Verständlichkeit der Bundestagswahlprogramme 1994–2009. In Bernhard Weißels, Harald, Schoen und Oscar W. Gabriel (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS, S. 269–290.
- Kerchner, Brigitte; Schneider, Silke (2006): Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste. Zum Potential der Foucaultschen Diskursanalyse für die Politikwissenschaft. Einleitung. In Brigitte Kerchner und Silke Schneider (Hrsg.), *Foucault. Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9-30.
- Kerchner, Brigitte (2006): *Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick*. In Brigitte Kerchner und Silke Schneider (Hrsg.), *Foucault. Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 33-67.
- Klein, Josef (1996): Dialogblockaden. Dysfunktionale Wirkungen von Sprachstrategien auf dem Markt der politischen Kommunikation. In Josef Klein und Hajo Diekmannshenke (Hg.), *Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 3–29.
- Klingemann, Hans-Dieter; Volkens, Andrea; Bara, Judith; Budge, Ian; McDonald, Michael (2006): *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, the European Union and the OECD, 1990–2003*. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter; Volkens, Andrea (2001): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998. In Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. 2. Aufl. Bonn: Westdeutscher Verlag, S. 507-527.
- Klingemann, Hans-Dieter (1989): Die programmatischen Profile der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Eine quantitative Inhaltsanalyse der Wahlprogramme von SPD, FDP und CDU von 1949 bis 1987. In Dietrich Herzog und Bernhard Weißels (Hg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 99–115.

- Kolbe, Wiebke (2002): Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945 – 2000. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Kováts, Eszter; Maari Põim (2015): Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Brüssel: Foundation for European Progressive Studies.
- Laclau, Ernesto (1993): Discourse. In Robert E. Goodin und Philip Petit (Hrsg.), *A Companion to Contemporary Political Philosophy*. Oxford/Cambridge: Blackwell Publishing Ltd., S. 541-547.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2000): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen-Verlag.
- Landwehr, Achim (2006): Diskursgeschichte als Geschichte des Politischen. In Brigitte Kerchner und Silke Schneider (Hrsg.), *Foucault. Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 104-122.
- Lehmann, Pola; Lewandowski, Jirka ; Matthieß, Theres; Merz, Nicolas; Regel, Sven; Werner, Annika (2018): Manifesto Corpus. Version: 2018-b. Berlin: WZB Berlin Social Science Center.
- Lenz, Ilse (2011): Der neue Antifeminismus. In *Blätter für deutsche und internationale Politik* 56 (7): 51–59.
- Maurer, Marcus (2009): Wissensvermittlung in der Mediendemokratie. Wie Medien und politische Akteure die Inhalte von Wahlprogrammen kommunizieren. In Barbara Pfetsch und Frank Marcinkowski (Hg.), *Politik in der Mediengesellschaft. Sonderheft 42 der Politischen Vierteljahresschrift*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151–173.
- Nullmeier, Frank (1993): Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologische und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell. In *Politische Vierteljahresschrift* (34), S. 175-196.
- OECD (2017): *Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf*. Paris: OECD Publishings. DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264263420-de>.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (2000): *Macht und Demokratie in der CDU. Dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Rölle, Daniel (2000): Wahlprogramme. Richtschnur parlamentarischen Handelns. In *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31, S. 821–833.
- Rust, Ursula (2001): Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur garantierten Gleichberechtigung. In *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37-38, S. 26-33.
- Rupp, Leila; Taylor, Verta (1987): *Survival in the Doldrums. The American Women's Rights Movements 1945 to the 1960's*. New York: Oxford University Press.
- Sabatier, Paul A. (1993): Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasenheuristik. In *Politische Vierteljahresschrift*, S. 116-148.
- Sabatier Paul A.; Jenkins-Smith, Hank C. (1999): The Advocacy Coalition Framework. An Assessment. In Paul A. Sabatier (Hrsg.), *Theories of Policy Process*. Boulder, Colorado: Westview Press, S.117-166.
- Sawyer, R. Keith (2002): A Discourse on Discourse: An Archeological History of an Intellectual Concept. In *Cultural Studies* 16, S. 433-456.
- Schalk, Helge (1997/1998): Diskurs. Zwischen Allerweltswort und philosophischem Begriff. In *Archiv für Begriffsgeschichte* 40, S. 56-104.
- Schönbach, Klaus (1977): Wahlprogramme und Wählermeinung 1976. In *Politische Vierteljahresschrift* 18, S. 360–407.
- Schuster, Anke (1997): *Frauenpolitik zwischen parteipolitischer Programmatik und Wirklichkeit. Ein Bundesländervergleich*. Sinzheim: Pro Universitate Verlag.
- Stammen, Theo (1979): Systematische Einleitung. In Rainer Kunz, Herbert Maier und Theo Stammen (Hrsg.), *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. München: C. H. Beck (3. Aufl.), S. 13–50.
- Tjarks, Anjes (2011): *Familienbilder gleich Weltbilder. Wie familiäre Metaphern unser politisches Denken und Handeln bestimmen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Treibel, Jan (2010): Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich. In Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-,*

- Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 89–114.
- Volgens, Andrea (1989): Parteiprogrammatik und Einstellungen politischer Eliten. Konsens- und Konfliktstrukturen in Wahlprogrammen. In Dietrich Herzog und Bernhard Weißels (Hrsg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 116–144.
- Wiesendahl, Elmar (2006): *Parteien*. Frankfurt am Main: Fischer Kompakt.
- Wiesenthal, Helmut (1993): Programme. In Joachim Raschke (Hrsg.), *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund-Verlag, S. 95–130.
- World Economic Forum (2017): The Global Gender Gap Report 2017. Online verfügbar unter: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2017.pdf (Letzter Zugriff: 16.01.2019).
- ZEIT ONLINE (2018): 100 Jahre Frauenwahlrecht. Angela Merkel fordert vollständige Parität. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-11/100-jahre-frauenwahlrecht-angela-merkel-gedenkfeier-gleichberechtigung> (Erschienen am: 12.11.2018; Letzter Zugriff: 19.01.2019).

Analysematerial

Lehmann, Pola; Lewandowski, Jirka ; Matthieß, Theres; Merz, Nicolas; Regel, Sven; Werner, Annika (2018): Manifesto Corpus. Version: 2018-b. Berlin: WZB Berlin Social Science Center.

LINKE LISTE/PDS (1990): *Wahlprogramm der LINKE LISTE/PDS. Für eine starke linke Opposition*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41221_1990.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).

Die Grünen (1990): *Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41112_1990.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).

SPD (1990): *Regierungsprogramm 1990-1994. Der neue Weg. Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41320_1990.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).

FDP (1990): *Das liberale Deutschland. Das Programm der F.D.P. zu den Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41420_1990.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).

CDU (1990): *Ja zu Deutschland, Ja zur Zukunft. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41521_1990.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).

Die Linkspartei.PDS (2005): *Wahlprogramm – Entwurf*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41222_2005.pdf (Erschienen am: 15.07.2005; Letzter Zugriff: 24.01.2019).

Bündnis 90/Die Grünen (2005): *24. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz. Beschluss: Wahlprogramm 2005*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41113_2005.pdf (Erschienen am: 15.07.2005; Letzter Zugriff: 24.01.2019).

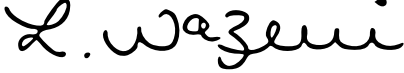
SPD (2005): *Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD*. Online verfügbar unter: <https://manifesto->

- project.wzb.eu//down/originals/41320_2005.pdf (Erschienen am: 04.07.2005; Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- FDP (2005): *Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41420_2005.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- CDU/CSU (2005): *Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum, Arbeit, Sicherheit*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/41521_2005.pdf (Erschienen am: 11.07.2005; Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- DIE LINKE (2017): *Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41223_2017.pdf (Erschienen am: 11.06.2017; Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2017): *Zukunft wird aus Mut gemacht*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41113_2017.pdf (Erschienen am: 18.06.2017; Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- SPD (2017): *Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Zukunft sichern, Europa stärken*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41320_2017.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- FDP (2017): *Schauen wir nicht länger zu. Programm der freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41420_2017.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- CDU/CSU (2017): *Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41521_2017.pdf (Letzter Zugriff: 24.01.2019).
- Alternative für Deutschland (2017): *Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017*. Online verfügbar unter: https://manifesto-project.wzb.eu//down/originals/2017-2/41953_2017.pdf (Erschienen am: 23.04.2017; Letzter Zugriff: 24.01.2019).

Eigenständigkeitserklärung

Ich, Leonie Nazemi, versichere, dass ich die vorgelegte Masterarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Masterarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

München, den 24.01.2019

Unterschrift 
Leonie Nazemi